

Bremen, April 1919.

Nº 4.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 23. April 1919.

Entschuldigt fehlten:

Böhmert, Wilh., Dr. Madrian, Georg
Lampe, J. Wildens, B. J., Dr. jur.

Hagedorn, Berta
Hasselbach, Caroline
Hobelmarm, Gustav

Kerrl, Alwin
Möhrling, Henry
Steffen, Heinr.

Unentschuldigt fehlten:

Böse, Hermann Brauns, August

Herr Dohler hatte sich für die Sitzung am 10. April
entschuldigt.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite
I. Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Herstellung vollständiger Presse- und Versammlungsfreiheit	49
II. Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar. (N. z. B. g.)	
III. Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. (N. z. B. g.)	
IV. Wahl der Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung. (N. z. B. g.)	

	Verhandelt Seite
V. Antrag auf Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Bremerhaven und der Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden. (N. z. B. g.)	
VI. Antrag auf Errichtung von Fortbildungskursen für die weiblichen Arbeitslosen. (N. z. B. g.)	
VII. Antrag auf Einführung der Einheitschule. (N. z. B. g.)	
VIII. Antrag auf Erlass eines Gesetzes, betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle (Entwurf anliegend). (N. z. B. g.)	

Herr Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom

17. April:

1. Ergänzung der Deputationen,
2. Entlastung des Senats,

vom 19. April:

Verzeichnis der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen usw.,

und vom 22. April:

Zwangsversicherung bremischer Viehhalter.

Die Herren Senatoren Bömers, Gruner, Dr. Apelt und Dr. Spitta haben ihren Austritt aus der Nationalversammlung angezeigt.

Die Herren Dr. Donandt, Hildebrand, Dr. Nebelthau, Bömers, Dr. Spitta, Gruner und Dr. Apelt teilen in einem Schreiben mit, daß sie die Wahl zu Mitgliedern der vorläufigen Regierung dankend annehmen. Es heißt dann in dem Schreiben:

„Wir setzen dabei als selbstverständlich voraus, daß uns alle Rechte gewahrt bleiben, die uns als Mitglieder des alten Senats nach der zweiten Abtheilung des Gesetzes, den Senat betreffend, zustehen.“

Zum Senatskommissar ist Herr Senator Dr. Spitta bestellt für die Verhandlungen, betreffend Ergänzungen der Deputationen, betreffend Entlastung des Senats, und betreffend Zwangsversicherung bremischer Viehhalter.

Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Lautz, der genügend unterstützt ist:

Die bremische Nationalversammlung hält eine Ergänzung des Gesetzes, die Deputationen betreffend, dahin geboten, daß an geeigneter Stelle eine Zusatz aufgenommen wird, welcher die Deputationen ermächtigt, durch eigenen Beschluß nach ihrem Ermessen Beamte mit Vertretungsbefugnis auszustatten. Sie ersucht den Senat um schleunige Vorlage eines entsprechenden Gesetzes.

Weiter ist folgender, genügend unterstützter Antrag des Herrn Kunoth eingegangen:

Die Nationalversammlung der Freien Hansestadt Bremen erwartet von der deutschen Reichsregierung und der deutschen Nationalversammlung, daß sie nur einen Friedensvertrag auf Grund der uneingeschränkten 14 Programmpunkte des Präsidenten Wilson zustimmen und ihre Unterschrift für jeden Frieden der Vergewaltigung verweigern.

Die bremische Nationalversammlung kann nur einen Gerechtigkeitsfrieden gutheißen, der dem deutschen Volke sofort seine gefangenen Brüder zurückgibt, der die Abtrennung deutschen Gebiets ausschließt, die Elsaß-Lothringische Frage durch eine Volksabstimmung löst, die Rückgabe unserer Kolonien gewährleistet, die Hungerblockade völlig aufhebt, die Zuführung von Rohstoffen in ausreichender Menge nicht unterbindet, der uns ferner nicht wirtschaftlich und finanziell, besonders auch nicht durch Aufbürdung von Kriegsschädigungen erdroffelt und unseren Handel, unsere Schifffahrt und unsere Arbeit international schützt.

Die bremische Nationalversammlung ist davon überzeugt, daß, wenn die Deutschen vergewaltigt und zu Arbeitsklaven der westlichen Völker gemacht werden, der Welt niemals der Friede erhalten bleiben kann, daß das deutsche Volk aber mit allen Völkern dauernde Verständigung und Versöhnung herbeiführen will.

Endlich ist eingegangen folgender, genügend unterstützter Antrag von Herrn Bögeding:

Die Nationalversammlung spricht der vorläufigen Regierung auf Grund der jüngsten Regierungsmaßnahmen das Mißtrauen aus.

Wir beantragen die Dringlichkeit der Behandlung des vorstehenden Antrages.

Endlich ist eingegangen eine Eingabe mit unleserlicher Unterschrift, betreffend Maßnahmen, Streiks unmöglich zu machen (Feierlichkeit), und eine Eingabe von 34 Landwirten in Strom, betreffend Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle.

Wir kommen zunächst zu dem Antrage, für den die Dringlichkeit beantragt ist.

Meine Damen und Herren! Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen. Ich mache darauf aufmerksam, daß 101 Stimmen notwendig sind, falls der Antrag in der heutigen Sitzung verhandelt werden soll. Ich frage Herrn Bögeding: Wünschen Sie über die Dringlichkeit das Wort? (Zuruf: Nein, Henke!)

Henke (U. S.): Herr Präsident! Meine Freunde beantragen die Dringlichkeit aus sehr naheliegenden Gründen. Es ist ein unerhörter Zustand, in dem wir uns jetzt in Bremen befinden, und unter dem wir in der Nationalversammlung tagen müssen. Es ist eine Berichterstattung der Nationalversammlung unmöglich gemacht, das Recht der parlamentarischen Tätigkeit ist in Bremen zur Farce herabgedrückt worden, das Recht des Parlaments wird jetzt mit Kommisstiefeln getreten. Dagegen gilt es in schärfster Weise anzugehen. Wir müssen den schärfsten Protest dagegen einlegen. Es soll und muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Mehrheit der Nationalversammlung sich hinter eine Regierung stellt, die solchen Zustand nicht nur billigt, sondern auch veranlaßt hat. Meine Freunde wollen eine solche Klarheit herbeiführen. Deshalb haben wir den Antrag gestellt. (Zwischenrufe.) Es sind diese Zustände, wie sie hier herrschen, ein Hohn auf jeden Liberalismus, ein Hohn auf jede Demokratie! (Erregte Zwischenrufe.) Die Regierung hat eine Handlungsweise gewagt, wie sie niemals die größten Scharfmacher in Deutschland sich angemaßt haben. (Zuruf: Henke selbst früher! Stürmische Zurufe von links und rechts. Glocke des Präsidenten.) Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob Sie von der Mehrheit dahinter stehen, ob Sie der Regierung weiter das Vertrauen ausdrücken wollen, das nach dem Gesetze über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt für die Regierung notwendig ist, oder ob Sie ihr dieses Vertrauen entziehen wollen. Meine Freunde haben dieser Regierung keinen Moment das Vertrauen entgegenbringen können. Ob sie Ihr Vertrauen noch genießt oder nicht, wird die Abstimmung ergeben. Ich beantrage die Dringlichkeit dieses Antrages und bitte, darüber namentlich abstimmen zu wollen.

Präsident: Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wird dieser Antrag genügend unterstützt? (Zurufe Ja!)

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Es wird über die Dringlichkeit abgestimmt. Wer für die Dringlichkeit ist, antwortet mit Ja, wer dagegen ist mit Nein. Ich rufe die Namen nach dem Alphabet auf. Sind sämtliche Namen aufgerufen, wiederhole ich die einzelnen Buchstaben noch einmal, damit diejenigen Herren sich melden können, die aus irgend einem Grunde überschlagen worden sind.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung.

Es stimmen mit Ja:

Amelung, Friedrich
 Amdorf, Hermann
 Both, Georg
 Böttger, Carl
 Bullwinkel, Wilhelm
 Chrapkowski, Max
 Cuniß, Clemens
 Drettmann, Johann
 Dünnemann, Heinrich
 Eigen, Hermann
 Fangmann, Joh. Heinrich
 Faust, Alfred
 Frank, Friedrich
 Fritsch, Burchard
 Göbe, Albert
 Hagedorn, August
 Harms, Joachim
 Henke, Alfred
 Hertel, Carl, Dr. jur.
 Herz, Wilhelm
 Heuer, Georg
 Heuers, Fritz
 Hollenberg, Wilhelm
 Husmann, Adolf
 Husmann, Friedrich
 Kaspar, Erich
 Kerel, Alwin
 Kesselbeck, Elise

Klawitter, Carl
 Klima, Johann
 Kuhl, Jürgen
 Kunkler, R., Dr. jur.
 Lindau, Otto
 Lübke, Heinrich
 Lücke, Carl
 Lüdeling, Hans
 Ludwig, Johann
 Meyer, Bernhard
 Müller, Josef
 Otto, Heinrich
 Rietschel, Hermann
 Rogge, Carl
 Ruckstuhl, Joh.
 Schab, Heinrich
 Scharke, Hermine
 Schauerte, Heinrich
 Schmalfeldt, Heinrich
 Schmidt, Wilhelm
 Schulze, Hermann
 Sommer, Emil
 Spindler, Emil
 Stiegler, Anna
 Stockinger, Alfred
 Bögebing, Karl
 Wahl, Hugo

Es stimmen mit Nein:

Adam, Karl
 Allerheiligen, Dietrich
 Bahnson, Minna
 Bardenheuer, Rita
 Becke, Waldemar
 Becker, Wilh.
 de Beek, Wilhelm
 Behle, Karl
 Bensmann, Hermann
 Blaube, Heinrich
 Blome, Christian

Borchers, Robert
 Bormann, Friedr.
 Borsch, Ludwig
 Brasch, Hermann
 Buchholz, Wilhelm
 Busse, Max
 Busmann, Joh.
 Cordes, Johannes
 Degenhardt, Ernst
 Deichmann, Carl
 Deplen, Johann

Dibjick, Friedr.
 Dietmann, Ernst
 Dieß, Prof. Dr.
 Fanger, Gustav
 Fauth, Gottlieb
 Fricke, Joh.
 Garbes, Friedrich
 Geßken, Heinrich
 Geiger, Anton
 Gerberding, Eduard
 Gildemeister, Alfred, Dr. jur.
 Groll, Bernhard
 Hagemeyer, F. F.
 Harder, Hanna
 Harmening, August
 Hedler, Bernhard
 Heinke, Agnes
 Heinzler, Bernhard
 Henrici, Ernst
 Hercken, Wilhelm
 Hinners, Heinrich
 Hormann, Heinrich
 Hostkamp, Georg
 Hüneke, Heinrich
 Jahn, Max
 Jensen, Elise
 Jung, Emil
 Junge, Joh. Herm.
 Jungmittag, Clara
 Karlmeier, Carsten
 Karrenberg, Carl
 Kirchmeyer, Conrad
 Klemann, Wilhelm
 Klenke, Friedrich
 Klocke, Wilhelm Heinrich
 Knief, Heinrich
 Knop, Willy
 Koch, Luise
 Köhler, Dietrich
 Kruse, Johann
 Runoth, Georg
 Kuse, Otto
 Lauts, Johann
 Leymann, Wilhelm
 Lunkewitz, Alwin
 Madrian, Georg
 Mannier, Heinrich
 Marburg, Emil
 Massolle, Wilhelm
 Matthias, Werner

Abwesend sind:

Blase, Wilh.
 Böhmert, Wilh., Dr.
 Böse, Hermann
 Brauns, August
 Donath, Hans

Maus, Karl
 May, Franz
 Meenzen, Johann
 Meschat, Hermann
 Meiser, Hermann
 Meyer, H. S.
 Mumber, Bruno
 Ohm, Karl
 Peine, Friedr.
 Pieper, Wilhelm
 Plate, Mathilde
 Preußner, Max
 Rhein, Hermann
 Riecke sen., Bernhard
 Rodewald, Berena, Dr. phil.
 Rossmann, Bernhard, Dr.
 Sattler, Meta
 Scheide, Carl
 Schell, Heinrich, Dr. med.
 Schelter, Wilh.
 Schindelbauer, Wilh.
 Schlüter, Ludwig
 Schneider, Jakob
 Schönfeld, Kurt
 Schröder, Wilh.
 Schurig, Gottfried
 Stallmann, Louis
 Stampe, August
 Steding, Hermann
 Stichnath, Carl
 Störzen, Friedrich
 Sonnemann, E.
 Tegtmeier, Wilhelm
 Thatje, Louis
 Thiele, Minna
 Tiedermann, Heinrich
 Tjaden, Hermann, Dr. med.
 Wagner, Wilhelm
 Wahnschaffe, Paul
 Waigand, Ludwig
 Walzemann, Carl
 Warnde, Heinrich
 Wellmann, Joh.
 Wenhold, Hermann
 Wichmann, Hermann
 Willig, Andr.
 Winkelmann, Carl
 Wulf, Georg
 Wünschmann, Bernhard

Dohler, Johann
 Franke, Fritz
 Hagedorn, Berta
 Hasselbach, Caroline
 Habelmann, Gustav

Lampe, J.
Meinert, Adolf
Möhrling, Henry
Steffen, Heinr.

Stüzer, Hugo
Binnen, Adolf
Wildens, Bernh. Joh. Dr. jur.

Das Alphabet wird wiederholt. Es stimmen noch Achelis mit Nein, Mösing mit Nein.

Präsident: Der Antrag auf Dringlichkeit ist mit 123 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag kommt somit auf die nächste Tagesordnung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich bekannt geben, daß unsere Ausweisarten zur Nationalversammlung für den heutigen Tag bis 12 Uhr als Passierkarten Gültigkeit haben, um die Postenlinie passieren zu können. Die sämtlichen Truppen sind entsprechend angewiesen worden.

Zur Geschäftsordnung Klawitter (U. S.): Ich möchte einen Vorfall zur Sprache bringen. Gestern hatten die U. S. eine Sitzung, und da war die ganze Fraktion genötigt, in die Stadtkommandantur zu dem Herrn Leutnant zu gehen, statt daß der Herr Leutnant hierher kam und uns die Karten ausstellte. Das ist keine Art. (Sehr richtig! links.) Ich möchte das hier feststellen, und möchte die vorläufige Regierung bitten, Abänderung zu treffen.

Schmalfeldt (U. S.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit eine Anfrage erlauben. Unsere Pässe gelten nur bis 12 Uhr. Wir aus Bremerhaven müssen doch zurück! Es wurde uns erklärt, daß wir nicht zurückfahren könnten ohne Ausweis. Ich möchte bitten, daß der Präsident beantragt, daß wir solche Ausweise bekommen.

Lindau (U. S.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte mitteilen, daß den Galleriebesuchern die Eintrittskarten abgenommen worden sind, und wenn sie nicht vor die Mündungen der Kanonen und Maschinengewehre laufen wollen, müssen sie vor 8 Uhr das Weichbild der Stadt verlassen. Man sollte den Galleriebesuchern gegenüber doch mindestens das Anstandsgefühl walten lassen, ihnen nach Schluß der Sitzung Passierscheine zu geben, sonst würden sie gezwungen sein, hier zu bleiben oder die Nacht auf der Kommandantur zuzubringen. Als ich zur Verhandlung kam, wurde ich am Doventor mit Maschinengewehr- und Gewehrfeuer empfangen und wäre fast in die Verlegenheit gekommen, erschossen zu werden. (Zurufe, Lärm, Glocke. Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!) Ich möchte den Präsidenten bitten, daß er das veranlaßt, daß die Tribünenbesucher Karten bekommen. Ich glaube, die Sache ist die, daß diejenigen, die draußen gewesen sind, jetzt hier keine Lust haben, im lieben deutschen Vaterlande, wenn sie ihren staatsbürgerlichen Pflichten nach-

kommen wollen, Gefahr zu laufen, von irgend einem Hanswurst, dem der Finger zu locker am Abzugsbügel sitzt, über den Haufen geschossen zu werden. (Stürmische Unruhe. Stürmische Zwischenrufe. Drohungen. Lärm.) Ich muß mir das entschieden verbitten.

Zur tatsächlichen Aufklärung Winkelmann (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seitens der Vertreter der U. S. ist darauf verwiesen worden, daß den einzelnen Mitgliedern keine Passierkarten zum Passieren der Sperren und Militärposten zur Verfügung gestellt worden sind. Ich muß dagegen feststellen, daß jeder Bremer Bürger, auch die Mitglieder der provisorischen Regierung ihre Passierkarten den Anordnungen und Verfügungen entsprechend bei der Stadtkommandantur in Empfang nehmen müssen. Das ist öffentlich bekannt gegeben, und den Herren Beschwerdeführern war genügend Zeit gegeben, diese Karten bei der Stadtkommandantur in Empfang zu nehmen. Wenn sie es nicht getan haben, ist das eine Unterlassungssünde, und daß die Mitglieder der Nationalversammlung heute abend die Postenkette passieren können, dafür ist die Erklärung des Herrn Präsidenten genügend Beweis. Also eine Ausnahmestellung gegenüber den Vertretern der U. S. P. und den Kommunisten gegenüber ist seitens der Regierung nicht eingenommen worden. Soweit die Tribünenbesucher in Frage kommen, ist es dem Präsidium unmöglich, dem Antrage, der hier gestellt worden ist, entsprechen zu können, weil wir die Namen der Tribünenbesucher nicht kennen. Erforderlich zur Entsprechung dieses Antrages wäre, daß uns eine Namenliste der Tribünenbesucher überreicht würde, damit diese der Stadtkommandantur zur Verfügung gestellt würde und daß der Namenliste entsprechend die Stadtkommandantur die Karten ausstellt. (Zwischenrufe.) Dem Antrage, wie er vorliegt, kann nicht entsprochen werden. Soweit der Antrag meines Freundes Schmalfeldt (Zurufe. Huhu! Hört! Hört! Freund?) Sie können „Huhu“ rufen, bis jetzt war ich mit Schmalfeldt Freund, und wir waren persönliche Freunde und sind es heute noch. Ich glaube nicht, daß Schmalfeldt dem widersprechen wird, was ich sage. Wenn allerdings einige oder alle von links nicht zu unterscheiden vermögen, (Zuruf: Hast Du Schnaps getrunken heute?) daß trotz aller politischen Gegensätze man als Mensch zum Menschen Freund sein kann, (Erregte Zwischenrufe. Lärm) dann bedauere ich Sie herzlich. (Zurufe. Glocke des Präsidenten.) Wie ich von links mit einem Freund sein kann, kann ich auch mit einem von rechts Freund sein, den ich als Mensch achten gelernt habe, und diese Auffassung werde ich vertreten und auch Schmalfeldt gegenüber, solange wir leben. Schmalfeldt nicht, weil meine Auffassung die richtige ist. Dann noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Lindau. Er sagte, er sei vor die Mündung von Maschinen und sonstiger Art Waffen geraten und Gefahr gelaufen, von diesen

eventuell an Leib und Leben gefährdet zu werden. Meine Damen und Herren! Ich habe am ersten Oftertage abends nach acht Uhr und auch am zweiten Gelegenheit genommen, mich persönlich davon zu überzeugen, wie die Schutztruppen ihre Instruktionen ausüben, und bei diesem Anlaß traf ich am ersten Feiertagabend Herrn Lindau auf der Großen Weferbrücke. (Hört Hört!) Uns sind von keiner Seite irgend welche Schwierigkeiten bereitet, (Hört Hört!) die Postenkette zu passieren. Allerdings hat Herr Lindau es auf sich nehmen müssen, sich auszuweisen, genau so wie ich mich habe ausweisen müssen, gerade wie es auch andere mußten. Und was Herr Lindau sonst gesagt hat, bin ich geneigt als Uebertreibung hinzustellen, genau so wie es eine Uebertreibung war, als er uns neulich zurief, 40 Soldaten mit Maschinengewehren seien anlässlich unserer ersten Tagung hier in das Haus wo wir tagen, einmarschiert. (Zuruf: Sind sie auch!) Nein, ich kann konstatieren, daß das glatt erfunden, frei aus den Fingern gelogen, eine Unwahrheit ist. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch.) Ich habe bei der Stadtkommandantur festgestellt (Zuruf) — nein, das ist keine Lüge — daß kein einziger Soldat hier während unserer Tagung in das Haus, wo wir tagen, Eingang gefunden hat. (Zuruf von links: Ich habe es ja selbst gesehen!) Nun ich will das Mystikum erklären. Im Hause der Domschule befindet sich eine Garnison, das dürfte den meisten von Ihnen bekannt sein. Ein Teil dieser in der Domschule untergebrachten Garnison ist an dem Tage über die große Weferbrücke gekommen, durch die Wachtstraße marschiert und dann rechts abgeweiht, in das Haus der Domschule gegangen. Uns hier aber wurde erzählt, daß Truppen hier aufmarschiert seien, um uns zu überwachen. Das ist glatt erfunden. Es wurde aber dadurch eine große Aufregung in die Kreise der Bevölkerung hineingetragen. Das war auch wohl der Zweck, und weiter nichts. Das sollen auch wohl die Ausführungen des Herrn Lindau bezwecken. Das habe ich nur feststellen wollen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich muß darauf aufmerksam machen, daß, wenn sich jemand zum Worte melden will, er deutlich seinen Namen nennen muß. Es haben sich vorhin mindestens vier oder fünf Herren zum Worte gemeldet, haben aber ihre Namen nicht deutlich genannt. (Miller: Miller zur Geschäftsordnung!)

Nietischel (U. S.) zur Geschäftsordnung: Wenn Herr Winkelmann ausführt, daß die Ausführungen Lindaus betreffs der Ausweiskarten nicht richtig gewesen seien, so muß ich sagen, daß das eine Lüge ist. (Zuruf: Das dürfen Sie nicht sagen!) Ich kann das beweisen, Sie können es nachprüfen, es wird sich dann herausstellen. Ich bin bei der Stadtkommandantur gewesen. Zuerst bei einem Adjunkten, weil man bei Seiner Heiligkeit nicht herein gelassen wurde. Dann bei dem andern Adjunkten.

Der hat dann ausdrücklich gesagt, daß auf Befehl des Stadtkommandanten derartige Passierscheine nicht ausgestellt würden. Ich habe ihn dann darauf aufmerksam gemacht, daß es doch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit sei, für die Mitglieder der Nationalversammlung solche Scheine auszustellen, da doch des Volkes Wille das oberste Gesetz sein soll. Es wurde mir dann aber gesagt, daß die Nationalversammlung heute ganz bestimmt nicht tagen werde. Auch Major von Engelbrechten habe das verkündet. Da habe ich mir gesagt: Das wird ja immer heiterer, wenn der Stadtkommandant bestimmt, ob die Nationalversammlung tagen soll oder nicht! Den Verweis dafür kann ich durch Parteifreunde erbringen. Ausgerechnet mein Parteifreund Winkelmann — (Zurufe) mein früherer Parteifreund Winkelmann muß es sagen. Ich rufe aber Starke und Opfermann als Zeugen auf. Es ist für unmöglich erklärt, Ausweiskarten zu bekommen. Wir haben sie dann freilich doch erhalten. Auch gestern abend haben wir etwas derartiges erlebt. Wir hatten eine Fraktionsitzung, die sich länger hinzog. Wir mußten darum Ausweiskarten haben. Um sie zu erhalten, mußten alle die anwesenden Fraktionsgenossen nach dem Rathause und sich die Karten ausstellen lassen. Hoffentlich erklärt der Stadtkommandant, der jetzt wohl unsere höchste Behörde ist, den ihm unterstellten Organen, daß die Ausweiskarten Gültigkeit haben. Es muß sich zeigen, wer die höchste Behörde ist, der militärische Kommandant oder das Parlament, die zu bestimmen hat.

Göbe (U. S.): Auch ich möchte feststellen, daß das, was Herr Senator Winkelmann ausgeführt hat, eine Lüge ist. Das ist es auch. Ich bin bei der Kommandantur gewesen und habe den Leutnant darauf aufmerksam gemacht, mir einen Ausweis auszustellen. Der wurde mir verweigert. Auch ich muß feststellen, daß wir gestern abend vom Stadtkommandanten in höhnischer Weise behandelt worden sind.

Miller (R.) hervortretend: Meine Damen und Herren! Auch ich muß feststellen, daß es mir gestern nachmittag unmöglich gewesen ist, einen Ausweis zu erhalten.

Präsident: Herr Miller, wollen Sie vom Plaze reden.

Miller (R.): In Ermangelung eines Rednerpultes muß ich, um verstanden zu werden, schon von hier aus reden. Wir müssen ja an roh gezimmerten Tischen sitzen. Der einzige, der vom Pult geredet hat, war in der ersten Sitzung ein Regierungsvertreter, seitdem ist das Pult wieder verschwunden. Ich mache darauf aufmerksam, daß es uns Mitglieder der Nationalversammlung unmöglich gemacht ist, in die Stadt hineinzugelangen. Wir wollten eine Sitzung abhalten. Der Posten hat uns aber rundweg erklärt,

die Nationalversammlung habe gar nichts zu sagen, zu sagen habe nur der Stadtkommandant. Das hat uns der Posten erklärt. Uns wundert das nicht. Uns war das auch von vornherein gewiß, daß die Regierung weiter nichts ist als ein Feigenblatt der Reaktion.

Was die Ausführungen Winkelmanns bezüglich des Einmarsches von Regierungstruppen in die Börse betrifft, so muß ich feststellen, daß Herr Winkelmann zu seiner Feststellung ziemlich lange Zeit gebraucht hat. Ich stelle fest, daß Herr Winkelmann in der vorigen Sitzung unseren Ausführungen nicht widersprochen hat, ihnen dadurch also zugestimmt hat. Die Gerstenberger haben die Börse besetzt. Die Behauptung des Herrn Winkelmann stimmt nicht.

Stoßhinger (R.) zur Geschäftsordnung: Ich habe an die vorläufige Regierung folgende Anfrage zu stellen: Ist der Regierung bekannt, daß in der Stadt verschiedene Flugblätter verteilt werden, die zum Teil keine Unterschrift tragen?

Präsident: Das ist nicht zur Geschäftsordnung.

Stoßhinger (R.): Es ist ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag an die Regierung.

Hagemeyer (L.-B.): Meine Damen und Herren! Als ich mich zum Worte meldete, haben das die Vizepräsidenten anscheinend nicht gesehen, obgleich ich aufgestanden bin und deutlich meinen Namen genannt habe. Ich habe mich zum Worte gemeldet, als ein Herr von der äußersten Linken von der Regierungsschutztruppe sprach und im Zusammenhang damit den Ausdruck „Hanswurst“ gebrauchte. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, das Wort zu rügen. (Bravo!) Dann ist zweimal das Wort „Lüge“ gefallen.

Präsident: Herr Lindau, haben Sie in bezug auf die Regierungsschutztruppen den Ausdruck „Hanswurst“ gebraucht?

Lindau (U. S.): Jawohl! Ich habe gesagt, daß man Gefahr laufe, von einem Hanswurst, dem der Finger zu locker am Abzugsbügel sitzt, über den Haufen geschossen werden. Den Ausdruck halte ich aufrecht. Ich will sogar sagen, daß es solche Mordbuben gibt — — —

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Hagemeyer (L.-B.): Ich bin noch nicht fertig. Ich glaube, daß wir alle, soweit wir nicht zur äußersten Linken gehören, nur begrüßen können, wenn die Regierungsschutztruppe und die Stadtwehr erfahren, wie die Herren über sie denken. Ich habe mich aber zum Wort gemeldet hinsichtlich der Tribünenbesucher. Da möchte ich empfehlen, den Bureauvorsteher Lübbert zu beauftragen, eine Namenliste der Tribünenbesucher

anzufertigen, und daß dann der Herr Präsident die Liste zum Stadtkommandanten schickt, damit dann Karten mit Unterschrift für die Tribünenbesucher ausgestellt werden, damit sie nachher nach Hause kommen können.

Präsident: Ich werde das veranlassen.

Rhein (M.-S.): Meine Damen und Herren! Zur Geschäftsordnung möchte ich sagen, daß roh gezimmerte Tische sowohl für die äußerste Linke wie für die äußerste Rechte in Frage kommen, daß also für die Linke keine Ausnahmestellung besteht. Wir müssen uns auf diese Weise behelfen, bis die definitiven Möbel hergestellt sind. Das ist bisher infolge des wirtschaftlichen Kampfes den Tischlern nicht möglich gewesen. (Miller: Es lohnt sich nicht der Mühe!) Daß ich als Regierungsvertreter in der ersten Sitzung von einem Pult aus gesprochen habe, ist richtig. Mit dem Pult war es aber auch ein Provisorium, und daß dieses nicht besonders geeignet für seine Zwecke ist, darüber herrscht bei uns Uebereinstimmung.

Was die Passierkarten anlangt, so kann ich nicht zugeben, daß Herr Winkelmann eine Unwahrheit gesagt hätte. Wenn es der Regierung bekannt gewesen wäre, daß Mitglieder der U. S. spät abends eine Versammlung hatten, so daß sie nicht in der Lage wären, ungefährdet nach Hause zu gehen, so würde die Regierung Sorge getragen haben, daß ihnen Karten ausgestellt worden wären. Es ist von den Herren gesagt worden, es sei ihnen nicht möglich gewesen, zum Rathause zu gelangen, eine Bescheinigung dafür sei ihnen nicht gegeben. Demgegenüber möchte ich aber doch bemerken, daß die Abgeordneten, die Vertreter der U. S., immer den Weg zum Rathause gefunden und immer Eingang zum Rathause gefunden haben. Wie dem aber auch sei, die Regierung wird immer bestrebt sein, Beschwerden entgegenzunehmen und für Abhilfe zu sorgen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß den Abgeordneten keine Beschränkung in der Ausübung ihrer Rechte auferlegt werden darf. Wenn aber behauptet wird, daß dem Parlament gegenüber sich ein gewisser Militarismus breitmache, wenn gesagt wird, daß das Parlament unter dem Stadtkommandanten stehe, so möchte ich nur konstatieren, was ja jeder weiß, daß wir unter dem verschärften Belagerungszustand stehen und daß die Kommandogewalt jetzt dem Stadtkommandanten zusteht, daß jedem, sei es wer es wolle, damit gewisse Beschränkungen auferlegt sind. Das ist den Herren genau so bekannt, wie mir.

Klawitter (U. S.) zur Geschäftsordnung: Es ist uns mitgeteilt worden, daß unsere Ausweis-karten als Mitglieder der Nationalversammlung uns das Recht geben sollen, bis 12 Uhr nachts überall in der Stadt zu passieren. Das genügt mir als Vertreter der bremischen Bevölkerung nicht. Die Abgeordneten

haben gerade heutigen Tages unter dem Belagerungszustande ein großes Interesse daran, daß jeder von uns sich darum kümmern kann, was in Bremen passiert, allenthalben sich hinbegeben darf und sich dabei nicht von jungen Leuten bei der — Jugendwehr hätte ich beinahe gesagt — zurückweisen lassen zu müssen. Wie nötig das ist, möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Am Sonntag ging ein Mädchen nach Gröpelingen — — —

Präsident: Bitte, zur Geschäftsordnung!

Klawitter (U. S.): Ich wollte nur begründen, warum es nötig ist, daß die Ausweiskarten nicht nur heute abend bis 12 Uhr gelten, sondern den ganzen Tag und die ganze Nacht in ganz Bremen, daß sie Dauerkarten sind. Warum gibt man solche Passierscheine für die Abgeordneten in der Zeit des Belagerungszustandes nicht aus, damit sie die Sachen aus eigener Anschauung beurteilen können? Das kann man nicht, wenn man gezwungen ist, erst eine Anmeldung an die Stadtkommandantur zu richten. Das geht nicht. Wir müssen Dauerkarten haben. Es wird da auf die amtliche Bekanntmachung verwiesen. Das geht aber nicht. Wir sind die Regierung, wir haben zu sagen, und wenn das nicht sein soll, dann pfeifen wir darauf. Was für eine Freiheit ist das denn? Wir verzichten darauf. Blutjunge Leutnants können jetzt mit einem machen, was sie wollen. 38 Mann mußten nach dem Polizeihause. Ist das würdig oder nicht? Stadtsoldaten sieht man jetzt überall. Ist das ein Zustand? Das ist kein Zustand, den man sich gefallen lassen darf. Ja, lachen Sie nur, Wellmann, Sie sind der einzige, der während der Kriegszeit körperlich zugenommen hat! (Heiterkeit. Beifallsklatschen links.) Warten Sie nur ab, Sie Suppendirektor! (Heiterkeit. Redner steigert seine Stimme bei der wachsenden Unruhe, dringt aber doch nicht durch. Zurufe: Lauter! Lauter!) Bügeln Sie nur Ihre Heiterkeit!

Präsident: Herr Klawitter, ich bitte Sie; nicht zu einzelnen Abgeordneten zu reden.

Klawitter (U. S.): Daraus folgt: wir bestehen auf unser Recht als Volksvertreter. Wenn Sie das nicht verstehen, bedauere ich Sie auch. (Unruhe.)

Lindau (U. S.): Ich muß feststellen, daß Herr Winkelmann von seiner vorgelegten Behörde, dem Stadtkommandanten, falsch unterrichtet ist. Wir sind an dem ominösen Morgen im Rathaus gewesen und haben versucht, Ausweiskarten zu bekommen. Zuerst sprachen wir mit Herrn Leutnant Rebelthau, dem zweiten Adjutanten, der erklärte sich bereit, uns Ausweise zu geben. Dann aber kam der erste Adjutant Leutnant Falkenhayen, der erklärte mir mit lächelndem Munde: Ich verstehe Sie nicht, Herr Lindau, Sie sind der erste von der ganzen Nationalversammlung, der einen solchen Schein haben will.

Wenn ich auch vielleicht der erste gewesen bin, das geht den Mann gar nichts an: es ist nichts als seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, einem Mitgliede der Nationalversammlung den Ausweis auszustellen. Uebrigens ist mir der Schein später doch ausgestellt worden; beim Stadtkommandanten war das nicht zu erreichen. Mein Parteifreund Kerri, der zufälligerweise auch einen Schein haben wollte, hat ihn auch nicht bekommen. Inzwischen war die Mittagspause eingetreten, die Herren hatten die Posten gewechselt, und der neue Herr hat mir und Kerri anstandslos den Passierschein ausgestellt. Dieser Passierschein hat allerdings nicht genügt. Er sollte dazu dienen, daß wir aus der Versammlung ungestört nach Hause gehen konnten, er hat aber doch nicht genügt, denn 50 m vor dem Stacheldraht vor dem Doventor wurden wir mit Kugeln empfangen trotz des Passierscheins. (Hört! Hört! Unruhe.) Was nützt denn ein Passierschein, wenn man, trotzdem man in Besitz desselben ist, Gefahr läuft, von einem irbeliebigen Hinz oder Kunz über den Haufen geschossen zu werden? (Lachen.) Wer darüber noch lachen kann, dem fehlt jedes menschliche Empfinden. Ich habe mich in der Stadt umgesehen, muß aber sagen, daß ich kein Bedürfnis für derartige Maßnahmen habe entdecken können. Vor der Sparkasse stehen Soldaten über Soldaten, vor dem Gewerkschaftshaus sind Soldaten aufgestellt, wozu das? (Zurufe: Putzche!) Wir hat ein Soldat gesagt: Jetzt kommandieren wir, wir pfeifen auf die Nationalversammlung! Das sind Eure Freunde, die Mordgarde, die Ihr gezüchtet habt! Denken Sie daran! Wer von Ihnen noch ein ganz klein wenig menschliches Gefühl hat, der sorge dafür, daß wir von den Leuten, von denen gesagt wird, daß sie eine Mordbande sind, so schnell wie möglich befreit werden, daß sie die Handgranaten und die Maschinengewehre ablegen! (Zuruf von M.-S.: Damit ihr sie kriegt!) Die müssen noch heute abgeschafft werden!

Präsident: Ich glaube, es wird zur Abkürzung der Debatte beigetragen, wenn ich mitteile, daß der Geschäftsvorstand beschlossen hat, sich mit dem Stadtkommandanten in Verbindung zu setzen, um zu versuchen, daß in Zukunft die Ausweiskarten der Nationalversammlung als Passepartout gelten. (Miller: „Versuchen“ ist gut!)

Wenholt (D.): Ich wollte die gleiche Anregung geben.

Waigand (M.-S.): Wir haben leider nicht zum erstenmale Gelegenheit, einen Belagerungszustand in Bremen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. (Sehr gut!) Ich habe dem Arbeiterrat als Vertreter angehört und dabei auch eine Postenkette durchbrechen müssen. Da habe ich dieselben Erfahrungen gemacht wie Herr Lindau. Ich sage darum: wenn ein solcher Zustand besteht, wenn der Belagerungszustand herrscht,

ob unter einem Arbeiterrat oder unter der Nationalversammlung, ist man machtlos. Ich habe mich damals auch über die mir gewordene Behandlung beschwert, und zwar bei dem Stadtkommandanten Gts, und der hat mir gesagt: Ja, das habe ich nicht befohlen! Aber die bewaffneten Arbeiter und Matrosen damals sagten: Wir handeln so, wie uns befohlen ist. So sagen die Soldaten jetzt auch. So handeln immer die Machthaber. Ich habe auch den Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten vergebens gebeten, mich zu schützen — Sie wissen ja, wie man mich behandelt hat, man hat mir mit der Pistole gedroht, die Kassenschlüssel abgefordert, mich aus meinem Bureau verwiesen und mir den Türschlüssel abgenommen. (Zuruf von einem M.-S.: Räuber! Unruhe.) Unter solchen Zuständen muß man leben. (Unruhe. Ruf von links: Taschendiebe sitzen bei euch!) Ich bin der Meinung: wir müssen bestrebt sein, derartige Zustände zu beseitigen, zu beheben. Wenn Sie keine Ursache militärischer Maßnahmen geben, so wird der Belagerungszustand aufhören, nicht mehr nötig sein. (Ruf von links: Das werden euch die Arbeiter zeigen!) Toren sind es, die diese Zustände heraufbeschwören, wenn nicht etwas schlimmeres als Toren, sie verursachen derartige Zustände. (Ruf: Und kneifen dann aus nach Weimar!)

Zur Geschäftsordnung

Fauth (M.-S.): Es ist von der linken Seite heute zweimal festgestellt worden, was der Wille des Volkes ist. Jetzt auf einmal entdeckt man auf jener Seite, daß der Wille des Volkes so und nicht anders ist. Jetzt sagt man, wir pfeifen auf den Willen des Volkes und machen, was wir wollen. Ich wollte nur die Ausführungen von Waigand unterstreichen. Unter der Herrschaft des Rates der Volksbeauftragten ist es uns wiederholt passiert, daß wir von einem zum andern Posten gehen mußten, der eine wollte uns nicht durchlassen, und der andere nicht; trotzdem wir im Gewerkschaftshause tätig waren, haben uns einige Posten nicht durchgelassen, und wenn man sich dagegen beschwerte, hat man uns von Herodes zu Pilatus geschickt, keiner konnte Abhilfe schaffen, auch nicht ein einziger. Sie haben keine Veranlassung, uns hier einen Vorwurf zu machen. Ich habe zu erklären, wir sind auf Grund unserer Mitgliedsarten zur Nationalversammlung ungehindert durchgekommen, und es ist uns von den Soldaten erklärt worden, daß sie den Befehl erhalten hätten, uns durchzulassen. Wenn es nun heute so ist, daß der eine Posten einen durchgelassen hat, der andere nicht, so ist das genau dasselbe, wie es früher bei Ihnen vorgekommen ist. Wenn Lindau von dem Posten etwas unsanft empfangen worden sein sollte, wenn dieses wirklich vorgekommen ist, würde ich bedauern, daß dieser Posten die Gefährlichkeit des Herrn Lindau so hoch eingeschätzt hat.

Zur Geschäftsordnung

Klawitter (U. S.): Ich möchte einen Antrag stellen, dessen Sinn ist, daß nicht der Präsident sich an den Stadtkommandanten wendet und ihn ersucht, daß unsere Ausweise als Dauerkarten gelten, sondern daß wir als gesetzgebende Körperschaft bestimmen, daß der Stadtkommandant seine Anweisung gibt, daß uns Passierkarten als Dauerkarten ausgestellt werden. Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß wir die Regierung sind, daß wir die Gesetzgebenden sind, wir diejenigen sind, die zu bestimmen haben. Wenn es im alten Deutschland anders war, so muß das jetzt eben anders werden.

Präsident: Der Antrag Klawitter lautet:

Beantrage, den Stadtkommandanten zu beauftragen, daß er Sorge trägt, daß die Ausweisarten der Abgeordneten als Dauerkarten zum Passieren des ganzen Staatsgebiets von den Stadtsoldaten respektiert werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Antrag ist nicht notwendig. Ich habe bereits gesagt, daß ich die Sache morgen in Ordnung machen werde. Ich zweifle nicht, daß dem entsprochen wird. Ich wüßte nicht, wer uns hindern sollte.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Ich kann erklären, daß wir auf diese Ausstellung von Dauerkarten keinen Wert legen. Wert legen wir darauf, daß dieser unwürdige Zustand sofort beseitigt wird.

Wahl (R.): Zunächst will ich feststellen, daß Waigand nicht ganz die Wahrheit gesagt hat, indem er behauptete, es sei ihm die Pistole auf die Brust gesetzt worden (Hört! Hört!) und ihm der Kassenschlüssel abverlangt worden sei. Ich bin selbst dabei gewesen. (Hört! Hört!) Dem Herrn Waigand ist nicht der Kassenschlüssel abverlangt worden, sondern er sollte sein Bureau schließen. Dann möchte ich feststellen, daß am 24. Februar und an den Tagen vorher der Belagerungszustand, wie er jetzt herrscht, absolut nicht geherrscht hat und auch nicht der unwürdige Zustand, daß die ganze Stadt abgesperrt war. (Zwischenrufe. Glocke)

Präsident: Ich bitte zur Geschäftsordnung zu sprechen. Wir waren bei der Frage der Passierkarten. Was Sie jetzt sagen, können Sie beim nächsten Punkt der Tagesordnung vorbringen.

Zur Geschäftsordnung

Henke (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß es dem Präsidium nur angenehm sein kann, daß das, was der Präsident in Aussicht stellt, noch unterstützt wird durch einen Wunsch der Nationalversammlung. Unser Ver-

trauen zum Stadtkommandanten ist nicht so groß wie das des Präsidenten. Deshalb ist der Antrag eingebracht worden. Was Miller ausgeführt hat, erübrigt sich dadurch, daß wir den Antrag gestellt haben auf Aufhebung des Belagerungszustandes. Aber Klawitter hat vorgeahnt, welches Schicksal unser Antrag haben wird, und deshalb hat er seinen Antrag vorweg gestellt. Ich glaube, es kann dem Vorstande nur angenehm sein, wenn der Antrag angenommen wird.

Präsident: Ich glaube, es wird niemand etwas dagegen haben, daß wir über diesen Antrag abstimmen. Wünschen Sie, daß ich denselben nochmals vorlese? (Geschlacht.)

Der Antrag Klawitter wird angenommen.

Nr. I der Tagesordnung:

A n t r a g auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Herstellung vollständiger Presse- und Versammlungsfreiheit.

Präsident: Ich möchte fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir dem Antrage eine etwas andere Fassung geben, und zwar wie folgt:

Die bremische Nationalversammlung beauftragt den Senat, den Belagerungszustand aufzuheben und vollständige Presse- und Versammlungsfreiheit einzuführen.

(Zustimmung.)

Genke (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, vorauszuschicken, um was es sich eigentlich nach unserer Ansicht bei diesem Kampfe, der die Verhängung des Belagerungszustandes veranlaßt hat, handelt. Es handelt sich nach meiner festen Ueberzeugung nicht nur um einen Kampf, der örtlich ist, oder der aus Ursachen, die hier am Orte zu finden sind, hervorgegangen ist, sondern es handelt sich um einen Kampf, dessen Ursachen sich überall in Deutschland finden. Ich bin der Ueberzeugung, daß diese Kämpfe in der Zukunft nicht schwinden werden. Es handelt sich um einen Klassenkampf in verschärfter Form. Es handelt sich um einen Klassenkampf nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands, sondern um einen Klassenkampf zwischen dem gesamten Proletariat und dem gesamten Kapital. Wer einen Beweis dafür haben will, daß es sich um einen solchen Klassenkampf handelt, den mache ich aufmerksam, daß in dem Flugblatte Nr. 11 an einer Stelle darauf hingewiesen wird, daß der amerikanische Fett- und Mehlidiktator antelegraphiert werden sollte, nach Bremen Lebensmittel zu liefern, wenn die Streikabwehr siegt. Also darin ist ausgedrückt, wenn ich mir erlauben darf, diese Worte zu interpretieren, daß der Ententekapitalismus mit dem Kapital in Bremen an einem Strange zieht. (Sehr richtig, links.) Das ist, glaube ich, zu-

nächst wichtig, daß man das feststellt, damit haben wir den Charakter des Ganzen erklärt, und ich muß sagen, wenn ich mir irgend ein Urteil anmaße zu fällen, daß ich lediglich von diesem Gesichtspunkte aus all diese Dinge beurteile und mich auf Kleinigkeiten nicht weiter einlassen werde. Der Belagerungszustand besteht, solange die provisorische Regierung und die vorläufige Regierung besteht. Es wird uns vorgeworfen von der Rechten, daß wir gleichfalls seinerzeit unter dem Belagerungszustand regiert hätten. Zum Teil ist das richtig. Während er aber bei uns einige Tage bestanden hat, haben Sie ihn schon einige Monate aufrecht erhalten müssen. (Zuruf Garves: Standrecht!) Und wenn Herr Garves dazwischen ruft, auch das Standrecht, dann gebe ich gern zu, wir haben seinerzeit auch das Standrecht verhängt, als die bremische sozialistische Republik erklärt wurde. Ich brauche nicht zu sagen, daß das in dem Momente geschehen ist, als man glaubte, damit am besten die Gefahren der sozialistischen Republik abwehren zu können. Ich brauche auch nicht zu sagen, weshalb ich für mein Teil dagegen gewesen bin. Ich brauche nur zu sagen, daß es sich wendete gegen die Blünderer, gegen alle diejenigen, die der Revolution das größte Hindernis in den Weg legen konnten. Wenn es sich um einen Klassenkampf handelt und der Belagerungszustand verhängt wird, um die Herrschaft des Kapitalismus aufrecht zu erhalten, beziehungsweise aufs neue zu befestigen — — — und ach, Ihr alten Freunde von damals, Ihr mögt noch so sehr mit den Köpfen schütteln, so sehr, daß Euch morgen das Genick weh tut, Ihr werdet nicht bestreiten können, daß Ihr dem Kapitalismus Eure Hilfe leistet. (Lebhafte Zwischenrufe. Ruf: Und Ihr seid die Ursache dazu!) Solange Ihr diesen Belagerungszustand aufrecht erhaltet, besorgt Ihr die Geschäfte des Kapitalismus. Auf der rechten Seite dieses Hauses ist ein allgemeines Schmunzeln zu beobachten über den Kampf und die Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Nun, das versteht sich von selbst. Wichtiger ist folgendes: Es hat ein Hauptmann einen Plan ausgearbeitet, wie man in der Gegenwart den Spartakisten am besten begegnen kann. Er hat in diesem Plan ausgeführt, wie die einzelnen Parteivorstände sich diesen Unruhen gegenüber zu stellen hätten. Die Regierung meint er, könne das, was notwendig ist, nicht machen. Wenn Sie, Herr Präsident erlauben, werde ich ein paar Zeilen daraus vorlesen:

Vielmehr kommen heute nur die Zentralvorstände der großen Parteien in Frage. Die Rechtsparteien haben in den großen Städten zu wenig Anhänger und würden die gesamte nichtkommunistische Arbeiterschaft und Handwerkerschaft abstoßen. Das Zentrum ist territorial zu wenig einheitlich. Die Mehrheitssozialisten müssen parteitaktisch Rücksichten nehmen. Alle diese Parteien sind zur Mitwirkung jedoch in vollem Maße geeignet. Die erste Anregung wird jedoch am praktischsten von der demokratischen Partei ausgehen.

Ich bin überzeugt, davon ist sie auch in Bremen ausgegangen, davon ist der Sturz der andern Regierung ausgegangen und davon gingen auch diese Maßnahmen aus, die wir in Bremen kennen gelernt haben, wie sie von der Mehrheitspartei aufgestellt sind. (Zuruf: Und Sie?) Ach, lieber Freund (zum Kriminalwachtmeister Blanke), lernen Sie erst kennen, was Sozialdemokratie ist. Sie haben bisher Ihre Tüchtigkeit darin erblickt, Streikende usw. in ihrem Klassenkampf zu bekämpfen. (Zurufe: Ach, Sie Kriminalinspektor Sie!) Also die Sache ist einfach. Die demokratische Partei steht hinter Ihnen und hinter ihr das Börsen- und Handelskapital. Das hat der Hauptmann Knörzer in seinem Plane richtig aufgefaßt. Die demokratische Partei ist die Partei, von der das ausgehen muß durch Organisation des Widerstandes gegen den Spartakismus, gegen den Bolschewismus, und wie diese Geister sonst alle genannt werden. Dieser famose Plan von Knörzer wurde dem Kriegsminister Reinhardt und seinem Unterstaatssekretär, dem Mehrheitssozialisten Göhre, vorgelegt, und beide waren davon so entzückt, daß sie mit ihrem Namen dieses Schriftstück gezeichnet haben. Was in diesem Plane zum Ausdruck gekommen ist, finden wir in diesen Tagen verwirklicht, das finden wir speziell in Bremen verwirklicht, und man sagt, in Bremen sei es um so notwendiger, weil die Einfuhr der Lebensmittelschiffe hier vor sich gehen soll. Wir wissen, woran wir sind, und wissen, daß wir hier in Bremen den Klassenkampf mit dem Aufgebot aller Kräfte zu führen haben werden. Wir haben noch nicht vergessen, wie wir zur Kaufmannschaft früher gestanden haben, und wie die Baumwollbörse seinerzeit die Kapitalisten unterstützte im Streik von Krimmitschau und aus welchen Gründen seinerzeit die Schutzmannschaft mit Revolvern bewaffnet wurde. Wir haben nicht vergessen, wie Sie sich beim Straßenbahner- und Bierbrauerstreik benommen haben. Wir erkennen Sie wieder, obgleich Sie sich eine andere Haut umgehängt haben, Sie nennen sich anders, Sie haben einen andern Namen. Ihr Wesen ist dasselbe. Herr Hormann war so freundlich, mir sein freundliches Antlitz zu zeigen. Ich freue mich immer, wenn ich in seine lieblichen Augen sehen kann. Herr Hormann und ich, wir verstehen uns ausgezeichnet, wir wissen genau, wie die Dinge liegen. Und Herr Hormann hat von seinem Standpunkte aus so unrecht nicht, wenn die Herren von der Rechten sich ihrer Herrschaft sicher fühlen und beinahe hoffen dürfen, daß der Kapitalismus siegen wird über den verdamnten Spartakismus und Bolschewismus. Aber irren Sie sich nicht, genau so wie es in der Revolution im November gekommen ist, genau so wird es schließlich zum Sturz des Kapitals kommen. Der Kapitalismus hat einen derartigen Stoß bekommen, daß er ein für allemal dem Tode überliefert ist. Es handelt sich nur darum, wie lange der Todeskampf sich noch hinziehen

wird. Aber der Anfang vom Ende des Kapitalismus hat begonnen, insbesondere weil die Arbeiterchaft den Klassenkampf zu führen gewußt hat gegen die Kapitalisten und gegen jene, die dem Kapital als Träger gedient haben. Und so wird der Klassenkampf von den Arbeitern fortgeführt werden. Und nun glauben Sie mit dem Belagerungszustande die Arbeiter zwingen zu können, von dem Klassenkampfe abzulassen. Ich wundere mich nicht über die Frechheit, die in einem solchen Kampfe gelegentlich von den Machthabern bewiesen wurde. Eine der größten Frechheiten, die mir in meiner reichen Erfahrung jemals vorgekommen ist, ist aber doch das Flugblatt Nr. 10. Da heißt es:

„Arbeiter! Die euch verhetzt haben, werden euch dann die Wiederaufnahme der Arbeit mündgerecht machen wollen. Sie werden sich entschuldigen, ja, sie werden versuchen, sich als eure Retter hinzustellen. Sie werden sagen:

Kommt, laßt uns nachgeben, und den Streik abbrechen, damit unsere armen Kinder wieder Milch bekommen, und damit unsere unglücklichen Kranken wieder ärztliche Pflege und Behandlung erhalten. Aus reiner Menschenliebe bitten, raten wir euch, gebt das Streiken auf.

Arbeiter! Wir kennen die Verlogenheit dieser Hezer. Sie werden jetzt auch diese Lüge anwenden, weil sie sich schuldbeladen fühlen. usw.“

So glaubt so ein Bursche, der das Flugblatt geschrieben hat, sich fest und sicher. Ja, wenn man glaubt, so die Arbeiter verhöhnen zu können, nun, Ihnen wird der Hohn noch vergehen. Jetzt sind Sie noch im Stande zu höhnen, aber es kommt anders. (Stürmische Unruhe. Glocke.)

Präsident: Ich mache die Damen und Herren von der Gallerie darauf aufmerksam, daß sie nicht in die Verhandlungen durch Beifallsbezeugungen eingreifen dürfen. Sonst lasse ich die Gallerie räumen.

Henke, fortfahrend: Wenn die Arbeiter nun ihren eigenen Kameraden sagen werden, macht ein Ende mit dem Streik, es geht nicht weiter, dann tun sie doch nur das, was die Herren von der provisorischen Regierung, als sie noch Gewerkschaftsführer waren, auch tun mußten, was Duzende von ihnen noch tun müssen. Es ereignete sich auch früher, daß man sie als Leute hinstellte, die die Arbeiterchaft verhetzt haben. Wer aber so etwas schreibt, wie ich es verlesen habe, der ist entweder dumm, oder ein gemeiner Wicht. (Zuruf: Wie Henke.) Ich nehme das letztere an. So dumm kann der Mensch nicht sein, der das geschrieben hat, daß er nicht einsehen mußte, bei einem solchen Kampfe kann man nicht zu einem Ende kommen, an dem alle in Bremen und über Bremen hinaus ein Interesse haben müssen oder können; und man kann

nicht zu einem guten Ende kommen, wenn die Regierung es von vornherein ablehnt, zu verhandeln. Das ist meines Erachtens eines der Hauptargumente, die wir anzuführen hätten, um der Regierung das Mißtrauen auszudrücken. Eine Regierung, die nicht mit den Streikenden verhandeln will, die von vornherein sagt, ihr müßt per Order de Mufti in die Betriebe hineingehen, hat das Menschenmögliche zur Aufreizung der Arbeiter geleistet, was geleistet werden kann. Die Arbeiter sollen einfach einem Diktum folgen. Man will ihnen einfach den Kommißstiefel in den Nacken setzen, das ist der Sinn dessen, was in dem Flugblatt Nr. 14 gesagt wird, da heißt es:

„Wie kann der politische Streik beendet werden?

Wenn die streikenden Arbeiter der städtischen und privaten lebenswichtigen Betriebe, nämlich Gas- und Elektrizitätswerk, Straßenbahn, Mühlen- und Hafenbetriebe bis morgen, Donnerstag vormittag 9 Uhr, die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen.“

Das mutet man den Arbeitern zu. Nachdem man den Gegner draußen im Felde nicht bedingungslos überwunden hat, soll sich der Arbeiter bedingungslos ergeben. Wer schreibt diese Flugblätter? Wer bezahlt sie? Wer hat sie verbreitet? Ich konstatiere, daß unsere Zeitungen verboten sind, und daß wir keine Flugblätter herausgeben dürfen. Wir haben gestern erlebt, daß unser Drucker und unsere Seher verhaftet worden sind. Warum? Weil irgend ein Flugblatt verbreitet worden ist ohne Angabe des Druckers. Man hatte Verdacht, daß es bei unserm Drucker, Herrn Westfahl gedruckt worden sei. (Zuruf Garbes.) Man behandelt diese Leute genau so, wie man glaubte, sie behandeln zu können in der gegenwärtigen Situation. Und man hat dasselbe getan unserer Fraktion gegenüber, als wir gestern abend den Diener des Bürgeramts ersuchten, uns Passierkarten zu besorgen von der Stadtkommandantur. Es wurde gesagt, es sei in Aussicht gestellt, daß wir sie alle haben könnten. Der Mann ist hinüber gegangen, er ist nicht wieder gekommen. Der arme Mann hat lange warten müssen. Dann mußten wir selbst hingehen. Einzeln sind wir vorgelassen worden vor dem Adjutanten, der seinen Revolver neben sich liegen hatte. (Unruhe. Lebhaftes Zurufe. Gelächter.) Das sind die Helden des Vaterlandes. (Tumultartige Szenen. Der Redner ist in dem Lärm kaum zu verstehen.) Wenn Sie meinen, mit einem solchen Diktum, mit einer solchen bedingungslosen Uebergabe, mit solchen Drohungen, mit solchen gemeinen Verleumdungen Ruhe und Vernunft zur Geltung bringen, sind Sie auf dem Holzwege. Sie wissen genau, daß wir in Bremen auf solche Weise nicht dazu kommen können, hier wieder Ruhe zu schaffen, damit wir wieder aufbauen können, was der Krieg zerstört hat. Heraus mit der Wahrheit! Wenn Sie das billigen, was in diesem Flugblatte steht, dann wollen Sie nichts weiter als die Wiederaufrichtung

des Militarismus in der schärfsten Form, und Sie wollen sich rächen für den Ausgang des politischen Streiks im März. Als da die Arbeiter gestreikt haben um die Freilassung der politischen Gefangenen, da konnten die Arbeiter erklären: Mit einem vollen Siege hat der Generallstreik geendet. Da hat die Weser-Zeitung gesagt, die Regierung sei zu nachgiebig gewesen. Da haben Sie sich gesagt, wenn die Gelegenheit kommt, dann wollen wir sie wahrnehmen, um unser Mütchen zu kühlen. Dieselbe Weser-Zeitung beliebt dann auch am Sonntag ihrer Natur getreu zu sagen, die Mehrheitssozialisten müßten einsehen, daß sie den Klassenkampf aufgeben müßten. Die Weser-Zeitung bildet sich ein, die Leute einseifen zu können. (Zuruf Rhein: Bildet sich ein!) Ach bitte, Herr Rhein, entschuldigen Sie, Herr Senator, die Arbeiter werden selbstverständlich wissen, was sie von solchen Dingen zu halten haben. Sie wissen genau, wenn die Weser-Zeitung den Mehrheitssozialisten zumutet, den Klassenkampf aufzugeben, was sie darauf zu erwidern haben. Auch Arbeiter von den Mehrheitssozialisten sind unter den Streikenden, und sie sind nicht hineingezwungen worden in den Streik. (Unruhe. Lärm. Erregte Zwischenrufe.) Ich gebe gern zu, daß 150 Lungen zusammen stärker sind, als die meinige. Ich habe nur eine Zigarrenmacherlunge, so stark ist sie nicht! Ich sage noch einmal, es sind viele Mehrheitssozialisten unter den Streikenden. (Zuruf: Gezwungen! Zwischenrufe von allen Seiten. Große Unruhe.)

Wohin die Politik führt, ersehen wir aus einem Artikel der „Weser-Zeitung“. Die Arbeiterschaft wird zu der Ueberzeugung kommen, daß die Politik ihrer Führer aus den Reihen der Mehrheitssozialisten falsch ist. Dieses Ergebnis wird nicht aufzuhalten sein, und es wird Gefahren mit sich bringen wegen der Vorgänge, die jetzt in Bremen vor sich gehen. Was Herr Rhein von Parteidiktatur geredet hat, damit bin ich einverstanden. Es wundert mich nur, daß solche Dinge ausgesprochen werden. Haben wir den Belagerungszustand, so muß es zu Zusammenstößen kommen. (Zuruf aus der Mitte: Das ist ja Euer Zweck!) Ich fordere Sie auf, dafür Beweise zu bringen, daß das unser Zweck ist! Es ist nicht unser Zweck, wir können das nicht wünschen. Es ist aber soweit gekommen, daß Leute, die der Arbeiterklasse selbst angehören, jetzt, wo sie als feldgraue Kämpfer zurückgekehrt sind, gegen die Arbeiter kämpfen. Ich hoffe, daß diese Feldgrauen bald in unsere Reihen zurückkehren werden. (Zuruf aus der Mitte: Da laur op!) Da laur op, wird mir zugerufen, das höre ich aus dem Munde eines Arbeiters, was mir aber nichts anderes beweist, als daß bei Ihnen der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Präsident: Herr Henke, ich bitte Sie, Ihre Worte nach hier und nicht an einzelne Abgeordnete zu richten.

Denke: Ich werde der Bitte gern entsprechen, möchte aber den Herrn Präsidenten bitten, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Abgeordneten keine Zwiesgespräche mit mir beginnen. (Heiterkeit.) Wir sind ja einer Meinung über die Geschäftsordnung, ich möchte aber wünschen, daß sie möglichst loyal ausgelegt werde. Ich werde mich also an den Herrn Präsidenten wenden.

Wie die Arbeiter über die Politik ihrer mehrheitssozialistischen Führer denken, darüber hat neulich das „Hamburger Echo“ in einem Artikel geschrieben. In diesem Artikel wird hervorgehoben, daß die Arbeiter die Reden gewisser Minister herzlich satt haben. Das sozialdemokratische Organ würde das nicht aussprechen, wenn es nicht wahr wäre. Viele Arbeiter sind schon zu solcher Erkenntnis gekommen. Dazu haben besonders die Verordnungen beigetragen, die da anbefohlen, daß kein Streik veranstaltet werden soll, ohne das, was die Verordnung ausspricht, beobachtet zu haben. Es werden wilde Streiks verboten, — man hat, wie es scheint, dabei auch besonders Bremen im Auge.

Es ist dann vom 21er Ausschuß die Rede gewesen, und es ist gefragt, was dieser Ausschuß eigentlich sei. (Zuruf: Einbrecher!) Eine solche Beleidigung sollte man nicht aussprechen, besonders sollten das Gewerkschaftsführer nicht tun. Die Arbeiter wollen heute aus guten Gründen mit den Gewerkschaftsführern nichts mehr zu tun haben (Zuruf: Wollen sie absagen, das stimmt!), sie wollen nichts mehr von der Bureaucratie in der Arbeiterschaft wissen. Darum haben sie den 21er Rat erwählt. Der 21er Rat ist zusammengesetzt von den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe, von ihnen gewählt. Solche Vertrauensleute, wie man sie jetzt in Bremen hat, bestehen schon in vielen Betrieben Deutschlands. In England hatte man diese Einrichtung schon längst, bevor sie in Deutschland Eingang gefunden hat. Das ist eine Tatsache; sie läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Und diese Tatsache bedeutet, daß die Gewerkschaften damit aufhören, in Lohnkämpfen die alleinige Vertretung der Arbeiter zu sein. Körperschaften, wie der 21er Ausschuß sind eine Ergänzung der bestehenden Organisationen. Die Gewerkschaften werden dadurch nicht überflüssig gemacht. In Zukunft werden wir nur noch solche Kämpfe haben, die von den Vertrauensleuten gutgeheißen sind. Ein solcher Kampf ist der gegenwärtige Streik. Er ist ein politischer Streik, mit politischen Forderungen. Diese Forderungen sind den Herren bekannt. Die Arbeiter fordern 1. Aufhebung des Belagerungszustandes. Darüber wird jetzt verhandelt. 2. Gleichstellung der Arbeiter mit den Leuten von der Stadtwehr in der Ernährung. 3. Die Opfer des 4. Februar sollen entschädigt werden. Das sind die politischen Forderungen des 21er Rats. Ueber diese Forde-

rungen kann man nach meiner Ueberzeugung sehr wohl verhandeln. Leider aber wird den Arbeitern das Recht, zu fordern, und das Recht, über solche Dinge zu verhandeln, abgesprochen. Wenn das eine kapitalistische Regierung tut, wenn sie sich weigert, mit den Arbeitern über solche Forderungen zu verhandeln, mit den U. S. und den Komm., mit den streikenden Arbeitern in Verhandlungen einzutreten, so begreift man das. Daß aber Mehrheitssozialisten, die früher mit uns zusammen gearbeitet haben, solche Verhandlungen ablehnen, das ist fast nicht zu begreifen. Es ist auch nicht zu verstehen, wie diese Herren sich jetzt gegen den Klassenkampf aussprechen. Wenn sie nur ein wenig Vernunft annehmen, nur ein wenig nachdenken wollten, müßten Sie uns doch beipsichtigen, daß der Klassenkampf heute notwendig, ja, notwendiger ist als je, wo wir eben die grausame Ermordung von Rosa Luxemburg und Liebknecht erlebt haben. Aber jetzt sagen, es sei ein Unsinn mit dem Klassenkampf, ist doch absurd. Die Arbeiter werden nicht in den Streik geheißt, sondern es handelt sich noch immer um den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Dieser Gegensatz tritt leider noch immer in Erscheinung. Wenn aber die Mehrheitssozialisten gegen diesen Klassenkampf sind, so tun sie damit nichts anderes, als daß sie die Geschäfte der Herren von der Rechten betreiben. Mit dem verschärften Belagerungszustand will man die Arbeiter wieder zur Arbeit zwingen. In Flugblatt 10 heißt es, daß sie bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Man will, daß die Arbeiter unter allen Umständen pater peccavi sagen. Wie stellt man sich das vor? Meint man, die Arbeiterschaft so unterzukriegen, daß man dadurch, daß man ihnen keine Lebensmittel gibt, sie durch Hunger zwingen will? Aber wenn man sie bedingungslos wieder zur Arbeit zwingt, so werden sie die Arbeit mit bitterem Grimm und blutendem Herzen wieder aufnehmen. Ja, man kann sie auf diese Weise vielleicht zwingen, aber sie werden dann bei der ersten besten Gelegenheit den Kampf wieder aufnehmen, und wenn sie den Kampf wieder aufnehmen (Zuruf: Dann kneifen Sie aus, wenn es losgeht!), dann wirds umso erbitterter geschehen. (Unruhe.) Wir haben uns früher über den politischen Massenstreik eingehend in der Sozialdemokratie unterhalten, bevor die Revolution bei uns ausbrach. Erst die russische Revolution hat den Arbeitern den politischen Massenstreik als bedeutsames neues Kampfmittel vor Augen geführt. Es wurde dadurch der Achtstundentag und anderes erreicht. Wünscht man dadurch Erfolge zu erzielen, so handelt es sich darum, daß die Arbeiter im richtigen Moment Ruhe und Geschlossenheit bewahren. Wenn die Arbeiter jetzt reden könnten, würden sie Gelegenheit haben, sich zu überlegen, wie sie jetzt am besten in größter Geschlossenheit und Ruhe vorgehen können, um einen großen Sieg zu erringen. Ihr Hauptgegner ist Moske, er hat jetzt sein wahres Gesicht

gezeigt und steht nackt in seiner wahren Gesinnung vor uns. Und die parlamentarischen Senatoren, die zehn Mehrheitssozialisten, nicken verständnisvoll ihm zu. Ja, wenn Sie sich diese Regierung näher ansehen — Sie mögen das Mißtrauensvotum in der nächsten Sitzung ablehnen — von der Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit wird es ihnen aber glänzend ausgestellt werden.

Selbstverständlich wird in diesem Kampfe gelogen, daß sich die Balken biegen. (Zuruf: Arbeiterzeitung! — Widerspruch.) Ich verstehe, daß Herr Waigand verständnisvoll nicht. Aber ich meine die Lügen auf Ihrer Seite. Wir lügen nicht! (Lautes Gelächter.) Ich habe hier ein Flugblatt: Mit Genehmigung der Stadtkommandantur ist es erschienen. Es heißt:

„Wie Spartakus haust! Am Ostermontag nachmittag kurz vor 6 Uhr hat sich vor der Stadtwehrwache Holzhausen II eine größere Menge angesammelt, aus der ohne jede Veranlassung auf die Wache scharf geschossen wurde. Die Wache hat mit scharfen Schüssen geantwortet. Bei dieser Schießerei sind bedauerlicherweise zwei Kinder verletzt worden.“

Wenn das wahr wäre, läge nichts näher, als diese Leute, die auf die Wache scharf geschossen haben, ausfindig zu machen. Davon haben wir aber nichts gehört. Wir haben aber gehört, daß es mehrere Verwundete gegeben hat, daß von den Soldaten jedenfalls mit scharfen Schüssen geantwortet ist und dabei zwei Kinder verletzt sind. (Pfui!) Das eine Kind ist infolge der Verletzungen gestorben. Das ist unangenehm, das ist traurig, möchte ich sagen und merkwürdig zugleich, daß es das Kind eines Schutzmannes ist, eines Schutzmannes, der zweifellos, wie die Leute von der Stadtwehr, wünschte, daß der Streik möglichst bald beendet würde. Und daß die Kinder verletzt wurden, ist zweifellos bewußt geschehen, da mir von einer Person, die Augenzeuge war, gesagt wurde, daß ein Mann der Schutztruppe mit seinem Gewehr auf diese Kinder angelegt hat. (Zurufe.) Der Augenzeuge berichtet mir, daß es ein Mann der Stadtwehr mit der Nr. 329 war. (Rufe: Lüge Lüge!) Nein, es ist die Wahrheit! Ich habe gesagt, daß ich das von einem Augenzeugen habe, und ich kann nicht annehmen, daß der Augenzeuge gelogen hat. (Zurufe.) Nein, das kann ich nicht. Ich kann vielmehr sagen, daß Winkelmann eine Lüge ausgesprochen hat.

Präsident: Sie haben eben gesagt, daß Herr Senator Winkelmann gelogen habe, ich rufe Sie zur Ordnung.

Henke (U. S.) Ich kann es beweisen. Gestatten Sie, das, was Augenzeugen über die Schießerei in der Nordstraße geschrieben haben, zu verlesen.

Am 21. 4. 1919 nachmittags gegen 7¹⁵ Uhr kam eine Patrouille der Reg.-Sch.-Tr. die Nordstraße entlang, einige der anwesenden Kinder riefen ihr

etwas nach, worauf die Patrouille blinde Schüsse abgab, einer von der Patrouille schoß dann schließlich in die Kinder hinein, wobei er einem derselben das Bein abschloß, und zwei andere verletzte. Die Leute von der Reg.-Sch.-Tr. hielten es dann nicht der Mühe wert, den Verwundeten Hilfe zu leisten, bis schließlich die Zivilisten sich darum bemühten und die Knaben zu ihrer Wohnung brachten. Der Knabe, welchem das Bein abgeschossen worden ist, (ca. 13 Jahre alt) ist dann inzwischen infolge des ungeheuren Blutverlustes verstorben.

Der Patrouillenführer billigte das Vorgehen seiner Leute und äußerte, nur so könne man sich Respekt verschaffen.

Diese Zusage hat man mir eben gegeben. Ich nenne den Gewährsmann einstweilen nicht, aber ich bin gespannt, was Herr Winkelmann dazu sagen wird, ob er sagen wird, daß das Lügen sind. Was ist alles berichtet über streikende Arbeiter! Ich erinnere an die Berichterstattung über Lichtenberg, ich erinnere an die Berichte über die von den Spartakisten in Berlin angeblich veranstalteten Unruhen. In Berlin haben zweifellos viele Leute große Verbrechen begangen, Leute, wie Sie sie auch auf der Rechten in ihren Kreisen aufzuweisen haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß solche kapitalistischen Elemente schon oft ein Blutbad angerichtet haben, daß sich aus ihnen eine große Zahl von Verbrechern rekrutieren. Wenn nun auch das Lumpenproletariat in solchen Zeiten sich als Plünderer und Räuber der Revolution anschließt, wie es besonders in Frankreich vielfach der Fall gewesen, so soll man sich darüber nicht wundern. Das ist aber kein Schandfleck der Revolution selbst, sondern das kommt auf Ihr Konto, da das Entstehen dieses Abhubs der Bevölkerung auf die kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen ist. Gerade darum wollen wir von jeher ja die Arbeiter politisch frei und wirtschaftlich widerstandsfähig machen, damit sie nicht ins Lumpenproletariat hinabsinken. Deshalb wollen sie sich auch vom Kapitalismus befreien. Und sie werden nicht aufhören mit dem Kampf. Auch hier wird der Kampf nicht aufhören, in dieser famosen Nationalversammlung, wo an dem Parlamentarismus der schändeste Verrat geübt wird. Wir reden und reden hier, und draußen stehen Maschinengewehre und Minenwerfer. Die Massen erfahren nichts, keine Zeitung erscheint. Kein Mensch erfährt, was in der Versammlung der 200 geschehen ist. Eine Berichterstattung ist nicht möglich. Und wir können auch nicht in Versammlungen zu den Arbeitern sprechen, weder als Abgeordnete noch sonst, wir können ihnen nicht sagen, was nötig ist. Das alles verursacht immer aufs neue Empörung bei den Arbeitern. Aber man will Verwirrung in die Arbeiter bringen, man will sie durch Hunger dazu treiben, bedingungslos sich zu unterwerfen oder niedergeknallt zu werden. Es wiederholt sich hier, was wir aus der Geschichte und der Literatur wissen. Wir wissen, was

wir von der Bourgeoisie zu halten haben. Was sich in den Junikämpfen des Jahres 1848 und in den Maitämpfen 1871 in Paris bei der Kommune ereignet hat, wo Tausende und Abertausende auf Betreiben der Bourgeoisie hingerichtet worden sind, das soll sich hier wiederholen. (Sehr richtig!) Es soll ein Exempel statuiert werden an den bremischen Arbeitern. Man fragt nicht, ob ihre Forderungen, die Forderungen der Spartakisten oder anderer, gerecht oder ungerecht sind, nein, man will ein Exempel statuieren, man will im Blute waten, man will die Arbeiter bestrafen, die Arbeiter sollen kuscheln. Aber die bremische Arbeiterschaft wird bis zum äußersten aushalten, und wenn auch Hunderte hingerichtet werden, und wenn auch ihre Kinder keine Milch bekommen und eines elenden Todes sterben müssen, so werden sie die Zähne zusammenbeißen und im Kampf aushalten, sie werden lieber sterben als sich einem solchen Diktum zu unterwerfen. Sie werden tun, was die Arbeiter anderer Städte und Länder getan haben, wenn man ihnen zumutete, sich unter die Kommissstiefel zu beugen. Die Arbeiter blind zu machen gegenüber dem, was sich zugetragen hat, ihr Fühlen und Denken zu ertöten, das bringen Sie nicht fertig, Sie mögen sie vielleicht durch Hunger wieder zur Arbeit zwingen, das ist möglich, aber seien Sie überzeugt, die Arbeiter werden dann nur wieder Arbeit tun mit Wut im Herzen, mit Nachgelüsten im Herzen, und eines schönen Tages wird das zum Durchbruch kommen. Der Tag der Vergeltung wird kommen. Es ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Man ist damit noch weit über das hinausgegangen, was der Belagerungszustand sonst gewesen ist. (Zuruf: Das Standrecht ist noch nicht verhängt, das Ihr verhängt hattet!) Überall sehen wir Stacheldrahtverhaue, Kanonen und Maschinengewehre, schwer bewaffnete Soldaten durchziehen die Straßen. Und während man dafür gesorgt hat, daß die Kinder der großen Masse der Arbeiter in der westlichen Vorstadt keine Milch bekommen, wird im Parkviertel Milch ausgetragen. (Widerspruch.) Wir wissen, daß Arbeiter gestern oder vorgestern Veranlassung genommen haben, weil sie ihre Familie in größter Not wußten, etwas dagegen zu tun und sich mit Gewalt etwas anzu-eignen. Da spricht man von bolschewistischen Handlungen, man nennt sie Diebe. Wir sind genau so Gegner des Diebstahls wie andere, aber wenn es sich darum handelt, daß die Arbeiter durch die bitterste Not und die Bourgeoisie bewußt zu einem solchen Vorgehen gezwungen werden, dann würde ich, wenn ich einem Gericht angehörte, das über solche Diebe abzuurteilen hätte, diese Diebe freisprechen, da der Belagerungszustand und die Lebensmittelsperre die Leute zur Verzweiflung getrieben haben. Durch den Belagerungszustand sollen die Arbeiter gezwungen werden, durch das laudinische Joch zu gehen. Es soll ein Exempel statuiert werden, man will die Arbeiter mit

Hilfe der Truppen zwingen, abtrünnig zu werden. Aber die Herren werden dafür ihren Lohn erhalten. Das hat selbstverständlich Bezug auf die Arbeitgeber in der Industrie, Handel, Kleinhandel, Gewerbe. Sie verlangen die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter. Das sind Gegensätze, die sich nicht vereinigen lassen. (Zuruf: Wo bleibt da das „Volkswille ist Gotteswille“?) Aber, Winkelmann, was soll denn der Zuruf? (Auf: Das hat Winkelmann nicht gerufen!) Wie kann man denn da Volkswillen heranziehen? Ich will nicht sagen, daß der Volkswille immer Gotteswille ist, aber ich weiß wohl zu unterscheiden. Fest steht, daß es eine Lüge ist, wenn gesagt wird, die streikenden Arbeiter seien die Minderheit, und sie streiken, weil sie ihren Willen der Mehrheit aufzwingen wollen. Wenn das der Fall wäre, wäre es doch für diese Mehrheit, für die Masse der Arbeiter eine Leichtigkeit, auch ohne Maschinengewehre und Handgranaten ihren Willen durchzusetzen. (Zuruf.) Ja, wer ist der 21er Ausschuß? Es sind Vertrauensleute, die die Arbeiter hingeschickt haben aus den Betrieben, es sind Leute, die ihr Vertrauen haben. Weil Sie sagen, der Streik müsse beendet werden, auch durch Gewaltmaßnahmen, ist die Arbeiterschaft empört. In den Flugblättern wird die Entfernung dieses 21er Rats verlangt. Wer ist der Schreiber dieser Flugblätter? Es wird in einem Flugblatt sogar gesagt, daß einer von dem 21er Rat als Einbrecher verhaftet sei. (Zuruf: Das stimmt auch!) Das ist eine Lüge! Der Mann ist nicht Mitglied des 21er Rats. (Zuruf: Aber des Aktionsausschusses!) Wenn das wahr sein soll, daß einer vom 21er Rat ein Einbrecher ist, dann muß ich sagen: Unter Ihnen gibt es eine ganze Menge von Einbrechern. (Stürmische Zurufe: Rassenräuber! Räuber der Gewerkschaftskasse! Urkundenfälscher!)

Präsident: Herr Henke, Sie haben die Mitglieder der Nationalversammlung beschuldigt, daß in ihren Reihen eine ganze Reihe Einbrecher säßen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Henke: Ich habe natürlich sagen wollen, daß es unter den Mitgliedern der Parteien auch solche gebe, die, wie es in einem Flugblatt heißt, ihre wirtschaftlichen Vorteile über das Gemeinwohl stellen. Das eben ist der Geist des Kapitalismus, daß er nur seinen Profit sucht, daß er die Arbeiter niederzwingen will, um sie ausplündern zu können. Das will auch der Kapitalismus Bremens. Es ist ja wieder merkwürdigerweise ein Mann mit einem „von“ vor seinem Namen, der das Kommando führt. Wir haben am 4. Februar das überall wahrnehmen können, daß Adelige die Truppen führten. Und das tritt uns in den gegenwärtigen Kämpfen wieder vor Augen, in denen ein Herr von Engelbrechten die Führung hat. Ich kenne ihn persönlich nicht, ich weiß nicht, wie er denkt, aber das weiß ich, was das, was er gegen uns anwendet, ist, und alle seine Maßnahmen atmen den Geist

des Militarismus. Wenn Sie (zu den M.-S.) jemals Anspruch darauf erheben, daß Sie Klassenkämpfer sein wollen, dann dürfen Sie das nicht mitmachen und müssen durch Aufhebung des Belagerungszustandes dafür sorgen, daß wenigstens Beruhigung in die Arbeiterschaft kommt, und daß diese Gesellschaft da drüben gezwungen wird, mit den Arbeitern zu verhandeln. (Zuruf: Ihr wollt ja nicht!) Wir wollen wohl, aber die Forderungen, die wir gestellt haben, waren Euch zu hoch. Ihr lehntet sie ab, während Ihr jetzt mit den Reaktionsären durch Dick und Dünn geht. Wir sprechen uns eines Tages wieder, und dann werdet Ihr zugeben, daß unsere Bedingungen sehr bescheiden, noch zu bescheiden gewesen sind. Die Genossen von links wollen dasselbe wie wir, sie sind unsere Mitkämpfer. Nun sorgt dafür, daß dem schandbaren Zustand ein Ende bereitet wird. (Lebhaftes Bravo bei den U. S. und K.; Händeklatschen.)

Fauth (M.-S.) Meine Damen und Herren! Herr Henke hätte heute ganz bestimmt nicht so reden können, wenn er gewollt hätte, was er bei seinem Schluß in Abrede gestellt hat, wenn er gewollt hätte, in die dargebotene Hand der Mehrheitssozialisten einzuschlagen. Dieses war der Hauptgrund, daß diese dargebotene Hand zurückgeschlagen worden ist. Man wollte in der Opposition stehen bleiben, (Sehr richtig) man wollte die Verantwortung nicht auf sich nehmen. (Zuruf: Praktisch kann er nichts!) Henke hat in seinen Ausführungen zugegeben, daß eine Ursache vorhanden sei, die die Verhängung des Belagerungszustandes verursacht hat. Wenn er will, daß der Belagerungszustand wegfällt, dann muß er und seine Parteigenossen danach handeln. Er sagt, sie allein führten den Kampf gegen den Kapitalismus, und wir unterstützten den Kapitalismus. Er sagt damit nicht, daß sie gegen eine Regierung kämpften, die zum Teil aus ihren einstigen Freunden zusammengesetzt ist, daß sie unter allen Umständen den Sturz dieser Regierung herbeiführen wollen. Und wenn Sie diese Regierung stürzen wollen, und diese Regierung wehrt sich dagegen mit allen Mitteln, dann schreien Sie nicht von Vergewaltigung und von einem Unfug des Belagerungszustandes. Diese Regierung tut, was Sie auch getan haben; als Sie die Regierung hatten, haben Sie sich in ganz anderer Weise gegen uns benommen. (Zwischenrufe: Ausgeplündert haben Sie uns. Geräubert! Lärm. Erregte Rufe von beiden Seiten.) Sie haben in ganz brutaler Weise gegen uns gewütet, (Erneuter Lärm bei den U. S. und K.) indem Sie uns Sozialisten aus dem Arbeiter-rate ausgeschlossen haben. (Erregte Zwischenrufe.) Wo blieb da Demokratie? Wo blieb des Volkes Wille, (Sehr richtig!) den Sie heute ein paar mal anführten? Der Volkswille ist, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat, und wer das nicht begreift, ist bodenlos dumm, oder er will es nicht begreifen. (Sehr richtig!) Henke hat hingewiesen, daß unter ihrer Herr-

schaft der Belagerungszustand nur eine kurze Zeit gedauert habe, und er hat gesagt, daß das Standrecht bei ihnen gegen die Plünderer verhängt worden sei. Das Standrecht war gegen Plünderer verhängt, und trotzdem plünderte man uns die Bremer Bürgerzeitung aus. (Sehr wahr! in der Mitte und rechts.) Wenn dieser Belagerungszustand einige Monate bestanden hat, so ist das in erster Linie Ihnen zuzuschreiben. Er wäre heute nicht mehr in Kraft, wenn Sie nicht vor 14 Tagen diese Szene hier aufgeführt hätten. (Gelächter.) Henke hat auch angeführt, daß uns parteipolitische Rücksicht leite, so zu handeln, wie wir handeln. Er hat einige Ausführungen von dem Hauptmann Knörzer verlesen. Dem gegenüber möchte ich sagen, daß Herr Uphoff, der Kommunist, der Henke so vorzüglich abphotographiert hat, sagt, er sei ein ausgezeichnete Konjunkturpolitiker, der stets seinen Mantel nach dem Winde hänge. (Zuruf rechts: Wie im Arbeiterrat.) Zuruf links: Herrn Uphoff schenken wir Ihnen!) Ein Parteimann wäre natürlich ein Dummkopf, wenn er nicht so handelte, und deshalb braucht Henke uns nicht einen Vorwurf daraus zu machen. Wenn trotzdem solche Märschen angeführt werden, so nur, um dem Volke zu zeigen, wie Sie den Kampf gegen uns führen. Dann führt er weiter an, eine Regierung, die nicht mit den Arbeitern verhandelt, handele unerhört, und er sagt ferner, diese Regierung wolle anscheinend der Arbeiterschaft den Kommissstiefel in den Nacken setzen. Aber ist es nicht dasselbe, wenn eine Volksminderheit eine Mehrheit vergewaltigen will? (Sehr richtig, Mitte und rechts.) Indem Sie die Kapitulation der Regierung verlangen, verlangen Sie, daß die Mehrheit sich Ihnen fügen soll. Dann hat Henke gesagt, es wären viele Mehrheitssozialisten freiwillig in den Streik eingetreten. Eine größere Unwahrheit ist in diesem Hause wohl noch nicht gesagt worden. (Sehr richtig! Lebhaftes Zwischenrufe.) Wir haben Hunderte von Zuschriften erhalten von unseren eigenen Genossen, die uns geschildert haben, in welcher terroristischen Weise man gegen sie vorgegangen ist. Wir wissen genau, wie die Abstimmungen in den Betrieben vorgenommen wurden. Auf der Aktiengesellschaft „Beser“ und bei den Atlaswerken ist nicht geheim abgestimmt worden. In verschiedenen Betrieben ist überhaupt nicht abgestimmt worden. Man hat die Arbeiter einfach so hinausgejagt. Und dann hat man gewagt, in der Arbeiterzeitung zu schreiben, die Arbeiterschaft hätte den Streik einstimmig beschlossen!! (Lebhaftes Zwischenrufe.) Wo ist mehr gelogen worden in diesen Tagen als in der Arbeiterzeitung!!! Wir haben in dem Bremer Volksblatt in verschiedenen Fällen lesen können, wie in der Arbeiterzeitung gelogen ist. (Zwischenrufe.) Alle diese Behauptungen können wir mit Beweisen belegen. Trotzdem behauptet man am nächsten Tage immer wieder dasselbe! Dann hat Henke gesagt, sein Terror hätte noch niemand weh getan. Ich glaube, der Terror der Person des Herrn Henke hat uns nicht weh getan,

aber er hat es verstanden, diesen Terror auf andere zu übertragen. Die haben ihn dann ausgeführt. Wenn man eine Rede hält, wie die heutige, so ist diese dazu angetan, diesen Terror zu entfachen. Und nachher wäscht Henke seine Hände in Unschuld. (Zurufe: Geht nach Weimar; macht sich aus dem Staube!) Er hält sich darüber auf, wenn behauptet wird, es wäre ein Mitglied des 21. Ausschusses verhaftet worden. Der 21. Ausschuss ist so zusammengesetzt, daß man nicht weiß, wer demselben angehört. Es gehören ihm sehr viele an. Jeder ist legitimiert als Mitglied des 21. Rats, und wenn sie einen Unliebsten sich abschütteln wollen, sagen sie, er ist nicht Mitglied. Dann meint Henke, solche Kämpfe, wie sie augenblicklich in Deutschland sind, wären nicht möglich, wenn nur einige Personen ihn führen würden. Das wissen wir, daß es nicht einige Personen in Deutschland sind, nein, einige mehr. Aber daß es die Mehrheit der Arbeiter ist, ist gelogen. Wir kennen auch Fälle, wo wir genau wissen, daß diejenigen, die so hegen, es nicht aus eigener Initiative tun, sondern daß sie dazu gedungen sind. Ich wage, es zu behaupten, daß diese Leute, die heute hegen, es früher nicht gewagt haben, weil sie damals um ihre Person zuviel Sorge gehabt haben. Heute in dem demokratischen Staate, wo sie so wenig zu fürchten haben, wagen sie zu hegen. Darum finden sich heute verhältnismäßig mehr Leute, die dieses Werk in die Hand genommen haben. Dann hat Henke gesagt: „Wir lügen nie!“ Ich habe dieses vorhin schon illustriert, wie in der letzten Zeit gerade in der Arbeiterzeitung gelogen worden ist, und auch das, was er heute angeführt hat in bezug auf die Stadtwehr: derjenige Gewährsmann, der ihm das übertragen hat, hat ganz bestimmt gelogen. Henke hat sich dahinter verschauelt, daß es ihm zugetragen worden ist. Aber so machen es die Herren immer. Wenn sie den Beweis antreten sollen, sagen sie, sie haben es von einem Gewährsmann, wir haben es von Augenzeugen. Diese werden dann vorgeschoben. (Große Unruhe. Zwischenrufe auf allen Seiten des Hauses.) Wollen Sie noch einen Beweis davon haben? Wissen sie nicht, wie man in Dresden vorgegangen ist? Wie man dort die Kriegsbeschädigten in den Vordergrund gestellt hat und sie vorgeschickt hat? Genau so wird es jetzt gemacht, und ich weiß es aus bestimmter Quelle, daß man in der Nordstraße erst die Kinder und dann die Frauen vorschickte und dann kamen die Arbeiter. (Drohende Zurufe. Tumultuarische Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!

Redner fortsetzend: Ziemlich Zurufe erfolgen, desto besser habe ich ins Schwarze getroffen. Es wird die Behauptung aufgestellt, im Parkviertel würde Milch ausgetragen. Auch das ist genau so zu bewerten, wie das vorhin Behauptete. Wir haben uns erkundigt, ob es möglich wäre, denn wir haben genau gewußt, daß sie mit diesen Mägen kommen würden. Man hat

uns die Zusicherung gegeben, daß es unmöglich gewesen ist, daß Milch ausgetragen wird. (Zurufe.) Dann hat Henke gesagt: Sie zwingen die Bevölkerung zu Plünderungen. Mit solchen Maßnahmen scheuen Sie sich nicht, der Regierung einen Vorwurf zu machen? (Rufe!) Warum machen Sie nicht dem 21. Rat den Vorwurf? Beschweren Sie sich darüber! Das Wasserwerk sollte stillgelegt werden, (Lärmende Zurufe) in dem Sinne, die Arbeiten am Wasserwerk lahmzulegen. (Zurufe.) Wir haben den Beweis in Händen. (Dauernde Unruhe.) Schützenhofversammlung — — — Opfermann erklärte, daß das das Ziel sei. Und nun kommen Sie und behaupten das Gegenteil. (Große Unruhe.)

Auf die Ausführungen des Herrn Henke noch weiter einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Ich habe nur noch zu erklären, daß wir unter den gegebenen Umständen der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zustimmen können.

Miller (A.): Meine Damen und Herren! Ich als sündiger Mensch bekenne mich schuldig, daß ich die Schuld habe, daß der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben ist — wenigstens nach Fauths Ausführungen. (Zuruf.) Fauth hat es selbst ausgeführt. (Zuruf: Ueberschätzen Sie sich nur nicht!) Ich bin nicht in der Lage, mich zu überschätzen. Fauth hat ausgeführt, daß nach meinem Auftreten in der vorigen Versammlung seine Freunde der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zustimmen könnten. Ich glaube Ihnen gern, meine Damen und Herren, daß Ihnen die Sitzung nicht zum besten gefallen hat. Weit besser hat Ihnen die Sitzung am nächsten Tage gefallen. Da hat sogar die Volkszeitung Stimmen aus dem Zuhörerraum gesammelt. Es wurde mir erzählt, daß eine alte Frau mit zahnlosem Munde in der Ecke geessen und leise immer gesagt habe: Jetzt haben wir 18 Senatoren! Diese zweite Sitzung oder vielmehr die dritte hat Ihnen jedenfalls besser gefallen, Ihnen und Ihren Freunden, mit denen Sie Hand in Hand gehen. Ich glaube Ihnen gern, daß Sie mit denen besser auskommen als mit uns.

Als ein Mitglied der provisorischen Regierung die Nationalversammlung eröffnete, hat der Herr vom Rednerpult eine Rede verlesen. Darin stand, daß dieses Parlament das freieste Parlament auf der ganzen Erde sei, daß dieses Parlament unter dem freiesten Wahlrecht gewählt wäre und das freieste Parlament sei, das überhaupt tage. Nun bitte ich Sie: sehen Sie zum Fenster hinaus und vergleichen Sie das, was Sie da sehen, mit diesen Ausführungen! Rings um das Parlament ist Stacheldraht gezogen, ringsum stehen Kanonen und Maschinengewehre, ganz Bremen gleicht einem großen Heerlager. (Zuruf von einem M.-S.: Soweit habt ihr's gebracht!) Meine Damen und Herren! Wenn Sie unserem Antrage in der vorigen Sitzung zugestimmt hätten, dann, glauben Sie mir, hätten Sie sich die Blamage hier

erspart. Denn das steht fest: mag der Streik auslaufen, wie er will, mag die Regierung gezwungen werden, mit den Arbeitern zu verhandeln oder nicht, mag es gelingen oder nicht, die Arbeiter mit Gewaltmitteln wieder in die Betriebe hineinzubringen, der Erfolg ist auf unserer Seite. Ein großer Teil nicht nur der Mehrheitssozialisten, sondern auch ein großer Teil des Bürgertums hat erkannt, daß die Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, nicht eigentlich durch die Regierung, sondern durch die Stadtkommandantur getroffen sind. Ich habe schon erklärt, daß die Regierung gar nichts zu melden hat: die Regierung ist nur das Feigenblatt für die reaktionäre Partei. Diese Maßnahmen der Stadtkommandantur lassen auch die Leute, die Arbeiter erkennen, wohin der Weg führt. Genosse Henke hat richtig angeführt, daß die Arbeiter nicht pater peccavi sagen können, sondern daß es sich um einen Klassenkampf in reinster Form handelt, der zu Ende geführt werden wird. Und, meine Damen und Herren, je mehr die Regierung mit derartigen Gewaltmaßnahmen vorgeht und jemehr sie diese schärfsten Mittel anwendet, um so sicherer sind wir uns dessen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß die Arbeiter siegen werden. Es ist sicher, totsicher, daß dieser Gedanke in alle Köpfe hineinkommt bei all denen, die nachdenken, die überhaupt nur das geringste Empfinden im Herzen haben, die nicht alles Empfinden verloren haben über die Gruel, die der imperialistische Staat über die Völker der ganzen Erde gebracht hat. Meine Damen und Herren! Je nachdem Sie solche Maßnahmen weiterführen, und diese Maßnahmen aufrecht erhalten, je nachdem werden wir unsere Agitation einstellen. Glauben Sie, daß die Arbeiter sich das auf die Dauer gefallen lassen werden? Dann ist gesprochen von Lügen. Ganz gewiß, es wird gelogen. (Zuruf: Also das geben Sie doch zu?) Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie daran, wie in den 4½ Kriegsjahren von der Presse gelogen worden ist. (Zuruf: In Afford!) Selbst Ihre eigenen Anhänger haben Sie belogen, haben das Volk belogen und betrogen nach allen Regeln der Kunst, haben so gelogen, daß die Lügen während des Krieges bis zum Himmel gestunken haben, so daß die ganze Erde ein Misthaufen war, der bis zu den Sternen reichte. Man hat sich das Lügen so angewöhnt, daß sie gar nicht mehr anders können. Ich selbst bin Augenzeuge gewesen, meine Damen und Herren, bei dem Vorkommnis an der Nordstraße und möchte ausdrücklich folgendes feststellen: In der Nordstraße sind ganz kleine Jungen von sechs bis acht Jahren hinter den Soldaten mit Hurrarufen hergelaufen. Früher hat ihnen der Ruf sehr gefallen, und ich weiß nicht, warum die Soldaten jetzt den Ruf nicht mehr ertragen können. Da die kleinen Jungen immerfort Hurra schrien, haben endlich die Posten Schüsse in die Luft abgegeben. Ich stelle ausdrücklich fest, daß es in die Luft abgefeuerten Schreckschüsse waren. Durch diese Schreckschüsse wurden

dann aus den Seitenstraßen nach der Nordstraße Leute hingelockt. Einer von den Soldaten hat dann — ich weiß nicht, ob er sinnlos oder irre geworden war, so daß er nicht wußte, was er tat — er sollte aber doch von seiner vorgesetzten Behörde darauf hingewiesen werden, was die eventuellen Folgen davon sein könnten — hat dann erst nach dem Haufen Menschen, der sich auf Grund der vorigen Schießerei angesammelt hatte, geschossen, dann erst sind die Regierungstruppen vorgegangen und haben scharf geschossen, auch mit Handgranaten geworfen. Wenn das bestritten wird, oder wenn man die Behauptung, was auch Fauth getan hat, die gemeine Behauptung aufstellt, daß Kinder vorgeführt wären, so muß ich sagen: das ist eine bewußte Lüge, eine Gemeinheit, die ihresgleichen sucht, wie man sie selten von Parlamentariern hört. Verehrte Anwesende! Ich bin in der Lage, Ihnen durch einen Zeugen zu erhärten, der das genau beobachtet hat, wie der Soldat auf die Kinder geschossen hat. Das schlimmste ist ja, daß eines der Kinder gestorben ist. Um aber dann wieder zur Lüge zu kommen, weise ich darauf hin, daß ein Flugblatt verbreitet wurde, das von dem Streikabwehrausschuß herausgegeben ist, in dem genau die gegenteilige Behauptung aufgestellt wird von dem, was mir von dem Augenzeugen berichtet worden ist, in dem behauptet wird, daß von den Arbeitern geschossen worden sei. Das ist erlogen: die Arbeiter werden Ihnen diesen Gefallen nicht tun, verlassen Sie sich darauf, dazu ist die bremische Arbeiterschaft viel zu gut geschult. Sie weiß, daß dadurch ein Blutbad angerichtet werden würde, und daß man darauf nur wartet, ja daß man die Arbeiterschaft dazu provozieren will. Damit wird man aber bei der Arbeiterschaft kein Glück haben, da sie Mittel an der Hand hat, ihren Willen auch ohne Gewalt durchzusetzen. Dagegen stelle ich fest, daß einer Hebamme angedroht ist, daß man ihr die Konzeption entziehen würde, wenn sie weiter ihrem Geschäft nachgehen würde. (Frau Bahnsen: Das ist nicht wahr! — Ruf: Gemeinheit! Stimmt nicht! Ruf: Wer einen großen Geldbeutel hat, dem wird doch geholfen!)

Präsident: Wer hat das gerufen?

Stoßinger (R.): Ich!

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung! (Zuruf: Den nimmt ja keiner ernst!)

Miller (R.) fortsetzend: Es scheint ja, als ob die berühmte Ordnung jetzt wieder hergestellt sei. Es wird gesagt, daß die Bürger in einem Abwehrstreik eingetreten seien. Ich bin aber der Meinung, daß von den betroffenen Bürgern keiner in irgend einer Weise den Anstoß zu diesem Streik gegeben hat. (Zurufe: Doch!) Bringen Sie Beweise! Keinem Menschen ist früher in irgend einer Weise zu nahe getreten

worden, nur bei unserer berühmten bürgerlich kapitalistischen Ordnung kann man keinen Schritt auf der Straße gehen, ohne Gefahr zu laufen, daß man von halbwüchsigen Jungen erschossen wird. (Zurufe.) Nun hat gegen diesen Streik der Bürgerabwehrstreik eingesetzt. Als ich über den Bürgerstreik in der Zeitung las, habe ich mir etwas anderes darunter vorgestellt. Und ich muß gestehen, daß ich neugierig war und das Bürgertum bewunderte, wie es streiken kann, ohne das vorher geübt zu haben. Ich wundere mich jetzt nicht. Wenn Sie den Bürgerstreik nicht diktiert hätten, wenn Sie das Bürgertum nicht gezwungen hätten mit allen Mitteln, dann hätten Sie jetzt in dem Bürgerstreik ein vollständiges Fiasko gemacht. Sie haben durch diesen Streik nicht die Bürger für sich, sondern gegen sich gewonnen. Gehen Sie mal in der Stadt herum, wie auf die Regierung und die Stadtkommandantur geschimpft wird, weil sie den freien Handel unterbinden. Wenn einer sagt, daß das ein Bürgerstreik ist, so ist er ein Lügner. Das ist der weiße Terror, die Diktatur der Stadtkommandantur in einer Weise, wie man sie bis jetzt noch nicht erlebt hat. Das schönste ist, daß die Regierungstruppen gewaltsam die Läden schließen, und es ist vorgekommen, daß die Schutzleute die Läden wieder geöffnet haben. Also die Polizeibehörde hat noch etwas mehr Einsicht als die Stadtkommandantur. Selbst den Schutzleuten geht diese Anweisung zu weit, und ich kenne Fälle, wo der Schutzmann sich vor den Laden gestellt hat und gesagt hat: Es darf nicht verkauft werden auf Befehl der Stadtkommandantur; dann wurde gesagt: Aber andere verkaufen doch. Bitte, sagte der Schutzmann, gehen Sie hinten herum. (Lachen.) Ich habe selbst in dem Laden gestanden, der voll von Menschen war. Da sah der Schutzmann hinein und fragte: Hier wird doch nicht verkauft? Die Frauen riefen: Nein, hier wird nur zugeesehen, und die Frauen haben ihre Ware bekommen. Und wenn nicht die Regierungstruppen geschickt hätte, dann wäre der Bürgerstreik zusammengekrumpft zu einer Lächerlichkeit. Ich glaube kaum, daß einer unter Ihnen ist, der das behauptet, daß das ein Bürgerstreik ist. Das ist kein Streik, sondern die Diktatur der Stadtkommandantur. (Lebhafte Zurufe. Und wer diktiert bei Euch den Streik?) Ja, zu Anfang des Streiks mußten die Rechtsanwälte auch einmal arbeiten. Die haben bis jetzt nur in dieser Weise gearbeitet, daß sie anderen Leuten das Geld aus der Tasche holten. Da haben sie mit beiden Händen gearbeitet, nun mußten sie auch ein Uebrigetun und die Lebensmittelgeschäfte ausladen, weil für sie auch etwas dabei abfallen konnte. (Erregte Zwischenrufe.) Man hat mir gesagt, daß verschiedene Herren eine Reihe wunderschöner Säcke in den Taschen trugen und daß selbst die Regierungstruppen 32 dieser Herren mitgenommen haben, weil sie dort Mehl mitgehen hießen. (Große Unruhe. Zwischenrufe auf allen

Seiten.) Meine Damen und Herren, machen Sie doch diesen Herren den Vorschlag, weiter so zu verfahren, wenn Schiffe gebraucht werden, wenn Produktionsmittel geschafft werden müssen! Bitte, Ihr Herren Rechtsanwälte mit samt Eurem Personal, löst die Arbeiter ab, aber nicht einmal, nein, dauernd. (Zwischenrufe.) Ja selbst eine Behörde, die Lebensmittelbehörde, hat sich nicht geschaut, öffentlich in den Streik einzugreifen. Bei einem früheren Generalstreik, der der Befreiung der Gefangenen galt, hat Dr. Schulz von der Lebensmittelkommission gesagt, daß sie als amtliche Behörde, die von dem Gelde der Steuerzahler unterhalten wird, in einem politischen und wirtschaftlichen Kampf nicht einzugreifen habe. Und diesesmal hat die Lebensmittelkommission vollständig zu unrechter Weise aggressiv in den Kampf eingegriffen. Was geht die Lebensmittelkommission der Kampf der Arbeiter um ihre Rechte an? Ich sehe da hinten eine Dame stehen, die dauernd lacht. Ich glaube, einen Lachautomaten brauchen wir nicht. Ich glaube, es kommen Dinge vor, die einen zum Weinen bringen könnten. Aber Sie haben in Ihrem Leben noch keine Not gesehen und können sich noch nicht in die Gedanken eines Arbeiters hineindenken. Darum tun Sie nichts anderes als lachen. Gehen Sie doch heraus aus der Nationalversammlung, machen Sie doch, daß Sie herauskommen, wenn Sie nichts anderes tun als lachen! Schämen Sie sich etwas!

Präsident: Herr Miller, Sie haben gegen die Dame Vorwürfe gemacht, die ich nicht dulden kann. Sie haben gesagt, die Dame solle sich schämen. Das kann ich nicht dulden. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Miller, fortfahrend: Sie hat das Schamgefühl verlernt. Es ist festgestellt worden, daß im Parviertel Milch ausgezogen worden ist, während den Arbeitern die Milch entzogen wird und kein Mensch nach 8 Uhr auf der Straße sein darf. So sieht eine sozialistische Regierung aus. Den Kapitalisten, die auch nicht um ein Jota in der letzten Zeit gehungert haben, denen wird von der sozialistischen Regierung gestattet, daß ihnen die Milch ins Haus getragen wird, während sie den Arbeitern entzogen wird. Das ist eine schöne sozialistische Regierung! Es ist ferner festgestellt, daß die Milchviehhalter ihre Milch abzuliefern haben und ihre Magermilch zurückbekommen, wobei ihnen gesagt wird, diese können sie verfüttern. Was bedeutet das? Das ist ein unerhörter Zustand. Was haben Sie über den Engländer geschimpft! Haben Sie noch Worte gefunden, die gemeiner waren, als die gegen die Engländer? Und darum einzig und allein, weil sie die Hungerblockade über unser Volk verhängten. Dasselbe, was der Engländer gegen seine Feinde getan hat, tun Sie gegen das eigene Volk. Ein Krämer verlangte Haferflocken, weil in seiner Nähe eine Frau wohnte, die sie nötig hatte für ihren Säugling. Da

wurde gesagt: Die gibt es nicht. Nachdem dabei der betreffende Herr gesagt hatte, daß dabei sowohl die Frau wie das Kind in Gefahr seien, wurde gesagt: Dann mögen sie beide krepieren.

Aber das alles dieses ist noch nicht das Schlimmste. Das gemeingefährlichste ist der sogenannte Ärztestreif. Ich erinnere daran, daß die Ärzte selbst während des Krieges unter dem Schutze des roten Kreuzes keinen Verwundeten auf dem Schlachtfelde umkommen ließen, aber die eigenen Volksgenossen lassen sie jetzt verkommen. Das ist eine Schande. (Lebhafte Zurufe.)

Herrn Fauth mache ich darauf aufmerksam, daß sie selbst schon mehrmals früher zum Streik aufgefordert haben. (Zurufe.) Herr Fauth, wo die Arbeiter den Belagerungszustand verhängt hatten, richtete er sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Kapitalistenklasse. (Zurufe. Unruhe.) Seien Sie nur ruhig mit Ihrer Demokratie. Ist das die Demokratie auf breiter Grundlage, daß man über Bremen den verschärften Belagerungszustand verhängt? Das ist uns die richtige Demokratie, die nicht weiter geht, die gar keinen Anfang hat. (Zuruf: Er fängt wieder von vorn an.) Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie in Ruhe: Wie ich rede, lassen Sie gefälligst meine Sache sein, und wenn ich fertig bin, lassen Sie auch meine Sache sein. (Zuruf: Sie machen doch auch fortwährend Zwischenrufe.) Ich habe noch keinen einzigen Zwischenruf gemacht! (Oho!) Bevor die Staatsarbeiter in den Streik eintraten, ist eine Abordnung nach der Regierung gegangen und hat gefragt, ob die Regierung gewillt ist, überhaupt in Verhandlungen einzutreten. Ich stelle fest, daß der Bürgermeister Deichmann der Kommission der Staatsarbeiter geantwortet hat, daß dieses kindische Forderungen seien. Also ein Sozialist nennt es kindische Forderungen, wenn die Arbeiter fordern, daß ein Belagerungszustand, der gegen sie gerichtet ist, aufgehoben wird. Das sind keine Sozialisten mehr! Und mit dem Worte „Sozialismus“ glaube ich, beleidigt man diese Herren; anstatt daß man Ihnen damit schmeichelt. Die Arbeiter wissen genau, und Herr Henke hat es richtig angeführt, daß dieses ein Klassenkampf ist, und dieser muß durchgeführt werden. Das wird nicht der letzte Kampf sein, den wir mit einander zu führen haben, sondern diesen Kämpfen werden andere folgen, und darauf verlassen Sie sich. Und das Ende davon wird sein, daß Sie endgültig erledigt werden. Ich meine Sie nicht als Personen, sondern ich meine, daß die ganze kapitalistische Produktionsweise endgültig beseitigt werden muß. Dann ist gefragt: Wer ist denn der 21er Rat? Das fragte auch Herr Fauth. Ich will es Ihnen sagen. Der 21er Rat besteht aus dem von den Arbeitern, von bremischen Arbeitern (Lebhafte Zurufe von den M.-S.: Das ist nicht wahr!) Die Vertrauensleute der gesamten bremischen Arbeiter haben den 21er Rat eingesetzt.

Es ist nicht so, wie Herr Fauth sagt, daß die Personen nicht bekannt seien. Man kennt die Personen, man könnte sie nennen mit den Straßen und ihren Wohnungen. Man scheut sich aber nicht, zu behaupten, und das ist sogar eine bewußte Lüge, daß unter diesem 21er Rat Einbrecher seien (Zuruf: und Verleumder!) Ich stelle ausdrücklich fest, daß vom 21er Rat keiner wegen Einbruch vorbestraft ist (Zuruf.) Henke hat recht: selbst wenn darunter einer wäre, der einen Einbruchdiebstahl begangen hätte, so wäre daran nur das kapitalistische System schuld, das Einbrecher bildet. Ich möchte dabei bemerken, daß kein Einbrecher ein solcher Verbrecher ist wie Daimler und Konsorten, die ihre Arbeiter während des Krieges ausgebeutet haben nach allen Regeln der Kunst, die zehnmal schlimmer sind als alle Einbrecher zusammen. Und mit diesen Herren haben die Mehrheitssozialisten jetzt einen Pakt geschlossen.

Präsident: Ich bitte zur Begründung des Antrages zu sprechen.

Miller (R.): Ich habe gesagt: die Mitglieder des 21er Rats sind bekannt. Was aber nicht bekannt ist: Wer ist der Streik-Abwehrausschuß? Wer sind die Feiglinge, die es nicht wagen, ihre Namen zu nennen? Wer ist der Streik-Abwehrausschuß? Die Stadtkommandantur höchst wahrscheinlich. Ein Streik-Abwehrausschuß besteht, aber kein Abwehrstreik. Wer ist der Ausschuß, das Direktorium? Die Stadtkommandantur? (Ruf: Mann! Mann!) Darüber wollen wir nicht streiten. (Unruhe.) Bleiben Sie nur ruhig, Fauth. Die Arbeiterschaft kennt besonders Fauth und hat besonders ihn in ihr Herz eingeschlossen, und Sie werden noch Beweise dafür erleben. Sie sind den Arbeitern ein Abscheu! (Zuruf: Jeder Arbeiter kennt Sie als Altkordmeister!) (Unruhe.) Sie wissen — — — (Rufe. Große Unruhe.) Wenn Sie weiter nichts als Zeugen — — — (Glocke des Präsidenten. Rufe: Altkordmeister!) Als bewußter, klassenbewußter Mensch und Sozialdemokrat — — — (Ruf: Sie wissen nicht das geringste davon!) (Pause.)

Präsident: Bitte, Herr Miller!

Miller (R.): Ich bin noch nicht fertig. Fauth macht dauernd Zwischenrufe, und Sie lachen darüber. Ich stelle fest, Fauth hat keine Ahnung davon, was ich auf der Werft getan habe, davon hat er keinen Dunst. (Ruf von einem M.-S.: Aber wir haben davon eine Ahnung!)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen. Ich bin der Überzeugung, die Debatte würde dann verkürzt.

Miller (R.): Ich halte es für richtig, daß ich auf derartige Anzuspungen nicht eingehe. Der Streik-

Abwehrschuß ist nicht so klagend gewesen, Namen unter die Aufrufe zu setzen. Wenn er das getan hätte, würde ich es für nötig halten, zu antworten, Zeiglingen glaube ich nicht antworten zu brauchen. Im übrigen wird die Arbeiterschaft entscheiden, ob ich richtig handle oder nicht. Wenn sie zu wählen hat zwischen mir und Fauth, wird sie nicht Fauth wählen.

Noch auf eins will ich eingehen, auf die Spigelwirtschaft, die jetzt um sich gegriffen hat und die noch schlimmer ist als der Belagerungszustand. Preussische Generale haben während des Krieges allenthalben die ganz alte politische Polizei in Amt und Würden eingesetzt. Die sozialdemokratische Regierung nimmt sie offiziell in Regie. Wo irgend ein Wort fällt, daß der Regierung nicht genehm ist, Spigel überbringen es. Bei den Parteiführern melden sich täglich Leute von der Stadtwehr und der Regierungsschutztruppe um Aufnahme in die Partei, und sie betreiben nichts weiter als Spigeldienste. Es gilt für die Herren, die alten Zustände wieder herbeizuführen. Wir finden unter der Gesellschaft die ganze bürgerliche Klique wieder. Und wenn einer von der alten Klique ausscheidet, macht er nur einem andern von der alten Gesellschaft Platz. Es handelt sich immer um den alten Kapitalismus.

Ich komme zum Schluß. Da sage ich noch einmal: Die Arbeiterschaft wird sich auf die Dauer das nicht gefallen lassen. Es wird jetzt nicht der letzte Kampf sein, den wir zusammen führen, Belagerungszustand oder nicht. Wir werden in diesem Kampfe siegen, wenn wir auch nicht über Ihre Mittel verfügen. Verlassen Sie sich darauf, wir werden siegen trotz Ihres Belagerungszustandes! (Lebhafter Beifall links.)

Dr. Tjaden (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der letzte Vorredner hat eine Reihe von Mitteilungen, „Feststellungen“ usw. gemacht und bei ihnen unter anderem gesagt, daß der Hebamme Wegener angeblich die Konzession entzogen sei (Zuruf: gedroht hat!) weil sie einer Frau, die schwer freizte, die notwendige Hilfe habe zu Teil werden lassen. (Zuruf: Das wollen wir schon beweisen!) Die Hebamme ist persönlich bei mir gewesen, und ich habe ihr auf ihre Anfrage geantwortet, sie möge die Entbindung machen und sich Mühe geben so gut wie sie es könne. Ich habe ihr weiter gesagt, wenn auch die Ärzte sich weigerten, sie dürfe sich unter keinen Umständen der Entbindung entziehen. Das ist die Wahrheit, nun bringen Sie ihre Zeugen. Das ist eine der Behauptungen des Vorredners, die ich zufällig in der Lage bin, sofort richtigzustellen. In Bezug auf andere Behauptungen ist das natürlich nicht der Fall, aber aus diesem einen Fall darf man Rückschlüsse auf das machen, was von den sonstigen Mitteilungen des Vorredners zu halten ist. Er hat sich auch mit der Haltung der Ärzte beschäftigt und ihr Verhalten mit dem Streik der Gasarbeiter in Verbindung gebracht.

Die Ärzte sind bekanntlich freie Gewerbetreibende und daher berechtigt, von einem Streik Gebrauch zu machen wie andere Gewerbetreibende auch. Trotzdem haben sie nicht daran gedacht, in irgend welchen politischen Streik einzutreten. Als nach dem ersten Streik der Gasarbeiter die Schäden sich herausstellten, welche durch die verhinderte Gaszufuhr der Bevölkerung erwachsen, sind die Ärzte mit den Gasarbeitern in Verbindung getreten und haben ihnen klar gemacht, daß sie durch die Verhinderung der Gaszufuhr die Ernährung der Säuglinge und Kranken, sowie die Vornahme der notwendigen Operationen schwer in Frage stellten. Die Gasarbeiter haben darauf erklärt: Wir haben nicht gestreikt aus politischen Gründen, sondern wir wollten nur die noch verhafteten Arbeiter frei bekommen. Das Ergebnis der damaligen Besprechungen war, daß die Gasarbeiter sich bereit erklärten, vor einem neuen Streik mit den Ärzten in Verbindung zu treten. (Zuruf: Das ist geschehen!) Gewiß, es ist das geschehen, wir haben aber in der darauf folgenden Besprechung die Gasarbeiter nochmals darauf hingewiesen, welche schwere Verantwortung sie für die Gesundheit der Bevölkerung auf sich nehmen und daß sie mit einer Aussperrung automatisch die Ärzte selbst aussperrten. (Zuruf: Das ist erst jetzt zur Sprache gebracht.) Nein, das ist schon früher geschehen, die Gasarbeiter haben uns bei der Verhandlung darauf erwidert: Wir sind abhängig vom 21er Rat. Zwei bis drei Tage später wurde aus politischen Gründen der Streik erklärt. Automatisch folgte, wie wir vorher bereits betont hatten, die Sperre seitens der Ärzte. Die Schuld für die jetzige Lage trifft nicht die Ärzte, sondern die Gasarbeiter und vor allen Dingen diejenigen, die hinter diesen stehen. (Pfuihufe.)

Meine Damen und Herren! Herr Henke hat nun eine Rede gehalten, auf die ich im einzelnen nicht eingehen will, es möge das den Herren von der Mehrheitssozialistischen Partei überlassen bleiben. Er hat damit angefangen, die jetzigen Vorgänge als Klassenkampf, als Kampf der Arbeiter gegen das Kapital darzustellen. Diese Darstellung ist falsch, es handelt sich zur Zeit nicht um einen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital und um die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, denn das ist, wie Herr Henke als politisch geschulter Mann recht gut weiß, nur im Laufe längerer Zeit möglich in der Form der langsamen Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf zwischen denjenigen, die Ruhe, Ordnung, Arbeit und Brot haben wollen, und denjenigen, deren Lebensaufgabe darin liegt, Unruhe zu stiften, die Arbeitswilligen zu hindern und damit dem Bürger wie dem Arbeiter das Brot nehmen. Das ist der Gegenstand, um den sich jetzt der Kampf dreht. Wenn Arbeiter und Bürger für einander Verständnis haben, wenn alle Volksgenossen zusammenarbeiten an dem Wiederaufbau unseres Volkes, dann werden wir alle Arbeit

und Brot haben. Wie haben sich nun die Dinge seit dem vorigen Herbst entwickelt? Als nach der Revolution zunächst die Mehrheitssozialisten zusammen mit den U. S. und den Kommunisten die Regierung übernahmen, gelangte das Prinzip der Heranziehung weiterer Volkskreise zunächst wenigstens in etwas zur Durchführung. Es wurde dann ein Arbeiterrat gewählt. In diesem wurde aber sehr bald so gearbeitet, daß von Seiten der U. S. und der Kommunisten die Mehrheitssozialisten, obgleich sie fast so viel Sitz hatten, wie die beiden anderen zusammen, an die Wand gedrückt wurden. Immer mehr kam es dahin, daß eine Minderheit die Mehrheit beherrschte und schließlich war es soweit, daß niemand mehr wußte, wie er dran war. Heute wurde das beschlossen, morgen jenes. Beschlüsse, die am vormittag gefaßt wurden, wurden am nachmittag wieder umgeworfen, und auf diese Ratlosigkeit, auf dieses Gegeneinanderarbeiten sind auch die Todesopfer zurückzuführen, die bei dem Kampf um die A.-G. „Weser“ Mitte Januar eingetreten sind. Abends erklärte Eck: „Ich werde Meyer verhaften lassen“, und am nächsten Morgen machte Meyer die Garnison mobil und die Folge waren die Schießereien bei der A.-G. „Weser“, die eine Anzahl von Toten gekostet haben. Von diesen Toten ist dann aber nachher kaum die Rede gewesen. Ich bin noch am 3. Februar, am Tage vor dem Umschwung der Dinge, im Rathaus gewesen. Ein blutjunger Matrose leitete dort die militärischen Operationen. Am nächsten Mittag um 12 Uhr forderte er die Arbeiter zum Niederlegen der Waffen auf, kein Mensch kannte ihn und das Blutvergießen ging weiter. Was waren es denn überhaupt für Leute, die während dieser ganzen Bewegung sich anmaßten, Führer der bremischen Arbeiterschaft zu sein? Ich will nur einen von ihnen schildern, den ich näher kenne. Ein verbummelter Student, der nie gearbeitet hat, taucht hier plötzlich auf und wird führendes Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, ein Mann, der in drei verschiedenen Irrenanstalten gewesen war und in allen dreien für verrückt erklärt wurde. Mag das nun zutreffen oder mag er simuliert haben, jedenfalls wirft es auf seine Eigenschaft als Führer der bremischen Arbeiter und leitendes Mitglied der bremischen Regierung ein bezeichnendes Licht. Leute dieses Schlages verschwinden ebenso plötzlich wie sie nachher wieder in die Erscheinung treten, wenn sie glauben, daß wieder ein Feld für ihre umstürzlerische Tätigkeit zu finden ist. Solche Leute nennen sich dann Vertreter der Arbeiter. Wir, die wir wirklich arbeiten, nehmen es für uns in Anspruch, ebenfogut Vertreter der Arbeiter zu sein wie sie. Wie war es dann mit den Wahlen? Da hieß es zuerst, die Mehrheit des Volkes solle entscheiden. Als es sich dann aber bei den Wahlen zur Nationalversammlung zeigte, daß sie die Mehrheit nicht auf ihrer Seite haben, da war vom Volkswillen nicht mehr die Rede, da versuchten sie den Terror. Warum haben sie denn bei ihren Wahlen

die öffentlichen Abstimmungen abge schafft? Weil sie ihrer Leute nicht mehr sicher sind. Sie haben dauernd dafür gesorgt, daß keine Ruhe in den Betrieben herrscht und in der steten Beunruhigung der Bevölkerung, die sie veranlaßt haben, liegt die Ursache des Belagerungszustandes. Wenn sie jetzt der Regierung vorwerfen, daß sie die Presse unterdrücke, so wollen sie sich doch erinnern, daß in der Zeit vor dem 4. Februar die Weserzeitung unterdrückt wurde, weil sie einen Artikel gebracht hatte, der ihnen nicht paßte, daß gedroht wurde, die Maschinen kaputt zu hauen, daß dann das Bremer Tageblatt gesperrt wurde. Wochenlang wurde die Presse geknebelt, man zwang sie sogar, Artikel aufzunehmen, die von kommunistischer Seite geschickt wurden, ohne daß die Redaktion auch nur darauf hinweisen durfte, daß die Artikel nicht von ihr stammten. So maßen sie dauernd mit zweierlei Maß. Wir von der demokratischen Partei sind keine Freunde des Belagerungszustandes, aber sie sind Schuld daran, daß er noch aufrecht erhalten werden muß. Wir stellen uns auf den Boden der realen Tatsachen und werden deshalb dafür stimmen, daß der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben wird.

Eigen (R.): Werte Versammlung! Wer aus diesem Fenster hinaussieht, sieht, wie hier in Bremen die Kamarilla, die Militärkamarilla unter Protektorat eines Winkelmann und eines Deichmann herrscht. Wenn Herr Dr. Tjaden spricht von halbwüchsigen Jungen, die während der Zeit der Räterepublik in Bremen die Herrschaft ausgeübt hätten, so muß ich Ihnen sagen: wer über den Marktplatz hinaus in die Stadt geht, der sieht, wer diejenigen sind, die heute das Kapital verteidigen. Es sind alles halbwüchsige Jungen und irregeleitete Arbeiter, die durch die Not dazu getrieben werden, Schergendienste zu leisten. Ich stelle fest, daß während der Zeit der Räterepublik, als hier in Bremen die organisierten Arbeiter die Waffen im Besitz hatten, täglich 32 Einbrüche vorkamen laut Kriminalstatistik, und daß während des Belagerungszustandes der provisorischen Regierung täglich 57 Einbrüche passierten. Ich möchte wissen, wie man beide Zahlen in Einklang zu bringen hat. Ich glaube aber ohne weiteres die richtigen Schlüsse hier ziehen zu können. Ich stelle fest, daß unter dem jetzigen Belagerungszustand und zwar infolge des Bürgerzwangsabwehrstreiks eine Brotfabrik im Findorff-Viertel heute geplündert worden ist. Sie wurde nicht allein von Arbeitern geplündert, es waren sogar die Kinder eines Senators dabei. (Hört! Hört!) Ich muß allerdings zur Steuer der Wahrheit sagen, daß die Mutter diese Kinder mit dem Brot wieder zurückgeschickt hat. (Aha!) Aber wir glauben doch feststellen zu dürfen, daß die Kinder Hunger hatten, sonst hätten sie es nicht getan. Der Herr Senator Wellmann hat allerdings nicht viel gehungert; ich weiß, daß er während der Zeit, als er hier den Arbeitern das Durchhalten predigte, sehr schwer gehamstert hat.

(Zurufe: Henke auch! Mit Henke zusammen! Henke kennt dieselbe Tour!) Ich stelle weiter fest, daß, als ich gestern morgen in einem Polizeibureau war — und zwar unfreiwillig, weil man mich verhaftet hatte — mir der Herr Polizeioberwachmeister sagte: Wissen Sie gar nicht, wenn Sie einen Laden öffnen, daß Sie jetzt das Volk zum Aufruhr treiben? Also es ist Aufruhr, wenn man Hungernde mit Lebensmitteln versorgt. So sieht der Zwangsabwehrstreik des Bürgertums in Bremen aus. Ich stelle fest, daß unter dem Belagerungszustand es heute einem jeden unmöglich ist, auch den Bürgern, mit Sicherheit und Ruhe über die Straße zu gehen. Wir haben heute morgen eine wichtige Sitzung im Zentrum der Stadt gehabt. Es waren in dieser Sitzung auch Mehrheitssozialisten anwesend. Ich stelle fest, daß auch diese Mehrheitssozialisten vor Kugeln flüchten mußten, weil ein Halbwüchsiger in der Lägerstraße stand und Marmischüsse auf die Häuser losließ. Das passiert unter Ihrem Belagerungszustand. Es hätte tatsächlich nicht viel gefehlt, daß eine Frau, die ich zu Ihrer Klasse rechne, durch einen Schuß verletzt worden wäre. Wenn Sie sich überzeugen wollen: Sie brauchen nur durch das Doventor zur Nordstraße zu gehen, dann sehen Sie an der Wand eines Stahlwarengeschäfts zwei Einschläge von Flintenschüssen. Die Schießereien in der Nähe der Wohnung des Senators Wellmann lassen tatsächlich die dortigen Einwohner nicht zur Ruhe kommen und zwar vor 8 Uhr abends. Es könnte ja auch einmal der Herr Senator durch eine Kugel getroffen werden, wenn er durch diese Straße geht; ich befürchte es sogar. Aber er fürchtet die Spartakisten. Das beweist die Schutzwache von vier Stadtwehrlenten und Regierungsschutztrupplern, die vor seinem Hause aufgestellt ist. Achtung vor dem Menschenleben haben Sie nicht. Wenn Sie diese Achtung hätten, dann würden Sie nicht Streikführer wie Opfermann und die andern, die gestern verhaftet wurden, festnehmen lassen. Sie haben unter dem Belagerungszustand die Maschinen unserer Druckerei demoliert, Sie haben Platten sabotiert, Sie haben uns die Zeitungen verboten, damit wir ja nicht zu unsern Leuten reden können. Sie haben ein Flugzeug in die Luft fliegen lassen, damit Ihre Flugblätter von Luftwegen verbreitet werden. (Miller ruft: Nächstens fliegen Sie selbst in die Luft, Wellmann zuerst!) Nun reden Sie doch nicht vom Terror der Arbeiter. Wir wissen, und ein großer Teil der Arbeiter der Mehrheitssozialdemokratie weiß auch — es sind einige darunter, die ich sehr gut kenne. Sie haben mit mir die Schule des Marxismus durchgemacht, — daß der Belagerungszustand nicht dafür da ist, um die Regierung zu schützen, sondern um das Kapital, um den Profit zu schützen. Und jetzt meine ich: die Geister, die Ihr gerufen habt, die werdet Ihr nicht mehr los! Jetzt herrscht die Militärkamarilla. Mir wurde gestern erzählt von zwei Mehrheitssozialisten, die hier in der Nationalversammlung sitzen, daß beide

erklärt hätten — wir sind zufällig in einem Betriebe — daß sie mit den Maßnahmen der Regierung in dieser Form nicht einverstanden seien. Ich begreife auch nicht, weshalb nun der eine Herr den Genossen zurief: wir sind Eures Terrors satt! und gestern nun diese Herren über den Terror der Regierung geschimpft haben (Gelächter), aber nicht den Mut haben, zu erklären, daß sie sich mit ihr nicht einverstanden erklären. Der Bürgermeister Deichmann hat in seinen Verfügungen von wilden Streiks gesprochen. Er will mit Hilfe eines Passus den Arbeiten die Lebensmittel vorenthalten. Wir wissen aber, daß, wenn man den Arbeitern Lebensmittel, die er bereits bezahlt hat, vorenthält, wir wissen, wir empfinden es, daß dann der Bürgermeister gegen seine bewußte innere Ueberzeugung handelt. Soweit ich den jetzigen Bürgermeister Deichmann von seiner früheren Tätigkeit her kenne, hatte er früher ein warmes Herz für die Glendesten, die Geknechtesten der Arbeiter, die Tabakarbeiter. Diesen Arbeitern, die noch ebenfalls geknechtet und hungrig sind, entzieht er die Lebensmittel von Rechtswegen, von Kapitalistenrechtswegen, und stützt sich dabei auf einen Passus des Verrats. Die amerikanischen Lebensmittel sind bereits mit deutschem Golde bezahlt. Es sind im Januar von Bremen 2 1/2 Millionen Mark Gold nach Trier zur Reichsbankhauptstelle abgeführt worden. Mit diesem Golde sind die amerikanischen Lebensmittel bereits bezahlt. Und wenn ich Euch Mehrheitssozialisten nun frage, dann werdet Ihr mir zustimmen, wenn ich sage: Dieses Gold hat das deutsche Proletariat geschaffen, es ist aus Euren Knochen geschunden. Und wenn Ihr mit diesem Gold, mit diesen Lebensmitteln, die durch Euer Gold gekauft sind, mit diesem halben Pfund Mehl den übrigen Proletariern die Köpfe verkleistern wollt, dann wissen wir, wohin Eure Scham geflohen ist. Natürlich werden die bremischen Proletarier ganz bestimmt den Herrn Bürgermeister Deichmann nicht fragen, ob sie streiken dürfen. Ich darf feststellen, daß die streikenden Arbeiter Bremens heute einen vollen moralischen Sieg errungen haben (Gelächter). Der Bürgermeister Deichmann stützt sich in seiner Verordnung auf einen Passus des Reichsgesetzes aus dem Jahre 1917. Sagen Sie, Herr Bürgermeister, war es nicht möglich, aus dem Jahre 1789 einen Passus zu finden, damit man den Arbeitern, die einen wilden Streik anzetteln, die Lebensmittel entzieht?

Wo steht von Rechtswegen im Reichsgesetzblatt geschrieben, daß der Streik hier in Bremen durch solche Maßnahmen, durch Hungermaßnahmen unterdrückt werden soll? Diese Maßnahmen hat man aus den Fingern gezogen. Diese Maßnahme hat man diktatorisch verfügt. Und da redet man dauernd darüber, daß die Revolution eine Volksrevolution sei! Bekanntlich nehmen in Revolutionszeiten besondere Gesetze besondere Formen an, und wenn nun solche Formen von Gesetzen von der heutigen Bevölkerung angenommen werden, so paßt das manchen nicht. Aber

des Volkes Wille ist Gottes Wille. Deichmann sagte, daß auch Arbeitgeber gehört werden sollen. Deichmann weiß aus eigener Erfahrung, daß Arbeitgeber hier sitzen. Ihr seid Arbeiter, die mit ihrer Hände Arbeit etwas geschaffen haben. Und dieser Proletarier, dieser frühere Proletarier und jetzige Bürgermeister wagt es, der spricht heute von Arbeitgebern, die die Arbeiter namhaft machen sollen, die sich an diesen wilden Streiks beteiligen! Der Stadtkommandant hat aber viel mehr Rechte wie der Bürgermeister, und er hat am andern Morgen verfügt, daß alle Betriebe zu schließen haben, auch die Brotzentrale. Ich frage Deichmann, ob die Arbeitgeber die Liste der an wilden Streiks Beteiligten eingereicht haben. (Deichmann: Wir werden es Ihnen schon zeigen!) Dieser sogenannte Bürgerstreik ist gar kein Bürgerstreik, sondern ein Streik von Militärwegen. (Garves: Kein das machen wir!) Ihr seid nur die Handlanger für die Militärkamarilla! Der 21er Ausschuß übt aber, wenn er seine Rechte ausübt, keinen Terror (Wir heißen nicht „Ihr“, sondern „Sie“!) Wenn, Herr Garves, Ihnen das nicht gefällt, so können Sie ja die Polizei holen! (Heiterkeit). Die Politik, die die Mehrheitssozialisten betreiben, ist eine Politik der Bankrotteure, anders kann ich es nicht auffassen. Es tut mir leid um die recht viele Arbeit, die geleistet ist, als Sie mit uns in einer Fraktion gesessen haben, daß ich Sie nun in einer solchen Gesellschaft seh. Nun ist der Belagerungszustand durch besondere Maßnahmen des Stadtkommandanten verschärft worden. Wir Kommunisten, wir Proletarier wissen, daß wir vom Bürgertum bestimmt nichts anderes erwarten können. Wir stehen Sie nicht an. Aber wir wissen, daß die Mehrheitssozialisten ihre Rolle ausgespielt haben. Sie haben eine historische Rolle gehabt, aber dieser historischen Rolle sind Sie nicht gerecht geworden. Deshalb flüchten ihre Anhänger nach links. Deshalb meine ich auch, daß es unsere höchste Pflicht ist, die Mehrheitssozialisten als unsere Feinde zu bekämpfen, weil sie konservativen Geist in sich tragen. Es ist mehrfach der 21er Ausschuß erwähnt worden. Werte Versammlung! Der 21er Ausschuß hat sich besonders der Gunst des Stadtkommandanten zu erfreuen. Der Stadtkommandant schickt Spigel über Spigel zum 21er Ausschuß. Auch Bürgermeister Deichmann hat erklärt, er wolle vom 21er Ausschuß nichts wissen, nicht mit ihm verhandeln. Weshalb überschwemmt man den 21er Ausschuß mit Spigeln? Unteroffizier Heinz Holz hat Waffen an den 21er Ausschuß verkauft, das ist Ihnen durch die Zeitungen bekannt. Aber nicht bekannt ist es, daß dieser Heinz Holz mit gefälschten Papieren herumliet. Als er am folgenden Morgen den 21er Ausschuß mit seinem Besuch beglückte, brachte er auch ein Päckchen Militärpässe mit, beschriebene, ausgefertigte und unbeschriebene Pässe. Diese Pässe wollte er an Mitglieder des 21er Rats verkaufen, damit, so argumentierte er, die Regierung ihre

Drohungen wahr machen konnte, — die Spagen pfeifen es ja von den Dächern, wenn sie noch nicht von den Regierungsschutztruppen abgeschossen sind — die Regierung hat ja schon Haftbefehle fertiggestellt, um die Arbeiter, die Mitglieder des 21er Ausschusses zu verhaften. Diese Spigel sollen von einem Leutnant Lange und einem Leutnant Krause, beides Angehörige der Regierungsschutztruppe, geschickt worden sein (Hört! Hört!) Und zwar ist der eine dieser Herren in der Abteilung I C — wer bei den Soldaten gewesen ist, weiß, was Abteilung I C zu bedeuten hat — der andere Leutnant ist in der vierten Kompanie der Regierungsschutztruppe. Von diesen beiden hat er den Auftrag bekommen. Was sollte damit bezweckt werden? Die Regierung wollte provozieren. Die Pässe sollten dazu beitragen, wenn man Mitglieder des 21er Rats verhaftete, daß sie dabei ertappt wären, sich falscher Namen zu bedienen. Dieser Soldat sollte auch dazu beitragen. Er war ein Scherge des Kriegsministers in Bremen und hatte die Aufgabe, die Leute zu provozieren und sie den Bajonetten unter dem Belagerungszustande auszuliefern. Der Mehrheitssozialist Jauth hat in einer Versammlung der Staatsarbeiter unter dem Belagerungszustande erklärt, daß sie den Streit ablehnen müßten, weil er sich gegen die Regierung richtete. Aber wenn man das feststellen darf nach den Aussagen einiger Mitglieder der Mehrheitsfraktion, wie es mit der Stimmung in der Fraktion steht, so muß ich sagen, daß ein großer Teil der Anhänger der Mehrheitssozialisten mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden ist. Wir wissen, daß schon viele mehrheitssozialistische Arbeiter heute durch die Regierungsmaßnahmen gegen die Mehrheitssozialisten aufgeputzt sind und daß die Regierung sich durch die neuen Maßnahmen selbst das Grab gräbt, und das Poussieren des Kriegsministers mit dem Ausschuß in Bremen nützt ihm gar nichts: die Arbeiter wissen, wo sie ihre Freunde und ihre Feinde zu suchen haben. Die Bürgerlichen wissen genau, was sie wollen. Sie wissen auch, daß die Mehrheitssozialisten Angst haben vor ihrer eigenen Kurage (Zuruf: Gerade wie die Kommunisten!) Kein Belagerungszustand, keine Zwangsmaßnahme der Regierung kann ihnen helfen, auch nicht der sogenannte Bürgerstreik. Wenn es wirklich ein solcher wäre, so müßten wir heute abend hier auch keine Berichterstatter sehen, sie müßten lauch streifen. Aber dann würden andere eintreten, Streikbrecherdienste machen. Sie streifen nicht, weil sie fürchten, daß die Sache für sie brenzlich werden könnte. Die Lebensmittellkommission hat die Innungen, die Bäcker, die Krämer, den ganzen Kleinhandel zum Abwehrstreik gezwungen, mit Strafandrohung ihre Betriebe geschlossen. Der Kleinhandel hat sich nicht offen gegen diese Maßregelung erklärt, aus Angst, daß ihnen die Lieferungen entzogen werden könnten. Das Bürgertum führt den Kampf heute als Klasse, und die Mehrheitssozialisten sind ihre Handlanger. So ist die

Sache aufzufassen. Der Parteisekretär Fauth von den Mehrheitssozialisten hat nicht vermocht, die Regierung zu decken, er hat lediglich versucht, die Maßnahmen der Regierung zu entschuldigen. Dann haben die Herren den 21er Ausschuß eine Nebenregierung genannt. Ich weiß nicht, warum. Der 21er Ausschuß verdient diesen Namen nicht, viel eher könnte man so etwas von dem Parteisekretär Fauth sagen. (Fauth: Das bin ich auch nicht!) Sie wissen, wie er sich verändert hat, daß Fauth ein ganz anderer geworden ist.

Herr Prof. Tjaden hat von seinem guten Herzen gesprochen. Sein gutes Herz hat ihn offenbar veranlaßt, zu versuchen, die Maßnahmen der Mehrheitssozialisten zu entschuldigen und zu decken. Er hat uns auch gesagt, daß jetzt die Säuglinge wieder Milch haben sollten. Das ist aber nicht so aufzufassen, daß sie auch Milch bekommen. Gestern morgen noch hat ein Oberwachmeister gesagt: Das geht uns gar nichts an, die Milchhändler dürfen keine Milch verkaufen. Bekommen denn die Säuglinge nun Milch oder nicht? Können wir uns auf das gute Herz des Herrn Obermedizinalrats verlassen? Ich erinnere nur daran, daß derselbe Herr Obermedizinalrat seit dem Jahre 1914 immer wieder erklärt hat, daß die Säuglinge der Arbeiter wunderbar gut ausfähen. (Hört! Hört!)

Wir wissen, daß das Bürgertum geschlossen gegen das Proletariat steht. Wir wissen, daß die Mehrheitssozialisten den Belagerungszustand vorschützten, weil sie Angst vor der eigenen Kurage haben. Wir glauben genügend bewiesen zu haben, daß die Politik der Mehrheitssozialisten eine Wahnsinnspolitik ist. Das eine gute haben die jetzigen Zustände: die Arbeiter werden aufgeklärt besser als durch alle Versammlungen, besser als durch sämtliche Redner. Sie sorgen für die Geschlossenheit des Proletariats. So geht der Klassenkampf weiter. Und nun meine ich, machen Sie mit dem Belagerungszustand, was Sie wollen (Zuruf: machen wir auch!). Sie werden ihn nicht aufheben. Aber eines glauben wir aus der Geschichte zu wissen: Unser der Sieg.

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen! Man möchte fragen: Wozu der Lärm, wenn die Herren von der äußersten Linken so gar keinen Wert darauf legen, ob der Belagerungszustand aufgehoben wird oder nicht? Das ging doch deutlich aus den Worten des Vorredners hervor. Ich muß nun wirklich sagen: bei allen Feststellungen muß doch einmal festgestellt werden, daß unter den jetzigen Verhältnissen nichts anderes geschieht als zur Zeit des Belagerungszustandes und des Standrechts vor dem 4. Februar geschehen ist. Meine Damen und Herren! Herr Henke hat sich etwas darauf zugute getan, daß das Standrecht i. Z. nur gegen Plünderer verhängt worden sei; er ist aber ganz gewiß davon überzeugt, daß das Standrecht gegen jeden angewendet worden wäre,

gegen den man für zweckmäßig gehalten hätte, es anzuwenden. (Sehr richtig!) Wenn ich es machen wollte wie die Herren auf der Linken, dann würde ich sagen, ich habe es behauptet; aber ich schenke mir die Bemerkung. Herr Henke glaubt, er dürfe bei dieser Gelegenheit feststellen, daß er selbst persönlich Gegner des Standrechts gewesen sei; aber Herr Henke hat nicht die Konsequenzen gezogen, denn er hätte seinen Sitz in der Regierung niederlegen müssen bei Anwendung solcher Maßnahmen, die Herr Henke doch mit seinem Namen decken mußte. Herr Henke hat das nicht getan, und er trägt daher die volle Verantwortung für diese Maßnahmen der Regierung. Er darf in der Debatte nicht sagen, daß es ihn nicht treffe, oder daß vielleicht das Standrecht nicht die Bedeutung gehabt hätte, als wenn das Standrecht unter der heutigen Regierung ausgesprochen werden würde. Denn tatsächlich besteht das Standrecht heute nicht, sondern nur der verschärfte Belagerungszustand. (Sehr richtig!) Ob er noch lange andauern wird, weiß ich nicht; ich mache keine Versprechungen. (Lachen.) Ich habe Herrn Henke ins Stammbuch hineinzuschreiben, das alles das, was er über Flugblätter und Druckereien und Preß- und Versammlungsfreiheit gesagt hat, für die Regierung, der er angehörte, zutrifft. (Sehr gut!) Daran ist nichts zu drehen und zu deuteln, das ist Tatsache. Es handelt sich eben darum, daß Herr Henke damals mit der Minderheit die Mehrheit terrorisiert hat, und daß heute die Mehrheit der Bevölkerung sich ihrer Haut wehrt. (Bravo!) Das ist der ganze politische Sinn. (Linda ruft: Nehmen Sie doch eine Volksabstimmung vor!) Eine Volksabstimmung verlangen Sie? Die haben wir doch erst bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gehabt. (Fortwährend stürmische Unterbrechungen.) Ach, Herr Miller, schweigen Sie doch einen Augenblick still; das müssen wir doch auch, wenn wir Ihre langen Reden hören müssen. (Miller ruft: Sie sind ja draußen gewesen!) Ich konnte es nicht mehr aushalten! (Zuruf: Wir können Ihre Reden auch nicht aushalten!) Wenn Sie es nicht aushalten können, dann gehen Sie doch auch hinaus, wie ich es gemacht habe! (Lebhafte Zustimmung. Zurufe. Präsident: Herr Miller, ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!) Die Maßnahmen, die heute getroffen werden mußten für den Abwehrstreik, sind gewiß hart; aber es ist ein Abwehrstreik. Wir wollen uns den Terror einer Minderheit nicht länger gefallen lassen. (Lebhafter Beifall. Zuruf: Denken Sie an Rußland!) Meine Damen und Herren! Wenn ich nicht an Rußland dächte, dann würde ich diesen Maßnahmen nicht das Wort reden. Ich weiß aber, wohin dieser Terror der Minderheit in Rußland geführt hat. (Sehr gut!) Er hat Rußland an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gedrängt, nein, er hat es in den Abgrund hineingetrieben. (Sehr richtig!) Das reiche Rußland ist ruiniert worden durch den Terror

der Bolschewiki und Kommunisten. So liegen die Dinge. (Zustimmung.) Die Herren von der äußersten Linken behaupten immer, die Revolution müsse sichergestellt werden; aber diese Revolution wird doch durch niemanden mehr gefährdet als durch Sie! (Beifall.) Sie sind es, die die Revolution gefährden, die das, was die Revolution gebracht hat, gefährden. (Miller ruft: Sie sind der Todfeind der Revolution!) Sie sind die Totengräber der Revolution. (Sehr richtig! Zuruf: Sie Vaterlandsparteiler!) Auf meine Mitarbeit in der Vaterlandspartei bin ich stolz. Wenn die Erfolge der Revolution nicht besser sichergestellt werden könnten als durch den Terror der Kommunisten und U. S., dann würde es um diese Erfolge sehr schlecht stehen. Sie müssen ihr festes Rückgrat haben in der breiten Demokratie des Volkes, und dazu rechne ich auch die Mehrheitssozialisten, die sich herzhast auf den Boden der Ordnung gestellt haben, zum Kampfe gegen die Unordnung, die unser Deutschland in Grund und Boden wirtschaftet. (Lebhafter Beifall. Zurufe von der äußersten Linken.) Meine Damen und Herren! Ich brauche keine Autoren zu verlezen, die auf unserer Seite stehen, ich will Ihnen aber aufwarten mit einem unabhängigen Sozialisten, den sie wahrscheinlich doch wohl anerkennen werden, nämlich mit Kautsky. (Hört, hört!) In seiner Schrift „das Weitertreiben der Revolution“ hat Kautsky folgendes geschrieben:

Die Steigerung des Notstandes muß nach der Ansicht der Spartakusleute die revolutionäre Temperatur zur Siedehitze steigern. Wie aus diesem siedenden Hexenkessel die gesellschaftliche Ordnung der Produktion hervorgehen soll, ist bis zur Zeit Geheimnis des Spartakusbundes geblieben. Auf jeden Fall ist seinen Mitgliedern noch nicht die Erkenntnis aufgedämmert, daß nach der Revolution der Streik eine ganz andere Wirkung hat als vor der Revolution.

Bei alledem sind sie sich dessen wohl bewußt, daß ihre Methoden beständiger ökonomischer Unruhen es unmöglich machen, den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Wohnung zu schaffen, indes gleichzeitig in den Staaten des Westens, in Frankreich, England, Amerika, die Produktion wieder in die alten Bahnen einlenkt. Damit ersteht die Gefahr, daß die Arbeiter im sozialistischen Deutschland schlechter ernährt, gekleidet, gehaust sind als in kapitalistischen Staaten. Das ist eine schwere Gefahr für den internationalen Sozialismus, dessen Werbestärke nicht gewinnen würde, wenn das Regime des Sozialismus in Deutschland für den Arbeiter bloß Elend und Not bedeuten würde.

Das sagt, meine Damen und Herren, ein Kautsky, den Sie bisher doch als Autorität auf diesem Gebiete immer anerkannt haben. (Miller ruft: Nein! Niemals! Eigen ruft: Ist gar kein Sozialist!) Diesen Leuten

ist wirklich nicht beizukommen. Wenn man ihnen ihre eigenen Parteiautoritäten vorreitet, dann werden diese sofort von den Rockschößen abgeschüttelt; das muß sich jetzt sogar der arme Kautsky gefallen lassen. Nun, meine Damen und Herren, wenn mir zugerufen worden ist, daß man an die Verhältnisse in Rußland denken sollte, so rufe ich Ihnen zu: Anarchie und Willkür haben Rußland hinein getrieben in den Abgrund, aus dem es so bald nicht wieder herauskommen wird. (Zustimmung; Lindau ruft: Nein, durch den Krieg!) Das ist ein großer Irrtum, daß Rußland durch den Krieg ins Elend gebracht worden wäre. Der Bolschewismus hat es getan. Die russische Industrie ist erst zugrunde gerichtet worden, als die Bolschewiki aus Rußland gekommen sind, durch das wüste Sozialisieren, das man in Rußland vorgenommen hat. Die russische Industrie ist soweit heruntergewirtschaftet worden, daß sie nicht mehr lebensfähig ist, nicht mehr in der Lage ist, sich ohne fremde Hilfe aus dem Abgrunde zu retten. Und dieses Schicksal, meine Damen und Herren, das möchten wir unserem deutschen Vaterlande ersparen. (Bravo) Ich danke es den Mehrheitssozialisten, daß sie das erkannt haben, und daß sie sich mit uns fest auf den Boden der Ordnung gestellt haben, daß sie mit uns die Unordnung bekämpfen, die Anarchie niederhalten, damit wir wieder zu gesunden Verhältnissen in Deutschland gelangen. (Fortwährende stürmische Unterbrechungen und lebhafteste Zustimmung.) Ich habe eine ebenso gute Lunge wie Sie, Herr Miller, das haben Sie wohl schon erkannt! Meine Damen und Herren! Wenn wir dahin kommen sollten, daß nach russischem Beispiel unsere Industrie vernichtet würde — und wir sind auf dem besten Wege dazu, wenn Sie in dieser unsinnigen Weise fortfahren — dann gäbe es einen Zusammenbruch und ein Elend, nicht auszudenken. Wenn Sie so fortfahren wie bisher, dann machen Sie es unserer Industrie unmöglich, weiter zu arbeiten. (Zuruf: Arbeiten Sie doch!) Ich arbeite am Tage wirklich mehr als acht Stunden, habe nie einen Achtstundentag gekannt, (Oho! Lachen) und bin jeden Augenblick bereit, wenns not tut, auch körperlich mit Hand an zu legen. Ich habe die Hände und Kräfte dazu, darauf können Sie sich verlassen. Meine Damen und Herren! Wie die Sache im Ruhrgebiet heute steht, wissen wir. Es wird dort so wenig Kohle befördert, daß der größte Teil unserer Industrie schon lahmgelegt ist, und daß auch die Eisenbahnen zum Teil stillgelegt werden müssen (Bravo-Ruf). Wenn da jemand Bravo schreit, dann hat er wahrhaftig nicht begriffen, um was es sich handelt. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Sie haben sich etwas darauf zugute getan, die Macht des Kapitals gebrochen zu haben. Nun, dieser Terror in Deutschland ist gerade Wasser auf die Mühle des Trustkapitals in Amerika, und dieses Trustkapital der Entente ist eine der größten Gefahren für das deutsche Wirtschaftsleben. (Sehr richtig!)

Sie werden es noch erleben, wenn wir so fortfahren, daß auch unsere Industrie, unser Handel, unsere Schifffahrt unter das amerikanische Trustkapital kommen und daß die Arbeiterschaft Ihnen dafür die Quittung gibt. (Sehr gut!) Die Trustmagnaten werden nicht Ihrer schönen Augen wegen in Deutschland arbeiten. Den Arbeitern werden ganz gewiß nicht mehr die jetzigen Löhne gezahlt werden können, sondern es wird eine Lohnsklaverei eintreten, über die man von Ihnen Rechenschaft fordern wird. Diese Trustgefahr liegt heute schon vor. Und was das heißt, Lohnsklaven fremder Kapitalmächte zu werden, was das heißt, wenn dieses Schicksal unserem deutschen Vaterlande beschieden werden sollte, das brauche ich Ihnen nicht auszumalen. Darum wendet sich die Mehrheit dieses Hauses und die Mehrheit im Reiche gegen die Umtriebe, gegen den Unfug, mit dem die äußerste Linke gegen unser Wirtschaftsleben wütet. (Lebhafte Zurufe und große Unruhe.) Wenn wir heute die Torheit begehen wollten, den Belagerungszustand aufzuheben, dann würde ja diesem Treiben, das geradezu gegen die Existenz des deutschen Volkes anwütet, freie Hand, freie Bahn gegeben werden. Wir wollen nicht die Totengräber Deutschlands sein, (Unruhe) sondern wir wollen diejenigen bekämpfen, die das deutsche Vaterland zugrunde zu richten im Begriff sind. Darum lehnen wir es ab, dem Antrag zuzustimmen. (Bravo!) Auch die Mehrheitssozialisten werden den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes glatt ablehnen. Mögen auch weite Kräfte am Werk sein, Hundehaare in die Massen zu säen, seien Sie nicht ängstlich! Wir werden schon die nötigen Mittel finden, dem verderbbringenden Treiben entgegenzutreten! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf der einen, erregte Zwischenrufe und Schmährufe auf der anderen Seite.)

Bögeding (U. S.) Meine Damen und Herren! Wir wollen heute eine Probe aufs Exempel machen. Wir wollen erfahren, wie dieses Parlament zu der Freiheit, von der Herr Rhein in seiner Eröffnungsrede gesprochen hat, steht. Die Herren von der Fraktion der Mehrheitssozialisten haben bisher, solange sie in der Minderheit waren, ihre Stimme für die Koalitionsfreiheit erhoben. Wie steht es jetzt mit Ihnen? Sind Sie jetzt auch noch Anhänger der Koalitionsfreiheit? Erklären Sie das offen im Parlament, setzen Sie das Volk davon in Kenntnis, und es wird dann entscheiden, ob es noch zu Ihnen steht. Darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß sich die gesamte gewerkschaftliche Organisation von Ihnen abgewandt hat. (Ruf von den M.-S.: Das glaubst Du ja selber nicht!) Es wird immer als Entschuldigungsgrund vorgebracht, daß während der Zeit der Räteregierung in Bremen auch Belagerungszustand geherrscht hat, Sie sind aber bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, nachzuweisen, daß damals einem einzigen Herrn auch nur ein Haar gekrümmt ist! (Zuruf von links: Selbst Hormann nicht!)

Wir wissen, daß während der Herrschaft der Räterepublik, als die politischen Anschauungen des Proletariats maßgebend waren, eine Aktion von Ihnen vorbereitet wurde. Trotzdem sind damals meine Parteifreunde für die Aufhebung des Belagerungszustandes eingetreten. Sie aber glauben, nur mit dem Mittel des Belagerungszustandes regieren zu müssen, ohne den Belagerungszustand nicht auskommen zu können, mit einem Mittel, gegen das sich die gesamten demokratischen und sozialdemokratischen Fraktionen während der ganzen Kriegszeit gewehrt haben, während der Kriegszeit, wo das freie Wort geknechtet, die Presse geknebelt war. Wenn Sie jetzt den Belagerungszustand nicht aufheben, dann führen Sie für Deutschland Zustände herbei, wie sie in Rußland sind. Wenn Sie den Arbeitern freies Wort und Schrift und Versammlungsrecht nicht geben, dann zwingen Sie uns, das Äußerste einzusetzen, dann ist keine Rede davon, daß der Kampf aufgegeben wird. Die Arbeiterschaft wird dann den Kampf durchführen mit allen Mitteln. Verlassen Sie sich darauf! Die Arbeiterschaft hat Machtmittel genug, um ihren Willen durchzusetzen, auch ohne Kanonen und Maschinengewehre. Ich verstehe nicht, wie unsere ehemaligen Parteigenossen die Hand dazu bieten können, daß solche Zustände eintreten, daß sie sich mit den Herren von der Rechten verbinden, daß auch sie für die Beibehaltung des Belagerungszustandes eintreten können. Und was den Bürgerstreik betrifft, da möchte ich die Herren Scheide und Hollenberg, die doch als Vertreter des Kleinhandels hier sitzen, fragen, ob die Regierung sie gezwungen hat, ihre Geschäfte zu schließen. Ihre Wähler, Herr Hollenberg und Scheide, werden schon kommen und Schadenersatz fordern, daß die Regierung Schadenersatz zahlt dafür, daß Lebensmittel dem Verderb preisgegeben sind. Es steht fest, daß aus diesen Kreisen ohne Zweifel ein großer Teil kommen und sagen wird: Wir sind mit den Maßnahmen der Regierung, die uns zwingt, die Geschäfte zu schließen, durchaus nicht einverstanden, daß aus jenen Kreisen sich viele auf die Seite der Arbeiterschaft stellen werden. Und, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, daß ein großer Schrei der Entrüstung von den Kleingewerbetreibenden erhoben werden wird, und nicht nur von jener Seite, nein, auch von den Konsumvereinen, daß die Mitglieder der Konsumvereine, der Genossenschaft „Vorwärts“, zu dem Vorstande sagen werden: Seid ihr mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden gewesen? Ich möchte Herz, (?) der ja im Komitee sitzt, fragen, ob der Vorstand sich vorher mit den Mitgliedern des Konsumvereins in Verbindung gesetzt hat. (Zuruf: Damit ihr die Leute absägen könnt, nicht wahr?) Die Mitglieder werden darauf bestehen, daß sie über ihr Eigentum selbst zu bestimmen haben, daß die Regierung nicht das Recht hat, ihnen ihr Eigentum in irgend einer Form zu nehmen. Peine hat selbst geglaubt, dagegen protestieren zu müssen, daß von der Regierung einfach befohlen wird, daß die Lebensmittel, die den Genossen

gehören, ihnen nicht ausgehändigt werden. Und doch, Herr Peine, ist das geschehen. Diesen Streik des Bürgertums haben Sie meine Herren vom Senat, soweit Sie den M. S. angehören, und die übrigen Senatoren verschuldet. Sie, die Zehn von den Achtzehn, haben ihre Hand dazu geboten, Sie haben die Verantwortung dafür mit zu tragen.

Dann die Milchversorgung. Denken Sie daran, daß man in einer Zeit, wo man immer davon redet, daß dem deutschen Volke eine freie, bessere Zukunft geboten werden soll, wo die Kultur auf eine größere Höhe gebracht werden soll, daß in dieser Zeit die Regierung es wagt, den Säuglingen die Milch vorzuenthalten. Meine Herren! Ich habe mit dem 21er Rat Fühlung genommen und kann sagen, der 21er Rat hat es vermieden, die Milchversorgung stillzulegen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Die Mitglieder der U. S. haben erklärt, daß, wenn sie gerufen werden sollten, sie sich in den Dienst der Sache stellen würden, aber nicht mit solchen barbarischen Mitteln (Zurufe.) Sie wollen den Kampf nicht mit Blutvergießen und solchen Mitteln führen.

Dann ist davon gesprochen, was auf den Straßen vorgegangen ist. Wir auf unserer Seite, wir von der U. S. stehen auf dem Standpunkt, wenn Waffen von der Bevölkerung getragen werden sollen, so müsse das in erster Linie geschehen von denen, die jederzeit dazu berufen sind als diejenigen, die jederzeit für Frieden, Freiheit und Recht gekämpft haben, aber nicht von Leuten, die während des Krieges zur Vaterlandspartei gehört haben, wie Herr Hormann, die seit der Zeit umgelernt haben. Wer noch menschliches Empfinden hat und für die Kultur eintreten will, der muß dafür sorgen, daß jene Elemente, wie sie sich in der Nordstraße breitgemacht haben, die die arbeitende Bevölkerung provozieren, möglichst schnell und restlos beseitigt werden, und daß nur die sozialistische Arbeiterschaft bewaffnet wird.

Dann noch ein paar Worte zu Herrn Tjaden, der die Ärzte in Schutz genommen hat. Ich möchte den Herrn Obermedizinalrat fragen, wie die Ärzte, die besonders berufen sind, da, wo Not und Elend herrscht, helfend einzugreifen, dazu gekommen sind, die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiter zu unterstützen. Sind die Herren denn so naiv, daß sie glauben, die Bevölkerung mundtot machen zu können, wenn sie kein Wort dazu sagen, sondern einfach ihren Dienst nicht mehr tun? (Zurufe.) Die Arbeiterschaft trägt die Schuld nicht, die Schuld liegt allein bei Ihnen!

Dann sagte Herr Hormann, ob man solche Zustände wünsche, wie sie in Rußland bestehen, ob man auch den Bolschewismus nach Deutschland tragen wolle. Nein, Herr Hormann, wir wünschen nicht, daß das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert werde. (Zuruf: Und

doch tun Sie es!) Aber wenn man glaubt, mit Kanonen und Maschinengewehren, mit dem Belagerungszustande das deutsche Volk zu einer höheren Kultur zu bringen, so ist das ein Irrtum. Das deutsche Volk will möglichst Freiheit und Gerechtigkeit, und die Arbeiterschaft als solche hat ein besonderes Interesse daran, daß sie nicht von einer Regierung unterdrückt wird, die sich zum größten Teil aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt.

Meine Damen und Herren! Täuschen Sie sich nicht, Sie werden keinen Sieg erringen! Täuschen Sie sich nicht! Selbst wenn die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann werden Sie mit diesem Kampf in Zukunft zu rechnen haben. Daß sei Ihnen klar und deutlich gesagt. Sie haben in der reaktionärsten Weise Stellung genommen. Aber wir brauchen uns nicht zu fürchten vor des Volkes Stimme. Sie wird so sein, daß sie ein krasses Mißtrauensvotum gegen die jetzige Regierung bedeutet, wenn Sie jetzt noch den Belagerungszustand aufrecht erhalten. Tun Sie, wie Ihnen beliebt. Glauben Sie aber bestimmt, daß die Arbeiterschaft die richtige Lehre daraus ziehen wird. Die Geschichte wird das Urteil über Sie fällen, und es wird ohne Zweifel gegen Sie ausfallen. (Bravo links.)

Bürgermeister Deichmann zur tatsächlichen Aufklärung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Laufe der bisherigen Besprechung ist an zwei Stellen gesagt worden, daß eine Vertretung der Staatsarbeiter mit mir über die Beendigung dieses Streiks hätte verhandeln wollen. Ich hätte darauf an einer Stelle die Forderungen, die aufgestellt worden seien, kindisch genannt, und an anderer Stelle gesagt, daß ich mich auf nichts einlasse. Diese ablehnende Haltung habe die Veranlassung gegeben, daß es zu einer Arbeitsniederlegung der Gasarbeiter gekommen sei. Diese beiden Darstellungen sind falsch. (Hört! Hört!) Ich will deshalb den Hergang, wie er sich abgespielt hat, vortragen, und daraus werden Sie dann entnehmen können, daß das, was Ihnen von anderer Seite darüber vorgetragen ist, falsch ist, wenn man nichts schlimmeres sagen will.

Am Sonnabend morgen sind vier Staatsarbeiter zu mir gekommen und haben sich eingeführt mit den Worten, mit mir einmal in unverbindlicher Weise — es ist in der zweistündigen Verhandlung wiederholt gesagt worden: in unverbindlicher Weise — eine Verhandlungsbasis zu finden. Ich habe dann zugehört und abgewartet, was sie als eine brauchbare Verhandlungsbasis vorzuschlagen hatten. Sie haben erklärt, daß nach ihrer Meinung die beste Verhandlungsbasis sei, mit dem 21er Rat zu verhandeln. Darauf habe ich erklärt, das sei keine brauchbare Verhandlungsbasis, der 21er Rat sei für uns und im besonderen für mich nicht legitimiert. (Sehr richtig!) Das wisse

der sogenannte 21er Rat auch, denn vor einigen Wochen ist dem 21er Rat diese unsere Meinung schriftlich mitgeteilt worden. Ich betonte, mit dem 21er Rat kann nicht verhandelt werden. Darauf ist erwidert worden, daß die Forderungen der Arbeiter doch eigentlich wirtschaftlicher Natur wären, über die doch verhandelt werden könne. Dieser Ansicht bin ich entgegengetreten, wobei ich entgegnete, daß es sich meines Erachtens tatsächlich um rein politische Forderungen handle. Scheinbar seien auch wirtschaftliche Forderungen aufgestellt. Die Forderungen in ihrer Gesamtheit zeigten jedoch, daß politische Ziele erreicht werden sollten. Ich fügte hinzu, wenn rein wirtschaftliche Forderungen aufgestellt worden seien, eine Verhandlungsbasis längst gefunden worden wäre. Man sagte dann, es sei doch eine rein wirtschaftliche Forderung, wenn man verlange, die Bevölkerung in der Ernährung besser zu stellen, so zu stellen, wie es geschehe mit den Mitgliedern der Stadtwehr. Darauf habe ich erklärt: Das sei nur scheinbar eine wirtschaftliche Forderung, und im übrigen sei den Mitgliedern der Stadtwehr, die jedesmal 24 Stunden Dienst zu tun haben (Nachen), die geringe Erhöhung der Brot ration wohl zu gönnen. (Sehr richtig!) Wenn im übrigen dieser Anteil auf die Gesamtheit der Bevölkerung Bremens verteilt würde, würde der einzelne in diesem Mehr kaum den Finger naß machen können. Ich habe dann noch hinzugefügt: Wenn es Ihnen darum zu tun ist, für eine bessere Ernährung der Bevölkerung zu sorgen, dann wäre es Ihre Aufgabe gewesen — alle vier Herren gehören der U. S. P. an — dafür zu sorgen, daß ohne Hindernisse der eingelaufene Dampfer mit Lebensmitteln gelöscht hätte werden können zum Besten der Bevölkerung. Dann, meine Damen und Herren, ist darauf hingewiesen worden, daß eine bessere Erwerbslosenfürsorge doch eine wirtschaftliche Forderung sei. Darauf habe ich erwidert, daß die Erwerbslosenunterstützung entsprechend der gegebenen Reichsverordnung abgeändert sei, und daß im übrigen die Finanzlage so sei, daß man so ohne weiteres an eine Erhöhung dieser Unterstützungssätze nicht denken könne. Von den vier Herren ist darauf erklärt worden: Wie wäre es denn, wenn z. B. Vertreter des bremischen Gewerkschaftskartells über diese Frage mit uns oder mit mir einmal sprächen. Meine Antwort darauf war, daß uns jeder lieb ist, der kommt, wir stehen jedem und in jeder Sache zur Verfügung, hier seien aber Forderungen aufgestellt, die in letzter Linie darauf abzielten, die Regierung zu beseitigen und an deren Stelle eine Minderheitsherrschaft aufzurichten. So die unverbindliche Aussprache. Im übrigen haben die vier Herren dann gesagt: Nun, wir wollen uns überlegen, ob vielleicht nicht eine andere Verhandlungsbasis gefunden werden kann, worauf ich entgegnete. Auch ich will mir überlegen, ob eine Verhandlungsbasis gefunden werden

kann. Ich fügte hinzu: Meine Herren, Sie haben im Laufe der Aussprache mehrmals ausdrücklich erklärt, daß der 21er Rat Sie bereits aufgefordert hat, die Arbeit mittags 12 Uhr einzustellen. Jetzt ist es 11 Uhr, und Sie reden immer noch davon, allerdings unverbindlich, eine Verhandlungsbasis zu finden, und um 12 Uhr wollen Sie bereits die Arbeit einstellen. Überlegen Sie sich, was Sie tun. Zum Schluß gestattete ich mir den Hinweis auf die geforderte einmalige Teuerungszulage. Die Verhandlungen hierüber sind bereits am Donnerstag mit dem Leiter des Staatsarbeiterverbandes zu Ende geführt. Ich erfuhr dann von den vier Herren, daß man noch keine Zeit gefunden hatte, diese rein wirtschaftliche Frage, die ihnen doch sehr am Herzen liegen mußte, zu erledigen. Die Dinge lagen so: den Streik wollte man auf Geheiß des 21er Rats ausführen, man trachtete aber darnach, irgend ein unbesonnenes Wort von mir zu erhalten, mit dem sie dann losgehen konnten, ihre Handlungsweise zu decken, die letzten Endes das Wirtschaftsleben Bremens schwer schädigt. (Stürmischer Beifall. Händeklatschen.)

Dr. Hertel (Christl. Vp.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mit Recht von verschiedenen Seiten, insbesondere von Seiten der U. S. und der Kommunisten, hervorgehoben und scharf kritisiert worden, daß die kleinen Kinder keine Milch mehr bekommen. Glauben Sie nicht, daß nur die Herren Vertreter der Parteien, die ich eben genannt habe, schweren Herzens diese gegenwärtigen Zustände schauen. Auch wir haben von jeher ein warmes Herz für die Kinder gehabt. (Zuruf: Wo ist es denn?) Meine Herren, wir haben es noch, und die Hauptsache ist, daß wir, die bremische Volksvertretung, dafür sorgen, daß die Kinder nicht infolge Milchmangels sterben. Das ist Pflicht eines jeden, der hier in dieser Versammlung ist, und ich frage mich: wer ist denn derjenige, der diese die Kinder dem Tode preisgebenden Zustände nicht schwer empfindet? Meine Damen und Herren! Es gibt in Bremen augenblicklich zwei Regierungen. Die eine Regierung ist bekannt, und die andere Regierung, das ist der sogenannte 21er Rat. Die bremische Bevölkerung, die Mütter, die um ihre Kinder besorgt sind, die Männer, die so besorgt sind um ihre schwangeren Frauen, die möchten gerne wissen, wer denn eigentlich der 21er Rat ist, die möchten gerne wissen, wo die Mitglieder desselben wohnen. (Zuruf: Damit man sie verhaften kann!) Nein, nicht darum, sondern damit man sich bei ihnen beschweren kann. Ich bin überzeugt, daß sie auch ein Herz haben, daß sie auch Menschen sind, auf die diese Beschwerden Eindruck machen werden. Man weiß ja gar nicht, an wen man sich zu wenden hat. Es heißt: sämtliche Klagen sind beim 21er Rat anzubringen. (Einer ruft: Einer ist verhaftet worden; wenden Sie sich doch an den, dessen Adresse können

Sie doch erfahren!) Ich glaube, daß die Herren schon im eigenen Interesse bekanntgeben sollten, wo sie denn eigentlich wohnen, und wie sie heißen, und zwar deshalb, weil ja vorhin der Ausdruck gefallen ist, daß einer von ihnen ein Verbrecher sein sollte. Dieser Vorwurf kann sehr leicht auch auf die übrigen ungerechterweise übertragen werden. Auch von diesem Gesichtspunkt aus frage ich Sie: Warum nennt man die Namen nicht? Wir wünschen, daß die Namen genannt werden, damit sich die Bevölkerung bei ihnen beschweren kann, weil der 21er Rat die Schuld daran trägt, daß der Dampfer nicht entladen werden konnte. Daß dies dennoch hat geschehen können, ist dem Umstande zu danken, daß sich andere Kreise in den Dienst gestellt haben, den Dampfer zu löschen. (Ruf von links: Und haben Mehl mit nach Hause genommen!) Warum hat der 21er Rat das nicht auch getan? Etwa deswegen nicht, weil die Herren vom 21er Rat Mehl genug hatten? Die Herren sind zum Hafen gegangen und haben im Interesse der Allgemeinheit gearbeitet und haben die Arbeit beendet. Das ist Tatsache. Es ist ein ganz frivoler Vorwurf, wenn man den Juristen zum Vorwurf macht, daß sie etwas mitgenommen hätten. Daß sie das getan haben, möchte ich bezweifeln. (Ruf: Wir haben Beweise!) Das bezweifle ich auf Grund der Vorgänge, die sich in den heutigen Verhandlungen abgespielt haben. Als die Herren von den schauerhaften Zuständen sprachen, die sich in dieser Zeit in Bremen abgespielt haben sollen, haben wir auch von einem der Herren gehört, daß einer Hebamme die Konzeption entzogen werden sollte, wenn sie eine Frau entbinde. (Zuruf von links: Daß ihr das angedroht wäre!) Angenommen, Herr Professor Tjaden wäre nicht hier gewesen, oder er hätte die Bemerkung überhört, so hätte die Aufklärung nicht gegeben werden können, und die unwahre Behauptung wäre unwidersprochen in die Öffentlichkeit gegangen. (Zuruf: Steht ja schon in der Arbeiterzeitung!) Da dürfen Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich auch andere Behauptungen, die Sie hier aufgestellt haben, bezweifle. Auch Herr Deichmann hat mehrere Behauptungen als unrichtig zurückgewiesen. (Zuruf: Wer hat denn die Kinder erschossen?) Vorhin wurde gesagt, es sei ein Kind erschossen, jetzt heißt es schon „die“ Kinder. (Zuruf: Wir wissen es, das sollen wieder die Spartakisten gewesen sein!) Ja meine Herren — — —

Präsident: Herr Doktor, ich möchte Sie bitten, sich an das Präsidium zu wenden und sich nicht mit den Herren von der Linken zu unterhalten.

Dr. Hertel: Die Bevölkerung hat ein Interesse daran, möglichst bald zu erfahren, wer die Mitglieder des 21er Rats sind, damit die Mütter und die übrigen, die Opfer der gegenwärtigen Zustände zu beklagen haben, Gelegenheit haben, sich über die Schuldigen zu beschweren.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Bernh. Meyer (U. S.): Ich halte es für notwendig, etwas bezüglich der Verhandlungen der Staatsarbeiter mit der Regierung richtig zu stellen. Ich bin bei den Verhandlungen zugegen gewesen. Es wurde von Herrn Deichmann angeführt, daß unser Prinzip wohl das gewesen sei, unbesonnene Worte aus der Regierung herauszuloden, damit wir dann damit kreben gehen können. Derartiges lehnen wir ab, von diesem Motiv hat sich überhaupt niemand leiten lassen. Wir sind lediglich aus dem Grunde hinübergegangen, um mit dieser Sache ein Ende zu machen. Die gesamte Arbeiterschaft hat den Wunsch gehabt, und wir haben es für notwendig gehalten, darüber mit der Regierung in Verbindung zu treten. Das haben wir getan. Zu Verhandlungen sind wir bereit. Im übrigen wäre an jenem Tage auch noch Zeit zu Verhandlungen gewesen. Die Besprechung mit der Regierung war um elf Uhr beendet, in den Ausstand sind wir aber nicht schon um 12 Uhr, sondern erst um 2 Uhr nachmittags getreten, somit wäre noch Gelegenheit gewesen, den Arbeitern zu sagen: Die Regierung ist bereit, auf irgend eine Weise zu verhandeln; wir hätten dann verhandelt, und es wäre Aussicht gewesen, den Ausstand der städtischen Arbeiter zu vermeiden. Wenn aber bei diesen Verhandlungen seitens des Herrn Senator Wellmann das Wort gefallen ist, die Arbeiter hätten kindische Forderungen gestellt, so mußten sie doch wissen, was es mit dem Verhalten der Regierung auf sich hatte, daß die Regierung von Verhandlungen nichts wissen wollte und daß die gegenseitige Behauptung des Bürgermeisters nicht richtig ist. Was er in Bezug auf die Feuerungszulagen gesagt hat, so sollte er doch wissen — jedenfalls muß es Wellmann bekannt sein — daß drei Tage vorher in dieser Beziehung Verhandlungen stattgefunden haben, und daß uns telephonisch gesagt worden ist, es sei die Regelung dieser Sache jetzt noch nicht möglich. Das wird Wellmann auch bestätigen. Es kann uns daher kein Vorwurf darüber gemacht werden, daß wir in dieser Angelegenheit bei diesen Verhandlungen nichts getan haben. Vor allen Dingen muß ich aber die Behauptung zurückweisen, daß wir zu der Verhandlung auf dem Rathause erschienen wären lediglich aus dem Grund, um aus der Regierung ein unbesonnenes Wort herauszuloden.

Zur Erklärung des Tatsächlichen

Tjaden (D.): Ich möchte mitteilen, daß auf Antrag des Ärztevereins heute morgen die Milch für Säuglinge bereits freigegeben ist (Zuruf: Sie haben sich also besonnen!) Man hat eingesehen, daß die Arbeiter doch nicht so rasch zur Vernunft kommen, wie man gehofft hatte. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß damit allein noch nicht geholfen ist, wenn nicht zugleich Gelegenheit gegeben wird, die

Milch zu kochen, was in vielen Familien nicht möglich ist, weil es an Gas fehlt.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Fauth (M.-S.) Es ist falsch, was Meyer sagte. Die Staatsarbeiter haben dem 21er Ausschuss ein Mandat ausgestellt, sie aufzufordern, die Arbeit niederzulegen. Sie wollten auf Kommando die Arbeit bedingungslos niederlegen, ohne erst Verhandlungen mit der Regierung abzuwarten. (Hört! Hört!)

Waigand (M.-S.) Meine Damen und Herren! Wir müssen uns vor Augen halten, daß ein gut Teil der U. S. absolut nicht anders denkt in Bezug auf die Erreichung des Sozialismus, als wir. Wenn wir in mancher Hinsicht auseinandergehen, so will doch der größte Teil der U. S. mit uns den Sozialismus auf dem Wege über die Demokratie verwirklichen. Die Kommunisten haben sich einer Theorie zugewandt, die auf anderem Wege die Ziele erreichen will. Sie müssen uns schon erlauben, daß wir unsern Weg gehen, andere Wege einschlagen als sie. Was uns jetzt trennt, ist die Taktik. Das darf aber nicht dazu führen, daß Sie nun erklären, daß der kein Sozialist mehr sei, der nicht Ihre Wege gehen will. Wir sehen den Weg, den die Kommunisten gehen wollen, sehr skeptisch an. Glauben Sie mir, wie der Hurrapatriotismus, der 1914 durch die Bevölkerung ging, zusammengebrochen ist, so wird auch der Spartakismus zusammenbrechen. Wie dieser Hurrapatriotismus, (Ruf: Den Sie gemacht haben!) es handelt sich zum guten Teil um dieselben Leute, so wird auch der Spartakismus zusammenbrechen. Miller hat soeben einen Zwischenruf gemacht, darauf muß ich doch antworten. Im Januar 1918 haben wir in einem Aktionsausschußkomitee zusammengeessen, dessen Zweck in erster Linie war, daß die Arbeiter durch einen Generalstreik den Krieg beendigen, dem Militarismus und dem Imperialismus zu Leibe gehen sollten. Es war damals noch anders als heute. Heute holen Sie ja die Arbeiter aus den Betrieben heraus. Dazumal hatte die Aktion noch Sinn, dazumal hatte noch nicht die große Offensive 1918 begonnen. Wir waren damals mit den U. S. einig, Miller war noch nicht Kommunist. Miller hat damals erklärt, ein solches Aktionskomitee hätte keinen Sinn. Miller erklärte, Oberst Lehmann habe gefragt — — — (Fortwährend Zwischenrufe von links.) Lassen Sie mich doch ausreden! (Zuruf von links: Lügen!) Oberst Lehmann hat Miller gefragt, ob der Arbeiterausschuß der U. S. Weser auch für den Streik eintrete. Herr Miller, wie Sie in der Vertrauensmänneritzung sagten, haben Sie auf diese Frage geschwiegen. Und warum haben Sie geschwiegen? Weil Sie nicht die Kurage hatten, für diesen Streik einzutreten. Der Streik war beschlossen in Berlin von den U. S. und unserer

Partei. Wir wollten gemeinsam gegen den Militarismus und den Imperialismus vorgehen und waren der Ueberzeugung, daß das Vorgehen Erfolg haben werde. Aber Miller, der heute das große Wort führt, hat damals versagt. Genosse Sommer von den U. S. war es, der eingegriffen und mich unterstützt hat, um die Situation noch einigermaßen zu retten. Und was war die Folge? Der Streik mußte zusammenbrechen, als Miller so gesprochen hatte, der Vertreter der Atlas-Werke erklärte sofort, nicht mehr mitmachen zu können. Der Streik ist zusammengebrochen — — — und Miller ist Meister geworden! (Pfeifrufe: Ruf von einem M.-S.: Und solchen Kerlen läuft die bremische Arbeiterschaft nach!) Wenn ich Vertrauensmann bin, dann nehme ich am dritten Tage nach einem zusammengebrochenen Streik keinen Meisterposten an. Es sind Leute an die Spitze der Arbeiterschaft gekommen, die verantwortungslos darauf loswirtschaften.

Nun sage ich Ihnen folgendes: Der Streik geht um die Macht. Wir waren der Meinung, es würde uns gelingen, mit den U. S. zusammen die Regierung zu bilden. Die Kommunisten haben die U. S. aber zu sich herübergezogen. (Oho!) Meine Damen und Herren! Ich war der festen Ueberzeugung, daß, wenn wir nur mit den U. S. eine Regierung gebildet hätten, damit den Interessen der Gesamtheit gedient hätten. Leider muß ich heute sagen: Die Unabhängigen sind nicht unabhängig genug. Sie haben nicht Macht genug, sich die Elemente vom Leibe zu halten, denen jegliche produktive Tätigkeit innerhalb des gegebenen politischen Rahmens zuwider ist, die nur bestehen können dadurch, daß sie das Durcheinander fördern. (Lärm) Die provisorische Regierung ist den Arbeitern im letzten Generalstreik in der weitestgehenden Weise entgegengekommen. Die Regierung hat alle Forderungen erfüllt. Man hätte glauben sollen, daß nun die Arbeiter endlich auch einmal auf den Standpunkt gekommen wären, daß sie durch diese Streiks wahrhaftig nicht die Interessen der Arbeiter fördern. Und ein guter Teil der Genossen von den U. S. und ein guter Teil selbst der Kommunisten (von denen sich viele nur gezwungen so nennen) waren nicht für den Streik. Ich habe Stapel von Briefen, die das beweisen. Sie können es mir glauben. Ich habe deswegen einen Aufruf mit meinem Namen veröffentlicht, daß diese gezwungen Streikenden sich bei mir melden sollten, um einmal festzustellen, was wahres an der Behauptung ist, daß die Arbeiter einig und geschlossen in den politischen Streik getreten seien. Diese Leute sagen aus, daß sie durch den Terror ihrer Genossen gezwungen worden sind (Lärm), gegen den sie leider nicht angehen können, weil es zu gefährlich ist. Ein Teil der U. S. hat mir persönlich erklärt, daß sie gegen diesen Streik sind, daß sie aber mitmachen, weil sie sonst in den Betrieben es nicht aushalten könnten. (Hört! Hört!) Parteigenossen! Bei einem wirtschaft-

lichen Streik kann ich es mir erklären, wenn auf Außenseiter im Interesse der Gesamtheit ein Druck ausgeübt wird, weil sie doch auch den Vorteil davon haben. Aber politische Streiks drehen sich um die Ueberzeugung, da handelt es sich darum, ob einer diese oder jene politische Ueberzeugung hat oder nicht. Und wenn einer, der eine gewisse politische Meinung nicht hat, gezwungen wird, sie zu vertreten, so ist das eine Vergewaltigung, und dann entsteht Verbitterung innerhalb der Arbeiterschaft. Und deshalb bin ich fest überzeugt: die Betriebe werden sich wieder füllen. Die Arbeiter haben es satt, sich wirtschaftlich so ungeheuer schädigen zu lassen; sie müssen gewärtig sein, daß sie ihren Lohn einbüßen, daß sie politischer Forderungen wegen, die sie nicht für richtig halten, auf die Straße gehen müssen, und daß sie insolgedessen sich selbst und ihre Familien schädigen in einem Kampf, der selbst denen gar keine Aussichten bietet, das Ziel zu erreichen, das ihnen vorgegaukelt wird, die daran glauben. Als Sie die Macht in Händen hatten, da waren Sie sich unter einander durchaus nicht einig und konnten sich auch nicht einig sein, weil Sie keine Disziplin anerkennen, weil Sie jede Disziplin verneinen. Wir als alte Agitatoren — — — (Zuruf: Sie werden bald abgejagt sein!) Wir alten Agitatoren haben stets gegenüber dem Gegner, wenn diese aussprachen: „wenn nun einmal ihr ans Ruder kommt, wenn ihr einmal die Macht habt und die Gewaltmittel, dann werdet ihr nicht imstande sein, Ordnung zu halten“, behauptet: „die Selbstdisziplin der Arbeiterschaft, die sie in ihren Parteiorganisationen, in ihren Gewerkschaften übt, wird sie vor Unordnung bewahren“. Leider haben wir uns da getäuscht. Die Selbstdisziplin der Arbeiterschaft ist nicht so groß gewesen, daß sie Maß gehalten hätte, um das durchzuführen, was hätte erreicht werden können. Als die Revolution ausbrach am 6. November, da freuten wir uns alle, daß es gelungen war, das alte System zu beseitigen. Ich bin sofort ins Gewerkschaftshaus gegangen und habe mit den Genossen, die dort zusammen kamen, beraten, und wir haben versucht, eine geschlossene Form zu finden, um das durchzuführen, was wir erstrebten. Es hat nur wenig Widerstand gegeben, im großen und ganzen waren wir uns einig. Wir waren bemüht, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft herbeizuführen, wir waren bemüht, zu vergessen, was während der Kriegszeit uns gekränkt und getrennt hatte. Es war aber nicht möglich. Es fanden sich Elemente, die der Organisation zwar nicht sehr lange angehörten, die es aber verstanden, durch ihre Dialektik, durch ihre Demagogie und durch ihre irrige Auffassung die Masse mitzureißen, sie erst gegen den Arbeiter- und Soldatenrat, wo wir nur sehr schwach vertreten waren, aufmarschieren zu lassen, und uns aus dem Arbeiterrat zu beseitigen. Dann setzte das Unheil ein, die Desorganisation der Arbeiterschaft hat weiter um sich gefressen, und so haben Sie alle Vorteile, die wir

solange erstrebt hatten, in Gefahr gebracht. Und so geht es heute noch. Diejenigen Arbeiter, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, werden als Verräter hingestellt. Anstatt den Kampf mit geistigen Waffen zu führen und sich mit uns in den Versammlungen auseinander zu setzen, hat man uns in der unerhörtesten Weise behandelt und Gewalt gegen uns angewendet. Die Intellektuellen des Kommunismus sind gar keine Arbeiter, es sind Phantasten, die es gewiß ehrlich meinen mögen. Ich habe mit einigen von ihnen in Worpsswede gesprochen. Diesen Leuten fehlt jeder Boden unter den Füßen, sie leben wie alle Phantasten in hohen Regionen und vergessen dabei ganz, daß das Brot nur auf der Erde wachsen kann. Wenn Herr Henke darauf hinweist, daß der Klassenkampf fortgeführt werden muß, so haben wir das nie bestritten. Der Kapitalismus muß das Ziel haben, daß er die Herrschaft behält. Aber Sie werden nicht bestritten wollen — kein Theoretiker wird es bestritten — daß es nicht angängig ist, die kapitalistische Wirtschaftsweise kurzerhand, vielleicht im Laufe eines Jahres, beseitigen zu können. Die kapitalistische Wirtschaftsweise, die sich in Jahrhunderten festgesetzt hat, kann nicht durch den Sozialismus von heute auf morgen abgelöst werden. (Sehr richtig!) Es gibt heute eine ganze Anzahl Leute im kapitalistischen Lager, die zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die bisherige Art der kapitalistischen Profitwirtschaft gefährlich ist für ihre eigene Klasse. Denken Sie an die Zeit der Reformation. Wäre die Reformation nicht gekommen, so wäre die katholische Kirche an ihrer eigenen Fäulnis zugrunde gegangen. Die Reformation hat die katholische Kirche gerettet. Und heute wäre der Kapitalismus an seiner eigenen Fäulnis zugrunde gegangen, wenn der Krieg und die Revolution nicht gekommen wären, wir müssen doch zugestehen, daß die Revolution auch dem kapitalistischen Staate wiederum eine gewisse Stütze geworden ist. Vergessen Sie das eine nicht, meine Damen und Herren! Rußland hat den Versuch gemacht, eine Räterepublik zu schaffen, aber Deutschland hat schon heute durch seine Revolution ganz gewaltige soziale Fortschritte errungen: wir haben den Achtstundentag, wir haben die Arbeiterräte in den Betrieben und dadurch haben die Arbeiter einen großen Einfluß gewonnen. Diese gewaltigen sozialen Fortschritte, die Deutschland durch die Revolution erreicht hat, müssen die Arbeiter in den anderen kapitalistischen Ländern erst erkämpfen. Ohne die Internationalität, ohne daß die Arbeiter in den andern Ländern sich ihre politischen Rechte ebenfalls erkämpfen, können wir nicht daran denken, daß der deutsche Arbeiter den Kapitalismus beseitigen, alles auf einmal erreichen kann. Wenn die Kommunisten hinaus gehen und sagen, wir wären Verräter der Arbeiter — nein, die Arbeiter haben das nicht gesagt, das ist nur durch Flugblätter oder sonstwie verbreitet worden. Sie können damit einen Augenblickserfolg haben, aber die reale Macht der Tatsachen

wird die Arbeiter überzeugen, daß unsere Politik, durch Demokratie zum Sozialismus die richtige ist. Deshalb müssen wir auch die Politik der Reichsregierung und der bremischen Regierung für die richtige halten.

Es wird gesagt, der Belagerungszustand wäre nicht nötig gewesen. Es ist aber der Generalstreik erklärt worden, und der hat die Regierung, nicht nur die bremische, sondern auch die Reichsregierung gezwungen, sich zu wehren. Herrn Henke möchte ich darauf hinweisen, daß in Deutschland eine Zentrale besteht und von dort aus der Kampf gegen die Reichsregierung und die Mehrheitsparteien organisiert wird. Ein Beweis dafür ist Braunschweig. In Braunschweig war doch absolut keine Gefahr für die Revolution, keine Reaktion am Werke. Aber die Arbeiter streiken dort und suchen den Streik auch anderswo anzufachen. Die Folge davon ist, daß die bürgerliche Gesellschaft und die Reichsregierung gezwungen werden, endlich einmal einzuschreiten. (Lebhafte Zurufe von links.) Jawohl, es ist so! Nehmen Sie nur das Volksblatt in die Hand, da wird bewiesen, wie das wirtschaftliche Leben brachgelegt ist. Da muß man doch sagen, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das zu verhindern. Miller wird als tüchtiger Arbeiter geschildert. Er wird wissen, daß auf diese Art und Weise, wie in Bremen jetzt die Betriebe zur Untätigkeit gebracht werden, keine Produktion im Sinne der Gesamtheit möglich ist. Ganz abgesehen von dem Profit, der dem Kapital verloren geht, liegen solche bedauerlichen Vorgänge in den Betrieben nicht im Interesse der Arbeiter, die ein ureigenes Interesse an der Erhaltung des Betriebes haben. Unsere Parteigenossen, die in ihren Betrieben durch den politischen Terror solche traurigen Erfahrungen gemacht haben, wissen, daß auf die Dauer so etwas nicht zu ertragen ist, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen gegen solche Elemente, die sich nicht selbst zügeln können. Die Arbeiter tragen sonst den Schaden davon. Und weil wir als Vertreter der Arbeiter (Zurufe) wollen, daß diese Zustände beseitigt werden, so können Sie glauben, daß wir alles tun werden, um dieses Zusammenarbeiten wieder herbeizuführen. Wenn es Ihnen damit so ernst ist wie uns, wird es bei uns — wie in früheren Zeiten — keinen Belagerungszustand mehr geben. Wenn Ihr aber hinausgeht in die Versammlungen und dort alles herunterreißt und alle verdächtigt, uns keine Gelegenheit gebt, in den Versammlungen zu reden, dann könnt Ihr nicht verlangen, daß wir uns wehrlos Euch ausliefern. Wir haben es erlebt. Es ist gesagt worden, ich wäre gar nicht bedroht worden, es wäre bloß mein Bureau geschloffen. Das ist aber ganz anders gewesen. Es kamen die Leute zu mir ins Bureau, forderten von mir den Geldschrankschlüssel. Als ich von ihnen einen Ausweis verlangte, wurde mir gesagt: Wir sind vom Soldaten-

rat, das ist unsere Legitimation! (Zuruf von links: So macht es die Stadtwehr! Blome: Drettmann, halten Sie doch den Mund!) Ich mußte den Geldschrankschlüssel ausliefern. Hätte ich es nicht getan, ich weiß nicht, was geschehen wäre, aber ich mußte mir doch sagen, daß die Soldaten nicht umsonst die Waffen bei sich tragen. (Zurufe von links.) Ja, meine Herren, Sie wissen genau Bescheid.

Präsident: Herr Waigand, ich bitte Sie, hierher zu reden.

Waigand (M.-S.): Ich wollte nur sagen, daß wir diese Verhältnisse jetzt nicht zum ersten Male haben. Wenn Vernunft und Verstand allgemein wiederkehren, werden auch die Verhältnisse wieder anders werden. Die Arbeiterschaft und auch ihre Vertreter im Parlament müssen sich davon überzeugen, daß es ohne bürgerliche Machtmittel nicht geht. Wir müssen stark sein, um den Widerstand, der sich uns entgegensetzt, zu brechen, wenn wir die Möglichkeit schaffen sollen, daß das Wirtschaftsleben wieder aufblüht, wenn wir für die Arbeiter die Möglichkeit schaffen wollen, wieder Arbeit zu bekommen. Dann werden wir auch imstande sein, auf die Preise einzuwirken. Wenn im Reiche Ruhe herrscht, wenn im Ruhrgebiet wieder produziert wird, dann wird auch die Möglichkeit geschaffen, die Preise sinken zu lassen. Aber ohne das geht es nicht, Sie mögen es glauben oder nicht. Jeder Geschäftsmann in Bremen wird mir zustimmen. Aber es ist notwendig, daß wir uns diese Tatsachen vor Augen halten. Wenn wir der Arbeiterschaft die Misere des Wirtschaftslebens vor Augen führen, dann sage ich mir, dann können wir nicht anders, als sie vor Streiks warnen. Wir müssen aber auch der Regierung den Schutz andeuten lassen, den sie haben muß, um sich gegen Uebergriffe zu sichern, die von Leuten ausgehen, die sich der Tragweite ihrer Handlungsweise durchaus nicht bewußt sind. (Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident: Es haben sich während der Rede des Herrn Waigand vier Herren zur Aufklärung des Tatsächlichen gemeldet, jetzt noch mehrere Herren zur Richtigstellung. Ich will jetzt noch einem Herrn das Wort dazu geben, die übrigen kommen dann in der Reihenfolge zum Wort, wie sie sich gemeldet haben.

Bögeding (U. S.): Es wurde behauptet, daß das Wasserwerk von den streikenden Arbeitern stillgelegt sei. Ich möchte feststellen, daß das nicht der Fall ist, sondern daß es der bürgerlich-sozialistischen Regierung vorbehalten geblieben ist, dieses Mittel zur Anwendung zu bringen.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Es sind von Herrn Waigand Sachen vorgebracht, die nicht den Tatsachen entsprechen.

(Ruf: Zur Geschäftsordnung!) Er hat auch persönliche Angriffe gegen mich gerichtet. Ich verlange das Wort zur Richtigstellung.

Präsident: Wenn Sie glauben, persönlich angegriffen zu sein, so werde ich Ihnen das Wort zur Abwehr persönlicher Angriffe, wenn Sie es verlangen, nach Schluß der Debatte vor der Abstimmung geben.

Senator Winkelmann (M.-S.): Es dürfte niemand in diesem Saale geben, der nicht mit mir aufs allersehnlichste wünschte, wir wären davor bewahrt geblieben, solche harten Abwehrmaßnahmen gegen Angriffe in Anwendung zu bringen. Diese Abwehrmaßnahmen waren notwendig aus Grund von Vorkommnissen, die mit Notwendigkeit dazu führen mußten, daß der gesamten Bevölkerung das allernotwendigste Nahrungsmittel, das Brot, nicht mehr geliefert werden konnte. Die Ursache dieser bedauerlichen Zustände war ein Streik, der zweifellos als berechtigt von jedem empfindenden und fühlenden Menschen anerkannt werden mußte, und zwar der Streik der Mühlenarbeiter. Die Mühlenarbeiter haben jahrelang zu sehr niedrigen Lohnsätzen gearbeitet. Sie haben aber bis vor zirka drei bis vier Monaten keinen Finger gerührt, um diese total unzureichenden Lohnbedingungen und Lohnsätze aufzubessern. Erst in der letzten Zeit haben sie sich entschlossen, der Berufsorganisation beizutreten. Sie haben dann vor zirka 14 Tagen ihre Forderungen den Mühlenbesitzern unterbreitet (Zuruf von links: Gehört das zur Sache?) Eine Verständigung über diese Forderungen erfolgte nicht, und darum ist der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ist gefallen, er wurde aber zunächst von den Arbeitgebern und auch von den Arbeitnehmern nicht anerkannt. Darauf ist der Streik entbrannt, und die Mühlenarbeiter erklärten, daß die in den Silos lagernden Mehlbestände, die Eigentum der Lebensmittelkommission sind, aus den Silos der Mühlen nicht ausgeführt werden dürften. Wir haben aus diesem Anlaß dann die Vertreter der Arbeiter zu uns kommen lassen und haben ihnen gesagt, daß bis vor kurzer Zeit die Arbeiterschaft die Auffassung vertrat: wenn der Schlichtungsausschuß angerufen würde, müßte der Schlichtungsspruch für beide Teile bindend sein, da sonst der Verhandlungsweg weiter nichts als eine Farce, eine Komödie sei. Wir haben uns trotzdem bemüht, für die Mühlenarbeiter höhere Löhne zu erwirken, und zwar dadurch, indem wir die Besitzer geladen haben. Diese eröffneten uns, daß sie einen höheren Lohnsatz wie den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten nicht zahlen vermöchten, wenn nicht das Reich einen höheren Mahllohn zahle. Wir haben uns dann für die Mühlenarbeiter nach Berlin gewandt, um einen höheren Mahllohn zu erbitten. Trotzdem wir uns stark bemühten, haben die Mühlenarbeiter erklärt: Das Mehl lassen wir nicht heraus. Wir machten sie dann auf die Ge-

fahr aufmerksam, wenn auf der einen Seite 140 streikende Mühlenarbeiter auf der anderen Seite eine Bevölkerungsschicht von 280 000 Köpfen bestreikten. Diese 280 000 Köpfe wurden von den Mühlenarbeitern terrorisiert, denn das Mehl war bereits bezahlt worden, der Mahllohn war dafür entrichtet. Die Mühlenbesitzer hatten nur Vorteil davon, daß das Mehl in den Silos lagerte. Aber der Bevölkerung auf der andern Seite konnten wir und können wir kein Brot ausreichend liefern, weil wir das Mehl nicht herausholen können. Die Folge ist die Hungerrevolte an allen Ecken und Enden. Und wer ist hier der Hauptschuldige? Wer ist hier der Hauptmacher? Wiederum der 21er Rat. Die wirtschaftlichen Forderungen der Mühlenarbeiter werden mit den politischen Zielen des 21er Rats in Einklang zu bringen gesucht. Hinzu kommt noch, daß eine Reihe mit Korn beladene Waggonen seit 14 Tagen vor den Mühlen stehen. Derjenige, der etwas von den Verhältnissen kennt, weiß, daß das Korn warm wird und dadurch dem Verderben ausgesetzt wird. Wichtige Nahrungsmittel, die für uns alle mit einander in Betracht kommen, werden dem Konsum, der Volksernährung entzogen. Mit roher, brutaler Gewalt arbeitet der 21er Rat, daß diese wichtigen Nahrungsmittel dem Verderben ausgesetzt werden. Ich meine, eine solche Richtung, die kalten Herzens, brutal über die Existenz der gesamten Bevölkerung hinwegschreitet, die hat keine Ursache, über scharfe Gegenmaßnahmen von der anderen Seite erregt zu sein oder ihr Vorhaltungen zu machen.

Dann weiter: Ich darf daran erinnern, daß am 14. April mit den Hafenarbeitern und deren Vertretungen Verhandlungen stattgefunden haben darüber, wie es möglich sei, ungehindert die Entlösung der Amerikadampfer vornehmen zu können. Mit der Vertretung der Hafenarbeiterschaft ist es zu einer Verständigung gekommen. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden bewilligt. Die Vertretung der Hafenarbeiterschaft hat uns das feierlichste Versprechen gegeben, die Dampfer unter allen Umständen löschen zu wollen. Auf Grund dieser Besprechung konnten wir der amerikanischen Lebensmittelbelieferungskommission nach Hamburg die Mitteilung machen, daß die Dampfer unter Garantie gelöscht werden können. Darauf ist der Dampfer „Franklin“ eingetroffen. Die Vertretung der Hafenarbeiter und der mit der Löschung beschäftigten Schauerleute, die am 14. April feierlich versprochen hatten, den Dampfer zu löschen, verweigerten die Arbeit. Wir mußten ganz selbstverständlich, wenn wir dafür Sorge tragen wollten, das weitere Schiffe mit Lebensmitteln und nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit Rohstoffen hier ankommen sollten, auch dafür sorgen, daß sie gelöscht werden. Das ist geschehen. Und so gewiß ich jeden Streikbruch verurteile — heute noch ebenso wie früher, seit meinem Eintritt in die Arbeiterbewegung — so mußte ich mir doch sagen: Im Interesse der gesamten Bevölkerung und im Interesse des ganzen

deutschen Volkes mußte die Löschung vorgenommen werden, und wir können jenen Personen, die sich am Löschen der Schiffe beteiligt haben, trotz der Schimpfworte, die ihnen entgegengeworfen sind, nur hohen Dank schulden, daß sie sich bereit erklärt haben, die Schiffe zu löschen, und dadurch die Möglichkeit zu geben, daß Schiffe auch fernerhin in die Weser einlaufen. Ich will weiter betonen: Im Verlauf dieser Sache kam eine Delegation der amerikanischen Lebensmittelbelieferungskommission nach Bremen, um sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. Wir haben die Herren empfangen, und sie gaben ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die von uns gegebenen Garantien, den Dampfer „Franklin“ zu löschen, nicht eingehalten worden seien. Die Folge würde sein, daß kein Dampfer mehr in die Weserhäfen einlaufen würde. (Zuruf: Schwindel!). Es ist eine Gemeinheit niedrigster Art, solche Behauptungen aufzustellen; die Wahrheit kann jederzeit durch Zeugen belegt werden.

Präsident: Hier wurde der Ausdruck „Schwindel“ gebraucht. Worauf bezieht sich das? Beziehen Sie das auf die Ausführungen des Herrn Senators Winkelmann? Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Zuruf: Ist mir egal!)

Senator Winkelmann (M.-S.) fortfahrend: Sie haben erklärt, daß keine Dampfer mehr in die Weserhäfen einlaufen würden, weil wir die gegebenen Garantien nicht eingehalten hätten. Sie machten uns die bittersten Vorwürfe. Wir haben ihnen dann entgegnet, daß trotz des Bruchs der Garantien infolge der getroffenen Maßnahmen es möglich gewesen sei, den Dampfer zu löschen. Während dieser Auseinandersetzung erschien der Kapitän des „Franklin“. Der bestätigte unsere Ausführungen und konnte erfreulicherweise hinzufügen, daß trotz der kurzen Unterbrechung der Löscharbeiten und ihrer Wiederaufnahme durch andere Personen der Dampfer schneller habe gelöscht werden können als von den Facharbeitern. (Starke Unruhe.) Das ist Tatsache! Ich will das nur feststellen. Ich habe keine Veranlassung, damit hinterm Berge zu halten. Dann fragte die Kommission, welche Maßnahmen ergriffen seien, um solche brutale Gewalt- und Willkürakte, wie sie von dem 21er Rat angewendet worden sind, für die Folge unmöglich zu machen. Wir haben den Herren dann Aufschluß über die Gegenbewegung gegeben. Sie antworteten, das seien Maßnahmen, die sie sich gefallen ließen, das wäre amerikanische Art, und sie erwarteten nunmehr und seien der festen Überzeugung, daß die späteren Dampfer für die Weser gesichert seien; sie würden Hoover an telegraphieren, daß er nunmehr Anlaß nehme, weitere Schiffe nach den Weserhäfen zu schicken. (Bravo.) Diese Schiffe brauchen wir notwendig für unsere Industrie, die dem Konkurs entgegen zu gehen droht. Sie wissen alle miteinander, daß der Hunger auf der Straße heult (stürmische Zwischenrufe). Sie wissen,

daß es verbrecherisch ist, den Arbeitern das Brot zurückzuhalten. Sie wissen alle, daß wir vom Ausland, wenn wir kein Geld mehr haben, keine Rohstoffe mehr bekommen werden. Sie wissen, daß wir die Handelsbeziehungen wieder anknüpfen müssen. Dazu brauchen wir das Kapital, die Intelligenz, die Technik und die Arbeit aller Bevölkerungsschichten. Weil wir alle diese Bevölkerungsschichten gebrauchen, deshalb wissen wir, daß die Stunde nicht fern liegt, in welcher die breiten Massen des Volkes sich zu der Ansicht durchgerungen haben, daß sie durch Sie ins Verderben, ins Elend geführt werden (Sehr richtig! Lebhaftes Zurufe von links.) Und weil die breitesten Schichten der Bevölkerung das wissen, deshalb wehren sie sich gegen Ihre Gewaltherrschaft, gegen Ihre Niedertracht, sie häufen sich dagegen auf. Wenn wir heute in der Abwehr den verischärften Belagerungszustand verhängt haben, dann ist das eine Folge Ihres Terrors, Ihrer Willkür, Ihrer Gewaltherrschaft. Und diese Gewaltherrschaft — seien Sie überzeugt — wir werden sie zu brechen wissen. (Bravo. Stürmische Zurufe.) Trotz Ihres Schreiens werden wir uns von dem einmal für richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Wir werden solange kämpfen, wie es notwendig ist. (Zuruf: Judas!)

Präsident: Da ist der Ausdruck Judas gefallen. Herr Rietschel, haben Sie „Judas“ gerufen?

Rietschel (U. S.): Jawohl!

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Senator Winkelmann, fortfahrend: Ich habe das ruhige Empfinden und das ruhige Gewissen, hier eine Sache zu vertreten, die dem Wohle der Gesamtheit dient.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Ereignissen, die am zweiten Ostertage in der Nordstraße bedauerlicherweise passiert sind. Was war die Ursache? Aus Fenstern ist auf die Stadtwehr geschossen worden (Stürmische Unterbrechungen. Rufe: Lüge!) Während der ganzen Zeit sind die Mitglieder der Stadtwehr von der Bevölkerung fortgesetzt auf das schwerste beschimpft und bedroht worden. Man hat die Soldaten gereizt bis aufs Blut. Und wenn aus den Fenstern geschossen wird, dann ist es nicht mehr als ein Recht der Notwehr, gegen solche Verstöße und brutale Gewaltakte, die das Leben der einzelnen Mitglieder der Stadtwehr gefährden, sich zu verteidigen. Man hat dann, um die Stadtwehr schließlich entwaffnen zu können, zu dem bedauerlichen Mittel gegriffen, Kinder vorzutreiben. (Stürmische Zwischenrufe, andauerndes Lärmen.) Diejenigen, die das getan haben, haben ein Verbrechen begangen. Bedauerlicherweise sind zwei Kinder Opfer dieses brutalen Aktes geworden. Ein Kind, ein Junge von zehn Jahren, hat einen Beinbruch erhalten, einem anderen Kinde ist in die Ferse

geschossen worden. Und als ein Soldat der Regierungstruppe sich eines der verletzten Kinder annahm und es auf den Arm nahm, um ihm Hilfe zu bringen, da ist dieser Soldat von Passanten — der Ausdruck ist viel zu gelinde — überfallen, zu Boden geworfen und schwer mißhandelt worden, sodaß eine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen mußte (Hört! Hört!) Das sind die Willkürakte, die von jener Seite gutgeheißen werden. Schämt Euch Eurer Handlungen!

Herr Henke hat gesagt, die Verhängung des Belagerungszustandes habe nur den Zweck, das Kapital zu schützen. Ach, einen besseren Schützer des Kapitals während der Herrschaft des Rats der Volksbeauftragten wie Herrn Henke hat es überhaupt noch nicht gegeben. Als ihm das Feuer unter den Nägeln brannte und er nicht mehr in der Lage war, die Soldaten weiter bezahlen zu können, ist er mit einigen Freunden in Deutschland herumgereist, um eine große Anleihe aufzunehmen. Man hat bei Banken vorgesprochen und hat gehofft, dort große Anleihen aufnehmen zu können. Bei diesen Verhandlungen sind die gesamten Werke und Staatswerte dem Kapital verpfändet worden (Lärm auf der Linken. Große Unruhe im ganzen Hause.) Man soll also jetzt nicht davon reden, daß die jetzige Verhängung des Belagerungszustandes geschehen sei, um das Kapital zu schützen. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der großen Unruhe im Hause, die der Präsident vergeblich durch Schwingen der Glocke zu bannen sucht, unverständlich.) Ich bedaure, daß wir hier gewissermaßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln und daß über die Verhandlungen nicht in der Presse berichtet wird, es wäre gut, wenn die Bevölkerung genau erführe, wie es hier im Saale zugeht. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte, Psuirufe links.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe. Jetzt habe ich das Wort. Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Ueber den Schluß

Lindau (U. S.) Nachdem wir eben einen Regierungsvertreter gehört haben, kann ich nicht annehmen, daß das Haus damit einverstanden sein wird, daß jetzt Schluß gemacht wird. Herr Winkelmann hat es in demagogischer Weise verstanden, aus schwarz weiß zu machen. (Zurufe. Unruhe.) Ich will nicht sagen, daß er bewußt die Unwahrheit gesagt hat, aber daß er von Hintermännern schamlos belogen ist. Dieses möchte ich feststellen. Wer von Ihnen noch ein klein wenig Ehrgefühl, parlamentarische Ehre hat, darf nicht verweigern, daß die bremische Arbeiterschaft darüber öffentlich aufgeklärt wird. Wenn Sie das durch Annahme des Schlußantrages verkünden, dokumentieren Sie, daß Ihnen diese Gefühle abgehen.

Präsident: Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Tjaden, Fauth, Rhein, Klawitter, Müller und Wenholtz.

Wenholtz (D.) Ich möchte bitten, den Schlußantrag anzunehmen. Wir bilden das verfassunggebende Parlament, kommen aber mit unseren Arbeiten nicht weiter. Wir haben jetzt über diesen Antrag 4 1/2 Stunden debattiert, und nach einer so ausführlichen Aussprache wird sich doch wohl jeder seine Meinung gebildet haben und über seine Stellungnahme zu dem Antrage klar sein. Die Bedenken des Herrn Lindau werden hinfällig, wenn man bedenkt, daß Herr Henke als Antragsteller noch das Schlußwort und somit die Möglichkeit hat, ausführlich zu antworten. Ich bitte den Schluß zu beschließen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Henke (U. S.) Schlußwort: Ich beantrage zunächst namentliche Abstimmung über meinen Antrag. (Zuruf: Ist nicht mehr zulässig!) Das ist noch nicht zu spät. Im übrigen möchte ich zurückkommen auf das, was Herr Professor Tjaden ausgeführt hat. Er hat uns mitgeteilt, daß die Säuglinge jetzt Nahrung erhalten werden. So zu begrüßen das ist, muß man doch sagen, daß das eine inkonsequente Haltung der Ärzte ist. Und weiter muß ich dabei bleiben, daß die Haltung der Ärzte eine geradezu unmenschliche gewesen ist und bleibt, da sie nach wie vor in den Krankenanstalten ihren Beistand versagen und im übrigen sich die Kranken darauf ansehen werden, ob sie ihnen ihre Hilfe zuteil werden lassen wollen oder nicht. Ich bin davon überzeugt, daß sie streikenden Arbeitern ihren Beistand versagen werden, während die Kranken im Kreise der Besitzenden ihre Hilfe zuteil werden lassen. Diese Handlungsweise der bremischen Ärzte wird ein für allemal ein Schandfleck sein für den ganzen Stand der Ärzte. Davon kann nichts abgestrichen werden. Im übrigen bin ich vollkommen davon überzeugt, daß die Ärzte auch in diesem Kampf, entsprechend dem Wortlaut des kommunistischen Manifests, vom Kapital lediglich als Lohnarbeiter eingeschätzt werden. Niemand wird mehr der Meinung sein, daß die Ärzte über den Parteien ständen. Sie werden als Leute von meistens überwiegend naturwissenschaftlicher Bildung den Erscheinungen der Gesellschaft, die ihre eigenen, sozialen Gesetze hat, nicht gerecht. Sie zeigen auch nur wenig Rückgrat den Besitzenden und der Regierung gegenüber. Es kann uns deshalb nicht wundern, daß die Ärzte, als die verbissensten Gegner der streikenden Arbeiter, sich in diesem Kampfe auf die Seite des Kapitals stellen.

Das heutige Benehmen des Herrn Bürgermeisters Deichmann ist derart, daß ich mich mit ihm nicht zu beschäftigen brauche. Es charakterisiert sich selbst.

Herr Waigand hat die streikenden Arbeiter zu beruhigen versucht. Er hat versucht, sie zu bewegen,

daß sie sich friedlich und brüderlich mit dem verschärften Belagerungszustand, mit dem Hungern, mit der Knute, unter die man sie beugen will, abfinden. Aber, Ludwig Waigand, die Arbeiter werden sich durch diese schönen Worte nicht trösten lassen, sie werden sie ablehnen, zumal sie wissen, wie sich Waigand in den Kämpfen der Partei gestellt hat.

Aus Winkelmanns fulminanter Rede gegen den Genossen Lindau haben wir einen neuen Beweis dafür erhalten, wie er aufs engste mit der Gesellschaft von rechts zusammen verbunden ist. Wir kennen Herrn Winkelmann genau, darum können wir über das, was er sagt, hinweggehen mit einem „Pfui Deibel“! (Zuruf von den M.-S.: Und wir kennen Henke genau!) Die Arbeiter in Bremen haben niemals auf Winkelmann gehört. (Zuruf von den M.-S.: Aber auf Henke!) Auch nicht auf Fauth. Sie haben Sie, Fauth, abgefaßt. (Zuruf: Durch Terror! — Das ist gelogen!) Wenn Arbeiter von ihrem Recht Gebrauch machen und sie werfen solche Leute heraus, so ist ihnen das nicht zu verdenken. Wenn Waigand hier im Interesse des Kapitals scharf macht, (Blome: Das ist nicht wahr!) so nimmt uns das nicht Wunder; man müßte ja hinverbrannt sein, wenn man das nicht einsehen wollte. Herr Waigand erzählte, wenn dem Kapitalismus nicht so wirksame Hilfe geleistet wäre, wie er und seine Freunde sie ihr geleistet hat, so würde jener an seiner eigenen Fäulnis zugrunde gegangen sein. (Zuruf von rechts: Das hat er nicht gesagt!) Ja, Waigand und Genossen haben diesem verblutenden Körper frisches Blut zugeführt. Das haben die Mehrheitssozialisten, diese angeblichen Hüter des Sozialismus, getan. Das wollen die Herren Waigand und Genossen, und sie meinen, damit die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wir rufen ihnen kein „Glückauf“ zu auf diesem Wege. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß wir recht bekommen werden. Der Klassenkampf, sagt Waigand, wird geführt werden, wie seine Führer es für nötig halten. Das ist etwas ganz neues, das ist eine Auffassung, die die frühere Sozialdemokratie nie gelten lassen wollte, die sie immer bekämpft hat. Es ist immer der reine Klassenkampf gefordert, es ist nie davon die Rede gewesen, daß mit bürgerlichen Kreisen auf dem Wege eines Kompromisses mit dem Kapitalismus der Kapitalismus bekämpft werden könne. Das ist einfach nicht möglich, und dieses Verständnis wird auch in der Sozialdemokratie immer mehr zum Durchbruch kommen, und darum wird auch eines schönen Tages das schöne Bündnis, das die M.-S. hier eingegangen sind und das ihnen den letzten Rest von Achtung unter der Arbeiterschaft geraubt hat, weggesetzt werden. (Zuruf von den M.-S.: Abwarten!)

Im übrigen sind ja auch die Staatsarbeiter in den Streik eingetreten, und dieser Umstand soll, wie gesagt wird, dazu geführt haben, daß das Bürgertum in einen Gegenstreik eingetreten ist. Es ist aber eine

merkwürdige Tatsache, die mir mitgeteilt worden ist, eine Tatsache, die bisher noch nicht erwähnt wurde, die nämlich: am Sonnabend sind die Staatsarbeiter in den Streik getreten, und am Donnerstag vorher waren die Plakate schon fertig, die den verschärften Belagerungszustand verkündigten mit all den Bestimmungen, die dabei befohlen wurden.

Es ist einfach gelogen worden hier in der Nationalversammlung. Sie haben den verschärften Belagerungszustand vorher auf sich genommen und haben ihn nun in Verbindung gebracht mit den Staatsarbeitern: Sie haben geputzt. Sie haben gehofft, Herr Winkelmann und seine Freunde, daß die Staatsarbeiter in den Streik eintreten, um Ihnen den nötigen Vorwand zu geben. (Zuruf des Herrn Winkelmann.) Wenn Sie wüßten, Herr Winkelmann, wird mir immer schwermelig zumute. Herr Winkelmann hat gemeint, wir seien immer noch nicht unabhängig genug, um uns die Kommunisten vom Leibe zu halten. Ich will darauf erwidern, daß ich zehnmal, hundertmal lieber ohne Befinden mit den Kommunisten zusammengehen werde, als mit den Leuten von rechts. Sehen Sie einmal Herrn Leymann an, sehen Sie diesen Scharfmacher an, der Posadowsky für einen Sozialidioten erklärt hat, als er in der Sozialpolitik ein wenig entgegenkam. Was muß der jetzt davon denken! Ich möchte Herrn Leymann hören, wenn er mit seinen Freunden am Bierisch zusammensitzt. Herr Leymann und seinesgleichen wissen sehr genau, woran sie sind, und Herr Hormann weiß es auch. Wir haben von Herrn Hormann auch eine Rede gehört. Herr Hormann kann von sich mit Zug und Recht sagen, daß er für den Kapitalismus gearbeitet hat. Er war von jeher sein eifriger Vertreter, und er ist es heute noch. Er war es in der Vaterlandspartei und ist es heute in der demokratischen Partei. Nun hat Herr Hormann von der Anarchie und der Willkür der verschiedenen Parteien gesprochen; von der Willkür des Kapitalismus hat er natürlich nicht gesprochen, da hätte er schon ins Fettnäpfchen getreten. Aber dessen Willkür und Anarchie kennen wir sehr genau, und die Arbeiter kennen sie auch sehr genau, und weil die Arbeiter sie so genau kennen, wollen sie unter allen Umständen dieser Willkür und Anarchie ein Ende bereiten. Das geht nicht anders als durch die Eroberung der politischen Macht, und da wollen die Arbeiter nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich nicht mit den Demokraten Arm in Arm sehen lassen, sondern sie führen den Kampf konsequent auf sich selbst gestellt weiter, den sie immer geführt haben. Und nun ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß man beständig von einem Zwange redet, der ausgeübt werden soll auf die Arbeiter. Von dem Zwange, der ausgeübt wird auf die kleinen Geschäftsleute, die Wirte, die Angehörigen des Mittelstandes in Bremen zugunsten Ihres Abwehrstreiks, davon ist nirgends in der Welt die Rede. Sie haben diese Leute gezwungen, und

das wird Ihnen noch teuer zu stehen kommen. Diese kleinen Geschäftsleute können Sie nicht betören, die werden ganz genau wissen, woran sie mit Ihnen sind und auch mit den Mehrheitssozialisten. Da ist also der Zwang ausgeübt worden, sogar auf die harmlosen Leute, die dem lieben Herrgott das Opfer des Kirchenbesuches bringen und beten wollen. Sie haben sogar den Kirchenbesuch untersagt. Auch das geistige Leben soll ruhen. Nun, wenn das alles Ihre Herrschaft so bedroht — auch der Kirchenbesuch schon — dann muß es schon recht wackelig damit stehen. Ich bin überzeugt, daß auch die weiter rechts stehenden unter Ihnen einmal ihr eigenes Urteil über die Unterstützung durch die Sozialdemokraten haben werden. Ich habe schon etwas angedeutet in bezug auf Herrn Leymann. Sie werden auch in bezug auf die Maßnahmen, die Sie heute durchführen wollen, ihre eigenen Gedanken haben. Sie wissen wohl, wie solche Maßnahmen sich immer gerächt haben und sich schließlich immer gegen die kehren, die sie angewendet haben. Ich kann nur wiederholen: wenn es sich nur um den parteiagitorischen Erfolg handelte, könnten wir mit Ihnen wohl zufrieden sein. Und wenn Sie immer mit der Einrede kommen, wir hätten auch den Belagerungszustand verhängt — — — (Zuruf des Herrn Garves). Herr Garves, Sie haben einen antilokalistischen Bauernschädel, wie einmal ein österreichischer Minister das genannt hat; wenn Sie auch kein Bauer sind. Damit kann ich mich nicht aufhalten. Es ist ein Unterschied selbst von unserm Standpunkt, ob man eintritt für die Revolution, für den Fortschritt der Revolution und dann unter Umständen für ein paar Tage selbst den Belagerungszustand dafür nötig zu haben glaubt, oder ob man den Belagerungszustand Monate lang durchführt zur Erhaltung und Neubelebung des Kapitalismus. Es sind hier eine ganze Anzahl einzelner Fälle von militärischen Ausschreitungen angeführt worden. Deren Zahl ist natürlich noch verhältnismäßig gering. Ich könnte eine ganze Reihe von Tatsachen anführen, die mir berichtet worden sind, wo auf Frauen und Kinder geschossen worden ist. Doch sehe ich jetzt davon ab. Es ist mir bekannt, daß in der Nordstraße ein Seemann angeschossen worden ist und einen Beckenschuß erhalten hat, daß, als man ihn ins Krankenhaus befördern wollte, das Krankenhaus die Aufnahme abgelehnt und nur eine Bahre zur Verfügung gestellt hat, damit er nach Hause geführt werden konnte. Es hat sich dann glücklicherweise ein Arzt gefunden, der menschlicher fühlte als Herr Dr. Tjaden und ihn behandelte. Es wird sich ja zeigen, daß noch mehrere solcher Menschenfreunde sich unter den Ärzten finden. Wie es um das Schicksal unseres Antrages steht, das ist uns klar. Sie sind dagegen und lehnen ihn ab. Sie wollen den verschärften Belagerungszustand, und weiter wollen Sie den Kampf mit der Arbeiterschaft so weiterführen. Sie sind der Ueberzeugung, die Arbeiterschaft diesmal

besiegt zu haben, Sie wollen, daß sie sich bedingungslos unter Ihre Faust beugt (Herr Winkelmann ruft: Putzschist!) Nein, Sie wollen die Arbeiterschaft bedingungslos sich unterordnen. (Zuruf des Herrn Achelis). Ach, hören Sie auf, Herr Achelis. Haben Sie den Mut, zu Ihrer Sache zu stehen, Herr Achelis? Sie wollen die Arbeiter unter das Caudinische Joch zwingen. Das werden sie vielleicht nicht hindern können, die Arbeiter. Aber das sage ich Ihnen noch einmal: Sie säen damit eine Saat, die zu Ihren Ungunsten aufgehen wird. Und den übrigen, die da sagen, es handle sich um das Gemeinwohl, denen sage ich: es ist eine infame Heuchelei, so zu sprechen. Es handelt sich lediglich um das Wohl des Kapitalismus. Lehnen Sie unsern Antrag ab, triumphieren Sie diesmal über uns: wir, die Arbeiter, die Sache, die wir vertreten, wir werden eines Tages dennoch siegen! Trotz alledem! (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Bevor wir zur Abstimmung schreiten, erteile ich Herrn Bernhard Meyer zur Aufklärung des Tatsächlichen das Wort.

Bernhard Meyer (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz erklären: Da wir vernommen haben, daß die Herren Ärzte etwas menschlicher handeln wollen, will auch ich für meine Person entgegenkommen. Wenn Herr Professor Tjaden ausgeführt hat, daß den Säuglingen Milch wieder zugeführt werden soll, so werden wir uns auch dafür verwenden, daß wieder gekocht werden kann.

Zur Abwehr persönlicher Angriffe

Miller (R.): Herr Waigand hat vorhin in seiner Rede auf meine Person Angriffe gerichtet, die ich gezwungen bin, unbedingt richtig zu stellen. Als im Jahre 1918 auf der Weser-Werft der Streik stattgefunden hat und der Streik sozusagen seinem Ende zugeht, da kam auch Herr Waigand noch an mit einer Träne im Auge und glaubte dort bei den Werftarbeitern noch etwas ausrichten zu können. Aber das, was er ausgeführt hat, ist das gerade Gegenteil von dem, was eigentlich war. Wir wissen ganz genau, daß damals gerade infolge der Politik der Freunde des Herrn Waigand das Hilfsdienstgesetz geschaffen wurde, das Gesetz zur Knebelung der Arbeiter, und daß mit Ihrer Hilfe die Unternehmer in der Lage waren, die Arbeiter jederzeit zu knebeln. Sobald sie sich nur im geringsten mühten, hieß es: Gehen Sie in den Schützengraben! Wir haben die Beweise dafür, daß Hunderte von Arbeitern aus diesem Grunde in den Schützengraben gewandert sind. (Präsident: Es handelt sich nur um Abwehr persönlicher Angriffe!) Jawohl, ich muß klarstellen, daß das Gegenteil von dem richtig ist, was Herr Waigand gesagt hat. In Wirklichkeit war es so, daß die Arbeiterschaft der Weser-Werft

nicht weiter streifen wollte, und daß nicht wir allein, sondern der gesamte Arbeiterausschuß nach der damaligen Sachlage erkannten, daß ein Weiterstreiken unmöglich sei. Das macht Herr Waigand mir zum Vorwurf. Ich will aber darauf hinweisen, daß Herr Waigand selbst der Ansicht war, und daß die einzige, die nicht dieser Ansicht war, Frau Ahrens war.

Ferner macht er mir zum Vorwurf, daß ich damals zum Meister gemacht worden bin. Eine derartige Unterstellung muß ich mir mit aller Entschiedenheit verbitten. Herr Waigand hat hinterher selbst erklärt, daß ich als tüchtiger Meister angesehen werde. Ich verzichte gern auf Herrn Waigands Lob, aber ich möchte ihm doch zu bedenken geben, daß ich als Meister angestellt worden bin, obwohl ich nie auch nur im kleinsten Maße gegen die Interessen der Arbeiter im Sinne der Unternehmer gehandelt habe. Es sitzt hier in der Nationalversammlung einer der Herren Direktoren der Weser-Werft. Bringen Sie mir den Beweis, daß ich irgendwie die Arbeiter auch nur in der allgeringsten Weise verraten habe an die Unternehmer, und daß ich deshalb Meister geworden bin, dann will ich morgen von der politischen Tribüne zurücktreten. Ist es etwa eine Schande, wenn man als Sozialdemokrat einen Meisterposten annimmt? Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie in Ihre Partei jetzt Leute aufgenommen haben, Schuldirektoren, Oberbauräte, Leute aus allen möglichen kapitalistischen Kreisen, die über Nacht Sozialdemokraten geworden sind. (Ruf: Und bei Ihnen?)

Präsident: Herr Miller, ich bitte Sie, nicht zu sehr abzuschweifen.

Miller (R.): Ich bitte mir nur noch ein paar Worte zur Abwehr eines persönlichen Angriffs zu gestatten. Herr Waigand hat in eingehender Weise sich mit meiner Person beschäftigt und mich angegriffen, es muß mir daher Gelegenheit gegeben werden, auf die Angriffe zu antworten. Meine Damen und Herren! Nur noch eins. Ich glaube, wenn ich Meister, wie Sie es nennen Akkordmeister geworden bin, so kann mir doch daran nicht soviel gelegen sein, als Ihren Parteigenossen, die von Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm II den Titel Exzellenz bekommen haben. Meister bin ich geworden, Akkordmeister werde ich genannt. Ich wiederhole aber, daß ich die sozialdemokratische Partei, und meine Parteigenossen durch meine Tätigkeit, derentwegen ich zum Meister ernannt bin, nicht geschädigt habe. Waigand kennt die Sachen nur von Hörensagen, von Verleumdungen.

Fauth (M.-S.) Die Vorwürfe Millers, der sich als Mitglied der Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes an das Kapital verkauft hat, treffen mich nicht. Eigen steht für mich zu tief, als daß er mich beleidigen könnte.

(Miller: Sie haben sich verbunden mit dem Kapital!)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird angenommen.

Präsident: Diejenigen, die dafür sind, daß der Antrag angenommen wird, bitte ich mit „Ja“ zu antworten, die dagegen sind mit „Nein“.

Es stimmen mit Ja

Amelung, Friedrich
Asendorf, Hermann
Both, Georg
Chrapkowski, Max
Cunis, Clemens
Drettmann, Johann
Eigen, Hermann
Fangmann, Joh. Heinrich
Faust, Alfred
Frank, Friedrich
Fritsch, Burchard
Göge, Albert
Hagedorn, August
Harms, Joachim
Henke, Alfred
Herz, Wilhelm
Heuer, Georg
Heuers, Fritz
Husmann, Adolf
Husmann, Friedrich
Kaspar, Erich
Kerl, Alwin
Kesselbeck, Elise
Klawitter, Carl

Klima, Johann
Kühl, Jürgen
Künzler, R., Dr. jur.
Lindau, Otto
Lübemann, Heinrich
Lücke, Carl
Lüdeling, Hans
Ludwig, Johann
Meyer, Bernhard
Miller, Josef
Otto, Heinrich
Rietschel, Hermann
Rustuhl, Joh.
Schad, Heinrich
Scharte, Hermine
Schmidt, Wilhelm
Schulze, Hermann
Sommer, Emil
Spindler, Emil
Stiegler, Anna
Stodhinger, Alfred
Vögebing, Karl
Wahl, Hugo

Es stimmen mit Nein

Achelis, Ed.
Allerheiligen, Diedrich
Bahjson, Minna
Bardenheuer, Rita
Becker, Wilh.
de Beek, Wilhelm
Behle, Carl
Benzmann, Hermann
Blanke, Heinr.
Blase, Wilh.
Blome, Christian
Borchers, Robert
Bormann, Friedr.
Borisch, Ludwig
Brasch, Hermann
Busse, Max
Buhmann, Joh.

Degenhardt, Ernst
Deichmann, Karl
Depken, Johann
Dibjick, Friedr.
Dietmann, Ernst
Dieß, Prof. Dr.
Donath, Hans
Dinnemann, Heinrich
Fanger, Gustav
Fauth, Gottlieb
Frande, Fritz
Fricke, Joh.
Garbes, Friedrich
Gildemeister, Alfred, Dr. jur.
Hagemeyer, F. F.
Harder, Hanna
Harmening, August

Hedler, Bernhard
Heiniken, Agnes
Heinzler, Bernhard
Henrici, Ernst
Hercksen, Wilh.
Hertel, Carl, Dr. jur.
Hinner, Heinrich
Hormann, Heinrich
Hoskamp, Georg
Hüneke, Heinrich
Jahn, Max
Jung, Emil
Junge, Joh. Herm.
Jungmittag, Clara
Karrenberg, Carl
Kirchmeyer, Conrad
Klenke, Friedrich
Kloke, Wilhelm Heinrich
Knies, Heinrich
Knop, Willy
Koch, Luise
Köhler, Diedrich
Kruze, Johann
Kunoth, Georg
Lautz, Johann
Leymann, Wilhelm
Lunkewitz, Alwin
Mannier, Heinrich
Massolle, Wilhelm
Matthias, Werner
Maus, Karl
May, Franz
Meenzen, Johann
Meinert, Adolf
Meschat, Hermann
Mester, Hermann
Meyer, H. S.
Ohm, Karl
Peine, Friedr.

Pieper, Wilhelm
Plate, Mathilde
Preußner, Max
Rhein, Hermann
Riese sen., Bernhard
Rodewald, Berena, Dr. phil.
Rösing, Johannes
Rohmann, Bernhard, Dr.
Sattler, Meta
Schauerte, Heinrich
Scheide, Carl
Schindelbauer, Wilh.
Schlüter, Ludwig
Schneider, Jakob
Schönfeld, Kurt
Schröder, Wilh.
Schurig, Gottfried
Stallmann, Louis
Stampe, August
Steding, Hermann
Stichnath, Carl
Stören, Friedrich
Sonnemann, E.
Tegmeier, Wilhelm
Thatje, Louis
Thiele, Minna
Tiedermann, Heinrich
Tjaden, Hermann, Dr. med.
Wahnschaffe, Paul
Waigand, Ludwig
Walzmann, Carl
Wardke, Heinrich
Wellmann, Joh.
Wenhold, Hermann
Wiechmann, Hermann
Willig, Andr.
Winkelmann, Carl
Wulf, Georg

Abwesend sind:

Adam, Karl
Becké, Waldemar
Böhmer, Wilh., Dr.
Böse, Hermann
Böttger, Carl
Brauns, August
Buchholz, Wilhelm
Bullwinkel, Wilhelm
Cordes, Johannes
Dagler, Johann
Dunkel, Richard
Geffen, Heinrich
Geiger, Anton
Gerberding, Eduard
Groll, Bernhard
Hagedorn, Berta
Hasselbach, Caroline
Hobelmarm, Gustav
Hollenberg, Wilhelm

Jensen, Elise
Karlmeier, Carsten
Klemann, Wilhelm
Kuse, Otto
Lampe, J.
Madrian, Georg
Marburg, Emil
Möhring, Henry
Mombert, Bruno
Rogge, Karl
Schelb, Heinrich, Dr. med.
Schelter, Wilh.
Schmalfeldt, Heinrich
Steffen, Heinrich
Stüper, Hugo
Vinnen, Adolf
Wagner, Wilhelm
Wildens, Bernh. Joh. Dr. jur.
Wünschmann, Bernhard

Das Alphabet wird wiederholt.

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt (Pfeifer).
47 Stimmen sind dafür und 111 Stimmen dagegen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen jetzt den Vorschlag unterbreiten, daß wir die Beratung nicht weiter fortsetzen, sondern unsere Sitzung vertagen, bis Sonnabend vormittag 10 Uhr. Ich mache darauf aufmerksam, daß technische Schwierigkeiten vorliegen, die verhindern könnten, daß den Damen und Herren die Tagesordnung rechtzeitig zugestellt wird. Unter diesen Umständen werden wir die Tagesordnung den Fraktionsführern geben, damit diese sie den Mitgliedern zustellen können, falls nicht bis dahin die Post wieder den Betrieb eröffnet haben sollte. Damit schließe ich die Sitzung.

Schluß 10 Uhr 2 Min.

